



**Bund der Steuerzahler
Nordrhein-Westfalen e.V.**



Geschäftsbericht 2022/2023 Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e.V.

Inhalt

Vorwort des Vorstands	5		
Aus der Arbeit des Verwaltungsrates	7		
Totengedenken	8		
Das sagt Ihr BdSt NRW	10		
Das hat Ihr BdSt NRW für Sie erreicht			
Straßenbaubeitrag abgeschafft	12		
Verschwendung verhindert	12		
Ansatz für Mitarbeiterpauschalen gesunken	12		
Grundsteuer gesenkt	13		
Stadtwerke Dinslaken ohne China-Beteiligung	13		
Förderprogramm Wohneigentum	14		
Abgabefrist Grundsteuer verlängert	14		
Zweiter Nachtragshaushalt gestoppt	14		
Das hat Ihr BdSt für Sie gemacht			
Ersterschließungsbeitrag	15		
Allianz unterstützt Grundstückseigentümer	15		
Die BdSt-Wahlarena	16		
BdSt-Vergleich der Abfall-/Abwassergebühren 2023	17		
50. Schwarzbuch mit Schwarzbustour	18		
Die NRW-Fälle im Jubiläumsschwarzbuch	18		
Das hat der BdSt recherchiert			
Vom Hinweis zum Schwarzbuchfall	19		
Unsere Kommunikationskanäle	20		
Der BdSt in den Medien	21		
Im Gespräch mit Politik und Verbänden			
Finanzgericht Münster	22		
Steuerberaterkammer und Steuerberaterverband	22		
Anhörungen im Landtag des Landes NRW			
„Erschließungsbeiträge“	23		
„2. Nachtragshaushalt 2022“	23		
„Abwassergebühren“	23		
Anhörung zum Gesetzentwurf der FDP-Fraktion „Grundsteuer“	23		
Finanzen in Nordrhein-Westfalen			
Nachtrag 2022	24		
Landeshaushalt 2023	24		
Corona-Sondervermögen, Krisenbewältigungsrücklage	24		
Umgehung Schuldenbremse und Zinsausgaben	24		
Personalausgaben	24		
Subventionen	24		
		Entwicklung der Grund- und Gewerbsteuerhebesätze	25
		Kommunen: Keine mehr schuldenfrei	26
		Beraten und Einordnen	27
		Ihr BdSt informiert Verbraucher	
		Grundsteuerwertermittlung	28
		Hundesteuer	28
		Abwassergebührenurteil entlastet Bürger	
		Bonn und Bochum	29
		Kleve und Sankt Augustin	29
		Kreuzau und Medebach	29
		Aktuelle Musterverfahren des BdSt	30
		Ihr BdSt informiert umfassend	
		Webinarprogramm	32
		Topthema Grundsteuer	32
		Service online	33
		Broschüren	33
		Das sagen unsere Mitglieder über uns	34
		Das ist Ihr Bund der Steuerzahler NRW	
		Vorstand, Verwaltungsrat, Mitarbeiter	36
		Bundesverband und DSI	37
		Mitgliederentwicklung	38
		Beitragsentwicklung und Finanzen	39
		Presse- und Öffentlichkeitsarbeit 2022/2023	
		Fernsehauftritte	40
		Hörfunkauftritte	42
		Neue Recherchen	42
		Pressegespräche, -konferenzen und Telefonaktionen	46
		Vorträge, Diskussionen und Anhörungen	46
		Gespräche mit Politik, Verwaltung und Verbänden	48
		Besuch von Veranstaltungen	50
		Webinare	52

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e.V.
Vorsitzender Rik Steinheuer
Schillerstraße 14
40237 Düsseldorf

Vereinsregister Amtsgericht Düsseldorf VR 3367

Telefon 0211 99175-0
E-Mail: info@steuerzahler-nrw.de
www.steuerzahler.de/nrw
www.facebook.com/Steuerzahlerbund

Druck: Eigendruck (digital)
auf Canon imagerunner Advance C5535i

September 2023

Bilder/Grafiken: BdSt NRW
Bündnis90/Die Grünen NRW
CDU-Fraktion im Landtag NRW
FDP-Fraktion im Landtag NRW
fotolia (biglama, fotolia RAW, kange_one, kanvag, Andrey Popov,
Gina Sanders, Anatoly Tiplashin)
Die Grafschafter
Anette Koroll
Thomas Lammertz
Oliver T. Müller
Olaf Rayermann
stock.adobe.com (JD8, stockphoto-graf, stokkete)

BdSt NRW gefragt wie nie

Der Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen blickt auf ein arbeitsreiches, aber auch erfolgreiches Berichtsjahr zurück. Ein großer Teil der Bürger war unsicher, wie die Grundsteuer-Erklärung korrekt auszufüllen ist. Deshalb war in den vergangenen Monaten die Fachkompetenz des Verbandes so stark wie kaum jemals zuvor nachgefragt. In einer enormen Vielzahl von Veranstaltungen, die alle äußerst gut besucht waren, haben unsere Steuerexperten den Bürgern vermittelt, wie sie die Grundsteuerwert-Feststellungserklärung fehlerfrei anfertigen. Viele Menschen in Nordrhein-Westfalen hatten auf diese Weise erstmalig persönlichen Kontakt mit dem Bund der Steuerzahler und nutzen inzwischen auch zu anderen steuerlichen Themen die zahlreichen Informationsangebote des Verbandes.

Vielorts in Nordrhein-Westfalen waren wir auch wegen der großen Welle von Steuererhöhungen in den Kommunen gefragt. Bürger und Journalisten vor Ort, aber regelmäßig auch Bürgermeister und Kämmerer, waren an der Einschätzung unserer kommunalen Finanzexperten interessiert, die den Überblick über die Situation aller NRW-Kommunen haben. Werden Spielräume gesehen, den Haushalt auch ohne oder wenigstens mit niedrigeren Steuererhöhungen ausgleichen zu können? Wo besteht Konsolidierungspotenzial auf der Ausgabenseite? Wie kann man sich als Bürger einbringen? Der Bund der Steuerzahler antwortet gerne und hat seine Expertise auch in den letzten Monaten wieder in Haushaltsberatungen unterschiedlichster Fraktionen eingebracht, die darum gebeten haben. Einladungen zu ergebnisoffenen Gesprächen über die örtliche Finanzlage haben Städte und Gemeinden auch von sich aus ausgesprochen. Im Ergebnis wurde manche geplante Steuererhöhung schließlich abgewendet oder gemildert.

Auch auf der Landesebene ist die Einschätzung des Bundes der Steuerzahler immer wieder gefragt. Erneut war der Verband zu vielen Expertenanhörungen in den Fachausschüssen des Landtags als Sachverständiger geladen und hat vorgetragen, wie Ausgaben begrenzt und die enorm hohe Abgabenbelastung der Bürger und Unternehmen – gerade auch bei uns in Nordrhein-Westfalen – reduziert werden können.

Leider ist die Arbeit auch den drei Kolleginnen im Hause nicht ausgegangen, die sich tagtäglich um die Recherche von Fällen der Steuergeldverschwendung kümmern. Die Erfahrung lehrt leider, dass die Einhaltung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nicht in jeder Amtsstube und in jedem Ratssaal verinnerlicht sind, sondern es hin und wieder der Nachhilfe und öffentlichkeitswirksamen Kritik des Bundes der Steuerzahler bedarf, um sie ins Gedächtnis zu rufen.

Unser Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle, die sich als engagiertes Team auch im abgelaufenen Berichtsjahr wieder um die Interessen aller Steuerzahler verdient gemacht haben. Und ganz herzlich bedanken wir uns bei den Mitgliedern und Unterstützern des Bundes der Steuerzahler NRW, ohne die diese Arbeit gar nicht möglich gewesen wäre.

Besonders freuen wir uns darüber, dass die Arbeit des Bundes der Steuerzahler auch durch eine wachsende Mitgliederzahl honoriert wird. Zum Stichtag 31.8.2023 waren es insgesamt 46.640 Mitglieder allein bei uns in Nordrhein-Westfalen, die sich unter dem Motto „Gemeinsam mehr erreichen“ im Bund der Steuerzahler zusammengeschlossen haben.



Rik Steinheuer,
Vorsitzender des BdSt NRW



Eberhard Kanski,
stellv. Vorsitzender des BdSt NRW

Vertretung der Mitglieder des BdSt NRW

Aus der Arbeit des Verwaltungsrates

Krisenjahr als Chance zur Veränderung

Das Jahr 2022 war zum Bedauern von uns allen politisch, wirtschaftlich und fiskalisch weit mehr als ein weiteres Krisenjahr. Umso dankbarer sind wir, dass wir die sich daraus ergebenden Probleme gemeinsam bewältigt haben – alle haben an einem Strang gezogen. Dieser Zusammenhalt und der große Einsatz haben uns tief beeindruckt. Der Bund der Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen hat sich nicht nur an neue Herausforderungen angepasst, sondern diese als Chance zur Veränderung genutzt und kann auf ein erfolgreiches Jahr 2022 zurückblicken. In unserem Jahresbericht lesen Sie von Projekten, Partnerschaften und Prozessen, die erfolgreich neu angestoßen wurden.

Als Verwaltungsrat haben wir den Vorstand in vielen Themen intensiv beraten und unterstützen ihn in seinem Vorgehen. Ziel ist, die Verbandsarbeit nicht nur den aktuellen Herausforderungen anzupassen, sondern die Grundlagen des BdSt NRW als überparteiliche, unabhängige und gemeinnützige Vereinigung für eine dauerhafte und weiter erfolgreiche Vertretung der Interessen der Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen und gegenüber dem Bund zu festigen. Der Verwaltungsrat hat im Jahr 2022 die ihm nach Gesetz und Vereinssatzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen: Er trat im Geschäftsjahr 2022 in zwei regulären Sitzungen in Präsenz zusammen, in denen er sich über die wirtschaftliche Lage und die geschäftliche Entwicklung, insbesondere die Finanz-, Investitions- und Personalplanung einschließlich der Abweichungen des tatsächlichen Geschäftsverlaufs von der Planung, gewissenhaft informiert hat. Zudem überzeugten die Mitglieder sich von der Zweck- und Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der Geschäftsorganisation. Die wesentlichen geschäftlichen Vorgänge und Vorhaben, zustimmungspflichtige Geschäfte sowie die strategische Ausrichtung und grundsätzliche Fragen der Geschäftspolitik wurden mit dem Vorstand erörtert und beraten. Zudem fand ein



Knut-Rüdiger Heine,
Vorsitzender des Verwaltungsrates

regelmäßiger und enger Austausch zwischen dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats und dem Vorstand über aktuelle Entwicklungen und Entscheidungen auch außerhalb der Verwaltungsratssitzungen statt.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss für das vorhergehende Geschäftsjahr ist von dem von der Mitgliederversammlung gewählten und vom Vorstand beauftragten Abschlussprüfer, der Dr. Kleinertz Heyers und Partner Treuhand KG, Düsseldorf, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Bericht des Abschlussprüfers ist dem Verwaltungsrat ausgehändigt worden und wurde in die Aussprache und Prüfung des Jahresabschlusses durch den Verwaltungsrat am 17. Mai 2022 einbezogen. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfungen sind Einwendungen nicht zu erheben gewesen, so dass er den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 gebilligt und in Übereinstimmung mit dem Vorstand dessen Feststellung durch die Mitgliederversammlung empfohlen hat.

In den Sitzungen des Verwaltungsrates am 17. Mai und 28. September 2022 waren neben dem Jahresabschluss 2021 die Werbung neuer Mitglieder und die Bestandspflege schon bestehender Mitgliedschaften, die Haushaltsplanung für das Jahr 2023 mit Ausblick bis zum Jahr 2026, eine Beitragserhöhung, der Vorschlag für die Wahl des Abschlussprüfers, der Erlass einer Kapitalanlagerichtlinie sowie ein Social-Media-Konzept Gegenstand der Erörterung und Beschlussfassung.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand für seine weiterhin erfolgreiche Führung des Verbands in einem herausfordernden Jahr 2022. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken wir für ihr hohes Engagement, mit dem sie auch im dritten Jahr der Coronapandemie für den Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e.V. und dessen Mitglieder da waren.

Das Jahr 2023 wird für den Bund der Steuerzahler NRW, für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überschattet von zwei Todesfällen: Mit Dr. Karl-Heinz Däke und Heinz Wirz sind zwei ehemalige Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen verstorben, die die Arbeit des Verbandes maßgeblich geprägt haben. Wir erinnern an dieser Stelle an diese beiden Persönlichkeiten. Der Bund der Steuerzahler ist dankbar für ihren unermüdlichen Einsatz für die Interessen aller Steuerzahler. Viele Erinnerungen an sie werden noch lange bei BdSt-Mitarbeitern und Mitgliedern wach bleiben.

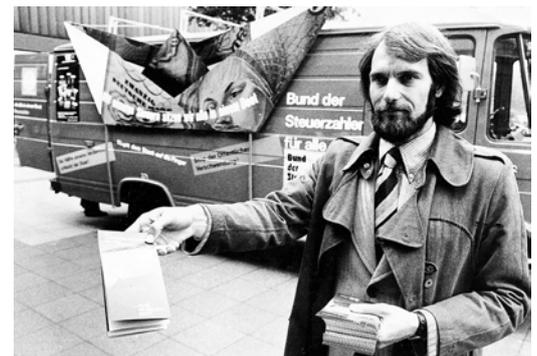
Dr. Karl-Heinz Däke verstorben



Der Ehrenpräsident und ehemalige Landesvorsitzende des Bundes der Steuerzahler NRW, Dr. Karl-Heinz Däke, ist am 3. Mai 2023 im Alter von 80 Jahren verstorben. Dr. Karl-Heinz Däke hat unseren Verband über Jahrzehnte geprägt. 1969 hat er seinen Dienst beim Bund der Steuerzahler NRW begonnen. Von 1975 bis 2009 hat er dem Vorstand des BdSt Nordrhein-Westfalen angehört, von 1989 bis Mitte 1995 als Vorsitzender. Von 1994 an war Dr. Däke 18 Jahre Präsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland und bundesweit das Gesicht und die markante Stimme unseres Verbandes. Seit dem Ausscheiden aus diesem Amt war Dr. Däke unserem Verband als Ehrenpräsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland bis zu seinem Tode weiter verbunden.

Mit Karl-Heinz Däke verliert der Bund der Steuerzahler eine starke und prägende Persönlichkeit. Er setzte sich leidenschaftlich für alle Steuerzahler ein, auch mit unkonventionellen Mitteln. Zahlreiche Informationsaktionen sind bis heute im Verband legendär. So lud er in den 1990er Jahren kurzerhand die Schuldenuhr des BdSt auf einen Wagen und fuhr damit durch ganz Nordrhein-Westfalen, um ein öffentlichkeitswirksames Zeichen gegen Steuergeldverschwendung zu setzen. Raesfeld verlieh er 1994 erstmals Titel und Ortseingangsschild „Schuldenfreie Kommune“, und in Berlin schickte er einen roten Doppeldeckerbus als „Steuerprotestlinie“ auf Tour.

Wir danken Dr. Karl-Heinz Däke von Herzen und werden uns gerne an die gute Zeit mit unserem verstorbenen Kollegen erinnern.



Heinz Wirz verstorben

Der Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e.V. trauert um seinen ehemaligen Landesvorsitzenden Heinz Wirz. Er ist am 8. August 2023 im Alter von lediglich 68 Jahren verstorben.

Rechtsanwalt Heinz Wirz hat im Mai 1987 als Vorstandsreferent beim Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen begonnen. Anfang Januar 1990 wurde er zum Vorstandsassistenten befördert, im August 1991 zum Justiziar. Ab Juli 2004 war er Mitglied des Vorstands. Zum 1. März 2011 hat er dann das Amt des Vorsitzenden übernommen, das er bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand Mitte 2019 behalten hat. Unermüdlich hat er sich in all den Jahren für die Interessen und Rechte der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler eingesetzt.

Das hat er auf vielfältige Art und Weise getan: Mit seinen Vorträgen „Erben und Vererben“, die im Laufe der Jahre tausende von Mitgliedern besucht haben; mit einem profunden Fachwissen im Gebührenrecht, das den Grundstein gelegt hat für das wegweisende Abwasserurteil des Oberverwaltungsgerichts in Münster im Mai 2022; mit seinem großen Engagement, mit dem er die Volksinitiative „Straßenbaubeitrag abschaffen!“ in die Wege geleitet hat. Verwaltungsrat, Vorstand und das Team der Landesgeschäftsstelle sind von der traurigen und völlig unerwarteten Nachricht seines Todes tief betroffen. Sie erinnern sich an einen enorm gebildeten, äußerst klugen Kopf mit einer ausgesprochen positiven menschlichen Ausstrahlung. Unzählige Mitglieder, die Heinz Wirz im Laufe der Jahre persönlich kennenlernen durften, schätzten ihn als kompetenten Ansprechpartner zu den unterschiedlichsten Fragen, insbesondere rund um die Themen Erben und Vererben sowie kommunale Gebühren. Den Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, war Herrn Wirz stets ein besonderes Anliegen.

Der Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e.V. wird Heinz Wirz für immer ein ehrendes Andenken bewahren.



Das sagt Ihr BdSt NRW



In den vergangenen Jahren haben wir Land und Kommunen regelmäßig aufgerufen, die Schuldenberge abzutragen. Das stieß bei den meisten Politikern auf taube Ohren. Die niedrigen Zinsen verlockten die Politik, nahezu ohne Begrenzung die Kreditkarte zu zücken. Das rächt sich jetzt. Die inzwischen wieder stark gestiegenen Zinssätze und Zinsausgaben sind zum Sprengstoff für die öffentlichen Haushalte geworden. Diese Fehlentwicklung muss gestoppt werden. Wir setzen uns daher für einen Schuldenabbau in Stadt und Land ein, um die öffentlichen Haushalte wieder ins Gleichgewicht zu bringen und um damit die Steuerzahler zu entlasten.

Eberhard Kanski, stellv. Vorsitzender



Bauprojekte, die teurer werden als geplant – weil man zunächst mit Schönwetterpreisen gearbeitet hat. Das Versprechen, den Straßenbaubeitrag per Gesetz abzuschaffen – doch dann kommen Ausflüchte. Ein Gerichtsurteil, das die Gebührenzahler entlastet – und eine Politik, die die Rechtsprechung nicht umsetzt, sondern ihre eigenen Regeln macht. Das ist der Stoff, aus dem Unglaubwürdigkeit und Unzufriedenheit gewoben werden. Die Politik sollte ihre Entscheidungen transparent und aufrichtig kommunizieren, auch wenn sie unliebsam sind. Denn nichts verärgert die Menschen mehr, als für dumm verkauft zu werden.

Bärbel Hildebrand, Leiterin der Pressestelle



Nordrhein-Westfalen ist Hochsteuerland. Grundsteuer, Gewerbesteuer, Grunderwerbsteuer – bei allen relevanten Abgaben, die auf Ebene des Landes und seiner Kommunen gestaltet werden können, belegt unser Land unter den Flächenländern den traurigen Spitzenplatz. Im Bewusstsein vieler Verantwortlicher ist das immer noch nicht angekommen. Sie denken über noch mehr und noch höhere Abgaben nach, statt über Entlastungen neue Dynamik zu entfachen. Als Bund der Steuerzahler schaffen wir Transparenz, welche immense Höhe die gesamte Abgabenbelastung der Bürger und Unternehmen inzwischen erreicht hat. Und wir bringen fundierte Vorschläge ein, wie gegengesteuert werden sollte.

Rik Steinheuer, Vorsitzender



Die Haushaltslage der Kommunen wird immer angespannter. Es ist Zeit, dass eine verantwortungsbewusste Finanzierung für die Kommunen und eine sparsame, effiziente Ausgabenpolitik seitens der Kommunen wieder in den Fokus der Politik rückt. Die Gewährleistung der kommunalen Daseinsvorsorge ist existenziell!

Joscha Slowik, Haushaltsreferent



Generationengerecht haushalten, das ist nicht nur in Zeiten hoher Zinsen das Gebot der Stunde, das sich die schwarz-grüne Landesregierung bisher nicht zu Herzen genommen hat. Sie nahm neue Schulden auf, statt Schulden zu tilgen und stellt zu wenig Geld zur Lösung der Altschuldenproblematik der Kommunen zur Verfügung. Eine „Zukunftskoalition“ wird ihrem Namen nicht gerecht, wenn sie nachkommenden Generationen Schuldenberge hinterlässt.

Philipp Sprengel, Haushaltsreferent



Alle schönen Wünsche und wichtig erscheinenden Aufgaben können weder das Land NRW noch die Kommunen umsetzen. Damit sind nicht nur Politik und Verwaltung überfordert, sondern auch die Steuerzahler. Für alle gilt: Sie können einen Euro nur einmal ausgeben. Diese simple Logik hat eine Konsequenz: Prioritäten setzen!

Jens Ammann, Projektleiter Öffentliche Finanzen



„Wer nicht wagt, der nicht gewinnt.“ Dieser Spruch mag im Privaten seine Berechtigung haben. Im Umgang mit Steuergeld ist solch eine Risikobereitschaft allerdings fehl am Platz. Wem nachgewiesen werden kann, dass er Steuergeld spekulativ oder für Projekte mit ungewissem Ausgang eingesetzt hat, sollte auch bestraft werden können. Der Bund der Steuerzahler hat konkrete Vorschläge, wie Steuergeldverschwendung geahndet werden kann.

Andrea Defeld, Pressereferentin



Wir leben in einer spannenden Zeit: Der digitale Umbruch mit einer rasanten Entwicklung von KI verändert unsere Lebenswelt so umfassend und disruptiv wie nie zuvor. Und während wir nach dem virtuellen Online-Meeting an der Kasse mit der Smartwatch den Einkauf bezahlen, kriegen es Finanzbehörden nicht hin, Daten digital zusammenzuführen, die längst vorhanden sind. Das Chaos rund um die Grundsteuererklärung hat gezeigt, dass noch viel zu tun ist. Und zwar schnell. Auch, wenn die digitale Transformation erst einmal Investitionen erfordert, so wird sie letztlich durch Prozessoptimierung und gewonnene Effizienz Kosten senken. Und Nerven schonen wohl auch ;)

Katrin Ernst, Pressereferentin



Die Energiekrise 2022 und 2023 hat gezeigt, wie sensibel Bürger auf Verhalten und Kommunikation von politisch Verantwortlichen reagieren. Zu Recht! In Zeiten großer Herausforderungen müssen Politik und Behörden eine besondere Sorgfalt und Glaubwürdigkeit an den Tag legen. Verschwendung, Selbstbedienung und unüberlegte Kommunikation werden gerade jetzt als Missachtung der Bürger wahrgenommen. Die unmäßige, automatische jährliche Erhöhung des Rentenbeitrags für die Mitglieder des NRW-Landtages ist dabei ein trauriger Höhepunkt. Als „Spitzenverdiener“ mit eigenem Versorgungswerk darf man sich nicht mit einem Eckrentner in der gesetzlichen Rentenversicherung vergleichen. Schon die Gesetzesbegründung ist beschämend für den NRW-Landtag.

Ulrike Janitz-Seemann, Leiterin Verbandsmarketing



Die Städte und Gemeinden in NRW sind aufgerufen, insbesondere bei der Kalkulation der Abwassergebührensätze die Ermessensspielräume, die vom Oberverwaltungsgericht NRW und vom Landtag in Düsseldorf aufgezeigt wurden, bürgerfreundlich anzuwenden.

Harald Schledorn, Gebührenreferent



Wir brauchen dringend einen neuen Einkommensteuertarif. Als Gegenfinanzierungsmaßnahmen gehören Entlastungsmaßnahmen, die ohne Bedürftigkeit ausbezahlt werden, auf den Prüfstand.

Hans-Ulrich Liebern, Leiter der Steuerabteilung



Die Steuer- und Abgabenlast für Unternehmer, Arbeitnehmer und Rentner muss erheblich sinken. Im Jahr 2023 beträgt die Einkommensbelastungsquote für einen durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt 52,7 Prozent – das ist nicht akzeptabel und völlig ungeeignet, um dringend benötigte Fachkräfte aus dem Ausland für den Standort Deutschland zu begeistern. Wirksame Inflationsbekämpfung, niedrigere Wohn- und Energiekosten, der Abbau der kalten Progression und die Senkung der Beitragsätze in den Sozialabgaben sind dringend notwendig. Zur Gegenfinanzierung geeignet sind: die Streichung ökonomisch nicht sinnvoller Subventionen, der Abbau der Bürokratie und der Überregulierung.

Michaela van Wersch, Justiziarin

Das hat Ihr BdSt NRW für Sie erreicht

Aus für Straßenbaubeitrag

Mitte März 2022 kam das Aus für den Straßenbaubeitrag. „Es lohnt sich, einen langen Atem zu haben“, kommentierte BdSt-Vorsitzender Rik Steinheuer die Ankündigung der Landesregierung, den Straßenbaubeitrag in Nordrhein-Westfalen abzuschaffen. Die BdSt-Volksinitiative „Straßenbaubeitrag abschaffen!“, die erzwungenen Anhörungen im Landtag, das beharrliche Festhalten an der Forderung, die Straßenbaubeiträge abzuschaffen, und die Aktionen der Bürgerschaft überall in NRW haben die Politik in Bewegung gesetzt. Kommunalministerin Ina Scharrenbach und die damaligen Fraktionsvorsitzenden der FDP und CDU, Christof Rasche und Bodo Löttgen, erklärten am 15. März 2022, dass die bisherige Landesförderung der Anlieger unverzüglich von 50 auf 100 % erhöht werden soll. In der aktuellen Legislaturperiode soll das Kommunalabgabengesetz (KAG) so geändert werden, dass der Straßenbaubeitrag nicht mehr erhoben wird.

Ein Erfolg auf ganzer Linie für alle engagierten Bürgerinnen und Bürger, die die Volksinitiative „Straßenbaubeitrag abschaffen!“ unterstützt haben. Der Wegfall der Straßenbaubeiträge entlastet die Menschen nachhaltig bei den Wohnkosten, befreit die Kommunen von Bürokratie und entlastet die Gerichte, die ständig mit Rechtsstreitigkeiten rund um die Erhebung des Straßenbaubeitrags beschäftigt waren. Die entsprechende Gesetzesänderung des KAG lässt allerdings auf sich warten. Der Bund der Steuerzahler bleibt dran!



Verschwendung verhindert

Eine ältere Dame in Krefeld wurde von der Agentur für Arbeit aufgefordert, an einer Maßnahme zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit teilzunehmen. Sie stand wenige Wochen vor der Rente und setzte sich direkt mit der Arbeitsagentur in Verbindung, um das vermeintliche Missverständnis zu klären. Doch die Arbeitsagentur be-

stand auf Teilnahme. Schließlich wandte sich die Dame hilfeschend an den Bund der Steuerzahler, denn diese Kurse kosten Steuergeld, das in ihrem Fall unsinnig ausgegeben würde. Der Bund der Steuerzahler NRW bat die Agentur für Arbeit in Krefeld um Stellungnahme. Diese erklärte den Sinn und Zweck der Maßnahme und räumte

schließlich ein, dass „dies bei der genannten Kundin eindeutig nicht mehr der richtige Zeitpunkt war, um mit dieser Maßnahme eine mögliche Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden“. Die Kundin sei bereits von der entsprechenden Führungskraft telefonisch kontaktiert und der Sachverhalt in ihrem Sinne geklärt worden.

Ansatz für Mitarbeiterpauschalen gesunken

Jahrelang genehmigten sich die Abgeordneten der Landtagsfraktionen mehr Geld für ihre Mitarbeiter und brauchten es gar nicht vollständig. Im Landeshaushalt 2023 wird der Ansatz gesenkt. Im Oktober 2022 rief der Bund der Steuerzahler NRW die Ab-

geordneten des neuen Landtags auf, bei den Haushaltsansätzen für ihre Mitarbeiter Maß zu halten. Schließlich sind die Ansätze in den vergangenen Jahren enorm gestiegen, wurden allerdings in der Höhe gar nicht in Anspruch genommen. Nach unserem Appell kommt die für die Steuerzahler

in Nordrhein-Westfalen erfreuliche Nachricht: Erstmals seit 2011 sinkt der Ansatz für die Mitarbeiterpauschalen im Landeshaushalt 2023, und das um gut 14 %. Der Bund der Steuerzahler NRW sieht sich bestätigt und ruft die Abgeordneten auf, auch künftig Maß zu halten.

Grundsteuer gesenkt

Remscheid, Mettmann und Ruppichterorth haben zum Teil erhebliche Erhöhungen der Grundsteuer B geplant. Nach der Intervention des Bundes der Steuerzahler NRW konnten die Bürger in allen drei Kommunen aufatmen: Die Erhöhungen fallen niedriger aus als ursprünglich vorgeschlagen.

In Mettmann werden die Bürger kontinuierlich durch immer höhere Grundsteuer B-Hebesätze belastet. Von 2014 bis 2021 erhöhte die Stadt gleich viermal. Für 2023 wollte die Stadt weitere 50 Prozentpunkte aufschlagen. Der BdSt NRW hat die Ratsmitglieder und die Bürgermeisterin aufgefordert, gegen den Entwurf zu stimmen. In der entscheidenden Ratssitzung fiel die Erhöhung etwas niedriger aus als von der Verwaltung geplant.

Remscheid plante eine fast 30-%ige Erhöhung der Grundsteuer B für das Jahr 2023. Eine weitere Steigerung sollte 2024 folgen. Auch hier forderte der BdSt NRW alle Ratsmitglieder auf, diese Erhöhung abzulehnen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Statt um 180 Prozentpunkte beschloss der Rat eine Erhöhung um 65 Prozentpunkte. Auch die Erhöhung für das Jahr 2024 soll niedriger ausfallen.

Der Haushaltsentwurf von Ruppichterorth sah eine Steigerung von 570 auf 1.555 Prozentpunkte vor! Damit hätte die Verwaltung die Gemeinde an die Spitze der bundesdeutschen Hebesätze katapultiert. Der BdSt NRW forderte den Gemeinderat auf, dieser unfassbaren Erhöhung nicht zuzustimmen. Die CDU mit der absoluten Mehrheit in Ruppichterorth hat angekündigt, den Vorschlag abzulehnen. Sie hält einen Satz oberhalb von 850 Prozentpunkten für unzumutbar.



Stadtwerke Dinslaken ohne China-Beteiligung

Vor einer Ausweitung der Geschäfte nach China hat der BdSt NRW die Stadtwerke Dinslaken (SD) bereits 2020 im Schwarzbuch gewarnt. Zwei Jahre später steht die Zukunft des Projektes in den Sternen. Ziel des Stadtrats und der Stadtwerke war, vorhandenes Know-How gewinnbringend in gemeinsame Projekte im Bereich der Energieerzeugung und -effizienz zur Förderung der Energiewende in der chinesischen Provinz Jiangsu einzubringen. Der BdSt NRW warnte vor nicht beherrschbaren Risiken. Eigentlich sollte ab 2022 die Nanjing Neue Energien und Energiequellen Co. Ltd. als 50prozentige Tochter der SD Auslandsbeteiligungsgesellschaft mbH Umsätze und Gewinne erzielen. Der BdSt NRW fragte nach, ob die Gewinne wie geplant fließen. Die Antwort der Stadt: „Zu der beabsichtigten Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens in China durch die Stadtwerke Dinslaken Auslandsbeteiligungsgesellschaft mbH und die HFI Europe GmbH ist es bislang nicht gekommen. Durch die Corona-Pandemie und die Abschottungspolitik der chinesischen Regierung hat sich die Weiterentwicklung des Projektes stark verzögert. Aufgrund der aktuellen Haltung Chinas im Ukraine-Krieg wurde entschieden, mögliche Aktivitäten in China derzeit nicht weiter zu verfolgen. Ob und ggf. wann es zu einer Fortsetzung der Aktivitäten in China und einer Gesellschaftsgründung kommt, ist derzeit nicht absehbar.“ Damit liegt das Projekt auf Eis. Nicht beherrschbare Risiken haben das China-Engagement also zunächst vereitelt. Hoffentlich ziehen Stadtrat und Stadtwerke daraus die richtigen Lehren und konzentrieren sich auf das Ruhrgebiet bzw. den Niederrhein.



Förderprogramm Wohneigentum

Mit dem Landeshaushalt 2022 konnte der Bund der Steuerzahler einen Erfolg verbuchen: Die Landtagsfraktionen von CDU und FDP erklärten, ein 400-Millionen-Euro-Förderprogramm zum Erwerb von Wohneigentum aufzulegen. Diese Entlastung bei der Grunderwerbsteuer nannte der Bund der Steuerzahler überfällig und verwies darauf, dass Nordrhein-Westfalen mit dem Steuersatz von 6,5 % den unrühmlichen bundesweiten Spitzenplatz belegt. Deshalb forderte der Bund der Steuerzahler seit Jahren eine Senkung. Das Förderprogramm wurde zunächst für das Jahr 2022 aufgelegt und ins Jahr 2023 hinein verlängert, weil noch Geld im Fördertopf war. Das Programm wurde trotz noch vorhandener Mittel überraschend Mitte 2023 beendet. Der Bund der Steuerzahler fordert, den Ersterwerb einer Wohnimmobilie grundsätzlich von der Grunderwerbsteuer zu befreien.



Abgabefrist verlängert

Da in Nordrhein-Westfalen bis Ende Oktober 2022 nur gut ein Drittel aller Steuerzahler ihre Grundsteuererklärung abgegeben haben, regte der BdSt NRW öffentlich an, die Abgabefrist um drei Monate bis Ende Januar 2023 zu verlängern. Das NRW-Finanzministerium kam diesem Wunsch des BdSt NRW nach. Zur Erinnerung: Der Bund der Steuerzahler NRW hatte frühzeitig davor gewarnt, dass bei der Grundsteuerreform mit dem in Nordrhein-Westfalen zur Anwendung kommenden kompliziertem Bundesmodell eine XXL-Bürokratie droht. Eine einfache, schlanke und kostengünstige Abwicklung der Grundsteuerreform ist beim Bundesmodell nicht zu erkennen. Mehr und mehr zeigt sich, dass es ein Fehler war, in Nordrhein-Westfalen nicht die Länderöffnungsklausel zu nutzen und ein einfacheres Grundsteuer-Modell umzusetzen.



Zweiter Nachtragshaushalt gestoppt

Massive Kritik übte der Bund der Steuerzahler NRW am zweiten Nachtrag zum Landeshaushalt 2022. Er wurde als „verfassungsrechtlich mindestens bedenklich“ eingestuft, denn eine umfassende Notlage für die Landesfinanzen sei trotz hoher Inflation und des Ukraine-Krieges nicht zu erkennen, so der BdSt NRW in einer Expertenanhörung im Landtag. Die Landesregierung wollte 5 Milliarden Euro neue Kredite aufnehmen und in einem Sondervermögen verstecken. An dieser Kreditaufnahme auf Vorrat übte der BdSt massive Kritik, wie vorher auch der Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen. Daraufhin zog der Landesfinanzminister kurz vor Weihnachten 2022 den zweiten Nachtragshaushalt zurück.

Das hat Ihr BdSt für Sie gemacht

Ersterschließungsbeitrag

Im März 2022 – kurz vor der Landtagswahl – kam Bewegung in ein bereits seit langem bestehendes Problem: Es sollte zukünftig nicht mehr möglich sein, dass der Erschließungsbeitrag bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag abgerechnet werden kann. Eine solche Regelung war weit überfällig. Für die Grundeigentümer in NRW wurde über das Ausführungsgesetz zum Baugesetzbuch per 1. Juni 2022 klar gestellt, dass spätestens 25 Jahre nach dem ersten Spatenstich eine Abrechnung nicht mehr möglich ist. Weitere Fristenregelungen und Übergangsbestimmungen wurden zwar auch in die Vorschriften aufgenommen, die zentrale Botschaft aber war, dass für Betroffene endlich Klarheit bestehen sollte. Doch weit gefehlt! Das Vorhaben war im Umfeld der vergangenen Landtagswahl bemerkenswert wohlwollend und fast geräuschlos über die Bühne gegangen. Auch der Bund der Steuerzahler NRW war positiv überrascht, weil die gesetzlichen Klarstellungen noch über das hinausgingen, was der Verband an Klarstellungen für die Abgabenzahler gefordert hatte. Nach der Landtagswahl aber will die neue Landesregierung das Rad zurückdrehen. Von einer Frist, die am Baubeginn

der Erschließungsmaßnahme anknüpft, ist keine Rede mehr. Damit drohen wieder Fälle, in denen Fristen nicht zu laufen beginnen, weil technische oder rechtliche Merkmale nicht erfüllt sind. Klar ist: Die Interessen der abgabepflichtigen Grundeigentümer an einer zeitnahen Abrechnung bestehen ebenso wie das Interesse der Städte und Gemeinden, den Erschließungsbeitrag abrechnen zu können. Es war auch stets Aufgabe der politisch Verantwortlichen vor Ort, entsprechende politische Beschlüsse zu fassen. Dazu gehört im Interesse aller auch, die Maßnahmen zeitnah abzuschließen und damit die Abrechnungen zeitgerecht zu ermöglichen. In etlichen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ist klargestellt, dass aus Sicht der Betroffenen der Fokus auf den Grundsätzen der Belastungsklarheit und der Belastungsvorhersehbarkeit liegt. Eine Frist von 30 Jahren, wie sie das Oberverwaltungsgericht NRW in Münster bisher annahm, ist danach zu lang bemessen. In einer Anhörung am 3. März 2023 setzte sich der Bund der Steuerzahler NRW für klare und nachvollziehbare Fristenregelungen ein, die die Interessen der Anlieger maßgeblich berücksichtigen. .

Allianz unterstützt Grundstückseigentümer

Eine breite Allianz fordert Sicherheit für Grundstückseigentümer und Entlastung der Finanzverwaltung und Steuerberater. Hintergrund ist die Neubewertung der Grundstücke im Rahmen der Grundsteuerfestsetzung ab dem Jahr 2025. Die Allianz besteht aus Bund der Steuerzahler (BdSt) NRW, Deutscher Steuer-Gewerkschaft (DSTG) NRW, Haus & Grund NRW, Verband Wohneigentum NRW und den Steuerberaterverbänden Düsseldorf, Köln und Westfalen-Lippe. Die Verbände-Allianz fordert Finanzminister Dr. Marcus Op-tendrenk auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Bescheide zur Feststellung des Grundsteuerwertes vorläufig ergehen. Damit kann eine Einspruchswelle verhindert werden, alle Eigentümer bekommen Rechtssicherheit, und Finanzverwaltung und Steuerberater werden entlastet. Soweit aus rechtlicher Sicht eine Vorläufigkeit der Bescheide nicht in Betracht kommen sollte, stehen der Finanzverwaltung weitere Möglichkeiten offen, die Bescheide offen zu

halten. Die Grundsteuerwertbescheide könnten unter den Vorbehalt der Nachprüfung gestellt werden. Dieser Vorbehalt der Nachprüfung eröffnet den Eigentümern und Steuerberatern die Möglichkeit, die Daten ohne größeren Aufwand auch nachträglich berichtigen zu können. Damit könnten Einsprüche vermieden werden, um die sonst drohende Bestandskraft abzuwenden. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, die eingelegten Einsprüche ruhend zu stellen. Da die Finanzverwaltung inzwischen Kenntnis davon bekommen hat, dass der Bund der Steuerzahler Deutschland zusammen mit Haus und Grund Deutschland das Bundesmodell auf seine Verfassungsmäßigkeit gerichtlich überprüfen lassen wird, sollten Einsprüche auch ohne den Bezug auf ein Aktenzeichen vorläufig nicht entschieden werden. Es liegt an der Finanzverwaltung dafür zu sorgen, dass die ausgesuchten Musterverfahren z.B. über eine Sprungklage schnell den Weg zu den Finanzgerichten finden.





Die BdSt-Wahlarena

14 Tage vor der Landtagswahl im Mai 2022 lud der BdSt NRW zur „Wahlarena“. Auf dem Podium saßen Vertreter der Parteien, die Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung hatten. Hohe Steuersätze, hohe Verschuldung – was tut die Politik, damit nachfolgende Generationen nicht in den Schulden versinken? Um diese Frage ging es bei der BdSt-Wahlarena am 29. April 2022. Es stiegen die finanzpolitischen Sprecher Stefan Zimkeit (SPD), Olaf Lehne (CDU), Simon Rock (Landtagskandidat für die Grünen) und Ralf Witzel (FDP) in den Ring und nahmen Stellung zu den Themen Grunderwerbsteuer, Grundsteuer, Straßenbaubeitrag und Schuldenabbau. Andrea Oster (WDR Hörfunk) sorgte als Moderatorin dafür, dass die Redezeit gerecht verteilt wurde. Die Gäste und BdSt-Mitglieder, die vor Ort im Haus der Universität in Düsseldorf und auch online an der Wahlarena teilnahmen, konnten während der Veranstaltung Fragen stellen. Die Politiker erfuhren, was die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erwarten. Der Bund der Steuerzahler hatte vorab die Meinungen und Wünsche der Wähler und seiner Mitglieder durch zwei Umfragen ermittelt. Klaus-Peter Schöppner vom Bielefelder Meinungsforschungsinstitut Mentefactum stellte die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage unter Wählerinnen und Wähler in NRW vor. Kurz gesagt: Die Bürger wollen raus aus der Schuldenfalle. Es zeigt sich, dass die Wähler einen enormen Reformbedarf sehen und ein nie da gewesenes Problembewusstsein zeigen. Eine Umfrage, die während der Veranstaltung unter den Mitgliedern durchgeführt wurde, zeigte, dass drei Viertel eine niedrigere Grunderwerbsteuer wollen. Kein Wunder, denn NRW verlangt den Spitzensteuersatz von 6,5 %, während der Steuersatz in anderen Bundesländern nur 3,5 % beträgt. Aus Sicht des Bundes der Steuerzahler besteht hier Handlungsbedarf. Olaf Lehne (CDU) verwies darauf, dass die Grunderwerbsteuer eine bedeutende Einnahmequelle des Landes sei und die unerwarteten Krisen und Katastrophen wie die Flut, Corona und die Hilfen für die Ukraine finanziert werden müssten. Ralf Witzel und Stefan Zimkeit sprechen sich für Entlastungen aus. So möchte die FDP vor allem zielgerichtete Entlastungen für privat genutztes Eigentum umsetzen und die SPD Familien und den gemeinnützigen Wohnungsbau entlasten. Die Mieten dürften nicht mehr so stark steigen.

Dringender Handlungsbedarf besteht aus Sicht des Bundes der Steuerzahler auch bei der Grundsteuer. Sie zählt zu den wichtigsten Einnahmequellen der Städte und Gemeinden. Zum 1. Januar 2025 wird die Grundsteuer deutschlandweit neu festgesetzt. Das Land Nordrhein-Westfalen wendet das Bundesmodell an. Der Bund der Steuerzahler hält dieses Modell für zu kompliziert und fordert, dass NRW von der Öffnungsklausel Gebrauch macht und eigene Regelungen zur Ermittlung der Grundsteuer schafft. 76 % der online teilnehmenden Mitglieder hatten erwartet, dass es eine Landesregelung zur Grundsteuer geben wird. Ein Thema, das viele Bürger umtreibt, ist die hohe Landesverschuldung. Welche Ideen haben die Finanzpolitiker zum Schuldenabbau? Olaf Lehne (CDU) machte klar, dass die Schuldenbremse bleiben soll und in die Landesverfassung gehört. Für Stefan Zimkeit (SPD) hat der Schuldenabbau hingegen keine Priorität. Wichtiger sei es, die Investitionslücken zu schließen, damit der nächsten Generation keine maroden Straßen, Brücken oder Schulen hinterlassen werden. Auch das sei Generationengerechtigkeit. Simon Rock (Grüne) wies auf einen Investitionsstau in NRW von 27 Milliarden Euro hin und plädierte dafür, die Schuldenregelung sinnvoll auszugestalten und zu fragen, welche Schulden sinnvoll für kommende Generationen seien. Für Ralf Witzel von der FDP gibt es hingegen keine guten Schulden. Die Schuldenbremse müsse bewahrt und verteidigt werden. Viele Fragen aus dem Publikum wurden zum Thema Fördertöpfe gestellt, die möglicherweise Fehlanreize und unwirtschaftliches Handeln verstärken. Was tut die Politik gegen das Wachstum der Förderprogramme? Deutlich wurde, dass alle Finanzpolitiker den Einsatz von Förderprogrammen kritisch sehen, bei denen das Land den Kommunen Fördergeld für die Umsetzung vorgegebener Projekte zur Verfügung stellt und Verwendungsnachweise verlangt. Stattdessen wäre eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen weniger bürokratisch, effizienter und günstiger. Ist der Straßenbaubeitrag wirklich „gekillt“? Bei dieser Frage schlugen die Wellen hoch. Alle Politiker versicherten auf dem Podium, den Straßenbaubeitrag abschaffen zu wollen. Zwei Vertreter von Bürgerinitiativen zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge äußerten jedoch bei der Präsenzveranstaltung ihre Skepsis deutlich.

BdSt-Vergleich der Abfall- und Abwassergebühren 2023

Seinen jährlichen Vergleich der Abfall- und Abwassergebühren in NRW hat der Bund der Steuerzahler am 10. August 2023 bei der Landespressekonferenz in Düsseldorf vorgestellt. Das wichtigste Ergebnis: Dank des Abwasserurteils des Oberverwaltungsgerichts vom vorigen Jahr sind die Gebühren für die Abwasserentsorgung nur gering gestiegen. Doch größere Entlastungen wären möglich, wenn die Landesregierung mit ihrem Gesetz das Urteil in vollem Umfang umgesetzt hätte.

Abfall

Im Landesdurchschnitt zahlt der BdSt-Musterhaushalt am meisten, der seine 120-Liter-Restmülltonne wöchentlich leeren lassen muss: rund 396 Euro jährlich. Die 14-tägliche Abfuhr kostet im Schnitt 289 Euro, die vierwöchentliche 229 Euro. Der Bund der Steuerzahler NRW fordert, eine reguläre wöchentliche Abfuhr der Restmülltonnen auf einen 14-täglichen Turnus umzustellen und den Verbrauchern außerdem die Möglichkeit zu geben, die Tonnengröße selbst zu bestimmen.



Abwasser

Die Spannweite bei den Gebührensätzen für Schmutzwasser und Niederschlagswasser reicht von 1,26 Euro je Kubikmeter Schmutzwasser in Reken bis zu 6,21 Euro je Kubikmeter Schmutzwasser in Monschau. Beim Regenwasser liegt sie zwischen 0,15 Euro je Quadratmeter vollversiegelter Fläche in Schloß Holte-Stukenbrock und 2,03 Euro je Quadratmeter in Viersen. Der Musterhaushalt zahlt für die Abwasserentsorgung (Schmutz- und Niederschlagswasser) am meisten in Monschau: 1.434 Euro pro Jahr. Am wenigsten wird in Reken fällig: 287 Euro im Jahr. Im Landesdurchschnitt sind die Abwassergebühren für den BdSt-Musterhaushalt in diesem Jahr auf 755 Euro gestiegen.



**FAIRE ABWASSER-
GEBÜHREN. JETZT.**



Der Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen hat in der Vergangenheit die Praxis vieler Kommunen kritisiert, bei der kalkulatorischen Verzinsung trotz jahrelanger Niedrigzinsen realitätsfremde Zinssätze von rund 6 % anzusetzen. In Kombination mit einer kalkulatorischen Abschreibung nach Wiederbeschaffungszeitwerten haben viele Kommunen so Jahr für Jahr Überschüsse in Millionenhöhe erzielt und in ihren allgemeinen Haushalt transferiert. Deshalb hat der BdSt NRW ein Musterverfahren zu den Abwasserbeseitigungsgebühren in Oer-Erkenschwick unterstützt, das mit einem großen Erfolg für die NRW-Gebührensahler vom Oberverwaltungsgericht entschieden worden ist (Urteil vom 17. Mai 2022, Az. 9 A 1019/20). Es hat sachgerechte und faire Maßstäbe für die Bemessung der Abwassergebühren vorgegeben, die eine solide Refinanzierung jeder Investition in die Abwasserbeseitigungsanlagen sicherstellen und hat gleichzeitig unterbunden, mit überhöhten Abwassergebühren kommunale Haushaltssanierung betreiben zu können. Was die Verzinsung angeht, lässt sich nun insgesamt ein erfreulicher Rückgang konstatieren: Lag der in den Gebührenkalkulationen angesetzte Nominalzinssatz 2022 im Durchschnitt noch bei 4,82 %, so sind es in diesem Jahr durchschnittlich 3,11 % – ein Rückgang um mehr als ein Drittel! Doch es hätte noch spürbarere Entlastungen bei den Abwassergebühren gegeben, wenn die Landespolitik durch ihre Gesetzgebung nicht das OVG-Urteil unterlaufen hätte. Der BdSt NRW ist also noch nicht am Ziel und hat deshalb neue Verfahren beim OVG auf den Weg gebracht, um gegen Gebührensatzungen vorzugehen, die zwar die vom Landtag beschlossenen neuen Vorgaben des KAG einhalten, jedoch nicht den strengeren Maßstäben des OVG-Urteils vom Mai 2022 standhalten.

50. Schwarzbuch mit Schwarzbustour

50 Jahre Schwarzbuch, das sind 50 Jahre Beitrag für mehr Transparenz über öffentliche Ausgaben. Das war von Anfang an das Ziel des Bundes der Steuerzahler. Als er 1949 gegründet wurde, waren die Haushaltspläne der Kommunen, Länder und des Bundes nicht öffentlich. Das hat sich geändert, auch dank der Arbeit des BdSt. 1973 veröffentlichte der BdSt das erste „Schwarzbuch“, um die Öffentlichkeit über die Verwendung öffentlicher Gelder zu informieren. Anhand von Einzelfällen zeigen wir wiederkehrende Muster von Fehlentscheidungen und Verschwendung. Damit schaffen wir die Voraussetzung, dass es künftig besser gemacht werden kann – denn wenn ein Problem erkannt ist, kann es auch gelöst werden. Das 50. Schwarzbuch war eine gute Gelegenheit, zurückzuschauen auf die skurrilsten Verschwendungsfälle, auf frühere und aktuelle Hochburgen der Steuergeldverschwendung und einen Ausblick zu wagen auf das, was an Arbeit auf den Bund der Steuerzahler zukommt. Dazu ist BdSt-Präsident Reiner Holznapel mit dem „Schwarzbustour“ durch Deutschland getourt. In Nordrhein-Westfalen hat er in Hagen, Herford und Düsseldorf alte Tatorte der Steuergeldverschwendung besucht, sich mit Journalisten getroffen und



bei den „Düsseldorfer Jonges“ über das Thema Steuergeldverschwendung gesprochen.

Die BILD-Zeitung sprach am Düsseldorfer Rheinufer mit Reiner Holznapel. „Die meisten Politiker können nur noch Geld ausgeben“, kritisierte der BdSt-Präsident und erinnerte an den verstorbenen Oberbürgermeister Joachim Erwin: „Er hat zu Projekten auch mal nein gesagt.“ Diese Haltung und den Mut vermisst der Steuerzahlerchef in vielen Rathäusern und Ministerien.

Die NRW-Fälle im Jubiläumsschwarzbuch

Bonn. Bei der Sanierung der Beethovenhalle war von Anfang an der Wurm drin. Im Sommer schmissen Bauleitung und Architekten hin! Die erste Kostenschätzung von 43 Millionen Euro ist längst obsolet. Inzwischen muss man mit 195 Millionen Euro rechnen.

Gelsenkirchen. Der Betriebs- und Wertstoffhof in Gelsenkirchen wird umgebaut – für deutlich mehr Geld als geplant: Aus rund 5,2 sind inzwischen etwa 17,5 Millionen Euro geworden.

Köln. Mit 15,8 Millionen Euro war die Stadt Köln in die Planungen zur Sanierung der Zentralbibliothek eingestiegen. Nach einigen Kostensteigerungen in den vergangenen Jahren haben sich die Gesamtkosten auf rund 81 Millionen Euro gesteigert.

Rheine. Das Rathauszentrum in Rheine soll saniert werden. Die Kosten dafür steigen rasant. Von 81 Millionen Euro ist die Rede – bei den ersten Planungen sprach man von 24 Millionen Euro.

Wegberg. Wegberg bekommt eine neue Feuerwache, die bei der ersten Kostenschätzung bei 6,47 Millionen Euro lag. Dann wurden die Pläne geändert, um Fördermittel abgreifen zu können. Die Kosten stiegen, inzwischen ist die Wache 3 Millionen Euro teurer.

Burscheid. Die Nähe zur Burscheider Innenstadt nehmen Nutzer des Radwegs „Balkantrasse“ kaum wahr. Das will die Stadt ändern: Radfahrer sollen mittels Rampe und Aussichtsplattform direkt in die Innenstadt gelockt werden. 803.000 Euro will sich die Stadt ihr Prestigeprojekt kosten lassen. Dabei sind ausgeschilderte Routen in die City bereits vorhanden.

Monheim am Rhein. Am Greisbachsee soll eine Marina entstehen. Dazu muss der bislang kaum zugängliche See zunächst durch einen Kanal mit dem Rhein verbunden werden. Gesamtkosten laut einer Plausibilitätsuntersuchung: rund 40 Millionen Euro.

Neukirchen-Vluyn. Bei der Neugestaltung eines Platzes hat die Stadt vergessen, für Schattenspender zu sorgen. Für 292.000 Euro wurde ein Wasserspiel nachgerüstet – aus Corona-Mitteln.

Kreis Paderborn/Kreis Höxter. In den Kreisen Paderborn und Höxter werden eckige Fahrplanmasten vor Bushaltestellen durch runde ausgetauscht. Denn eckige Masten bergen bei Unfällen mit Pkw ein höheres Risiko für schwere Verletzungen. Hart für die Steuerzahler: Sie müssen für den Austausch 220.000 Euro berappen.



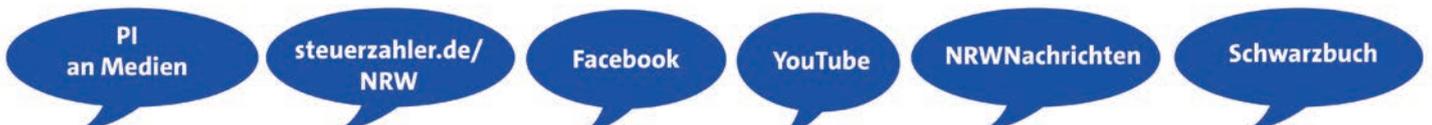
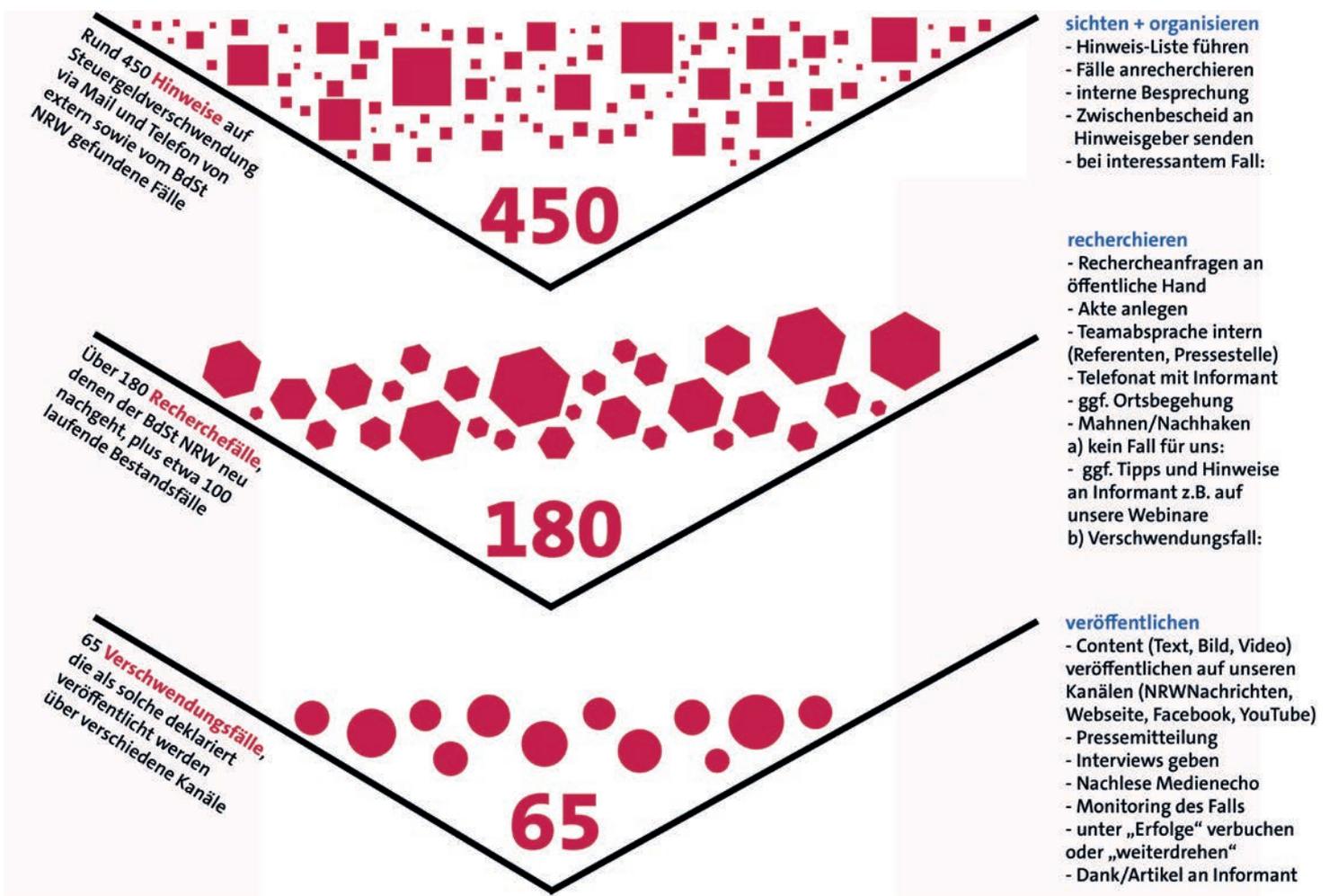
Dinslaken. Vor einer Ausweitung der Geschäfte nach China hatte der Bund der Steuerzahler die Stadtwerke Dinslaken (SD) 2020 im Schwarzbuch gewarnt. Mit gemeinsamen Projekten in der chinesischen Provinz Jiangsu wollten Stadtrat und Stadtwerke vorhandenes Know-how in Projekte der Energieerzeugung und -effizienz einbringen. Corona und die Abschottung Chinas haben das Projekt verzögert, der Ukraine-Krieg tat ein Übriges. Jetzt liegt das Vorhaben auf dickem Eis.

Krefeld. Die Arbeitsagentur in Krefeld wollte eine Frau kurz vor der Rente in einen Lehrgang zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit schicken. Erst die Intervention des Bundes der Steuerzahler hielt das Amt von dieser Verschwendung von Steuergeld ab.

Das hat der BdSt recherchiert

Vom Hinweis zum Schwarzbuchfall

Etliche Arbeitsstunden stecken in einer Falldarstellung von Steuergeldverschwendung, bevor diese in den NRW Nachrichten oder im Schwarzbuch veröffentlicht wird. Es beginnt mit Hinweisen per Mail oder Telefon von Bürgern und Journalisten sowie vom BdSt selbst entdeckten Missständen. Es folgen: Recherchen, Telefonate, schriftliche Anfragen bei Behörden, Ortsbegehungen und Besprechungen – intern mit Fachreferenten sowie mit externen Experten. Erst, wenn ein Fall richtig rund ist, wird er in unseren Kanälen veröffentlicht und natürlich an die Medien herangetragen. In Interviews steht das BdSt-Team dann Rede und Antwort. Es gibt eine Nachlese des Medienechos und der Fall wird, wenn nötig, weiter verfolgt. So hat der BdSt NRW seit Januar 2022 rund 450 Hinweise bearbeitet, daraus über 180 Recherchefälle extrahiert und letztlich rund 65 neu veröffentlichte Verschwendungsfälle erarbeitet.



Unsere Kommunikationskanäle



Schwarzbuch



YouTube



Facebook



NRW Nachrichten



www.steuerzahler.de/nrw



Pressemitteilungen



Newsletter



Webinare



Ratgeber

Der Bund der Steuerzahler NRW hat unterschiedliche Kanäle bzw. Medien, um mit der Öffentlichkeit in Kontakt zu treten. Auf Basis der inhaltlichen Arbeit von Vorstand und Fachreferenten wird „Inhalt“ erstellt. Übergeordnet geht es dabei um die Ziele und finanzpolitischen Forderungen des BdSt NRW. Das kann in Form einer Pressemitteilung zur Grundsteuer geschehen ebenso wie mit einem Facebook-Post oder durch ein Online-Webinar. Als finanzpolitisches Gewissen der Nation ist der BdSt inhaltsgetrieben: Wir sind dafür, Steuern und Abgaben zu senken, Verschwendung von Steuergeldern zu stoppen, die Staatsverschuldung zurückzufahren und Bürokratie abzubauen. Das Aufdecken und Anprangern von Verschwendungsfällen ist zentraler Bestandteil unserer Arbeit. Diese Fälle und Einordnungen finanzpolitischer Themen werden aktuell auf unserer Webseite www.steuerzahler.de/nrw veröffentlicht sowie in den zehnmal jährlich erscheinenden **NRWNachrichten** – dem Landesteil des **Mitgliedermagazins „Der Steuerzahler“**. Mit einer gedruckten Auflage von 45.000 Stück und als e-Paper erreichen wir nicht nur unsere BdSt-Mitglieder. Die NRW-Nachrichten sind auch an die Kommunal- und Landespolitik adressiert. Die wichtigsten Fälle von Steuergeldverschwendung finden sich im jährlich erscheinenden Schwarzbuch. Das erscheint als kostenfreie Printversion sowie online unter schwarzbuch.de. Öffentlichkeit schaffen wir flankierend immer auch durch Pressemitteilungen, die sich wiederum in Presse-, Radio- und Fernsehberichterstattung niederschlagen. Mindestens einmal monatlich versenden wir an rund 4.500 interessierte Abonnenten Newsletter zu aktuellen Themen. Nun ist Kommunikation keine Einbahnstraße. Soziale Medien wie **Facebook** ermöglichen einen direkten Austausch mit den Menschen und eine Verbreitung von Informationen im „Häppchenformat“. Was die Beachtung von Inhalten betrifft, so gewinnen Bilder und vor allem Bewegtbilder zunehmend an Bedeutung. Deshalb setzt der BdSt NRW seit Anfang 2023 verstärkt auch auf Videoformate. Unter youtube.com/SteuerzahlerNRW finden sich kurz und bündig Tipps sowie prägnante Appelle, an welcher Stelle politische Entscheider gegensteuern sollten. Wer sich gezielt über bestimmte Themen informieren will, kann unsere über **200 Webinare** jährlich besuchen und findet in umfassenden **Ratgebern** detaillierte Hilfe.

Der BdSt NRW in den Medien

Der Bund der Steuerzahler NRW ist zuhause in der Medienlandschaft Nordrhein-Westfalens: Es werden nicht nur unsererseits Themen gesetzt, sondern die Expertise von Vorstand und Referenten wird regelmäßig von Journalisten angefragt. Dabei zeichnet sich der BdSt durch seine schnelle und versierte Reaktion auf Medienanfragen als zuverlässiger Rat- und Impulsgeber aus.

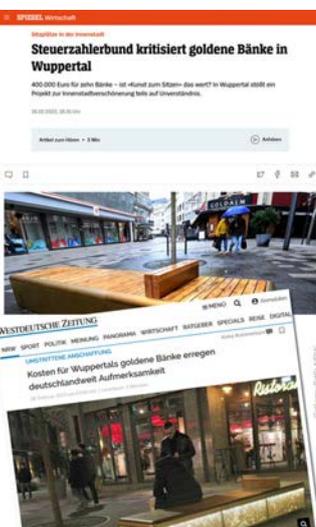
Angefragte Themen:

Das Thema „Grundsteuer-Reform“ mit all seinen Ausprägungen dominierte die Anfragen der Journalisten in den vergangenen 18 Monaten. Zudem hat es diverse Anfragen gegeben von Journalisten selbst ausgemachten lokalen Einzelfällen. Hierbei war eine Einschätzung dazu gewünscht, ob es sich konkret um Steuergeldverschwendung handelt oder nicht. Darüber hinaus gab es Interviewanfragen zu den von uns veröffentlichten Steuergeldverschwendungsfällen.

BdSt-Themen:

Der Klassiker unter den viel beachteten Themen ist nach wie vor der BdSt-Vergleich von Müll- und Abwassergebühren in NRW. Viel beachtet wurden auch die kommunale Hebesatz-Übersicht sowie die kooperative Aktion zu Leserfragen mit Zeitungen im Rahmen der Grundsteuerkommunikation. Ein breites Medienecho erfährt Jahr für Jahr der Hundesteuervergleich. BdSt-Aushängeschilder sind stets das Schwarzbuch, der Steuerzahlergedenktag und die Schuldenuhr. Der BdSt setzte Akzente mit diesen Themen:

- Angezapfter Pensionsfonds
- Luxuriöse Abgeordneten-Renten
- Straßenbaubeitrag
- Erschließungsbeitrag
- Rohstoffabgabe Kies und Sand
- Plattformensteuertransparenzgesetz
- Kosten für Anwohnerparken
- Lokale Bettensteuer
- Terrassengebühren



Im Gespräch mit Politik und Verbänden



Im Gespräch mit Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Landtag ging es BdSt-Vorsitzendem Rik Steinheuer vornehmlich um den Weg zur Haushaltskonsolidierung.



Sprachen im Landtag über den NRW-Etat: (von links) Thorsten Schick, Vorsitzender CDU-Fraktion, BdSt-Vorstand Rik Steinheuer und Eberhard Kanski sowie Olaf Lehne, Sprecher für Haushalt und Finanzen der CDU-Fraktion.



Trafen sich beim Bund der Steuerzahler in der Schillerstraße: (von links) Dr. Volkhard Wille, MdL Grüne und Simon Rock, MdL Grüne mit dem BdSt-Vorstand Rik Steinheuer und Eberhard Kanski sowie BdSt-Haushaltsexperte Markus Berkenkopf.

Finanzgericht Münster

Nach mehr als zweieinhalb Jahren konnte wieder die beliebte Kooperationsveranstaltung über das finanzgerichtliche Verfahren mit dem Finanzgericht Münster durchgeführt werden.

Am 21. Juni 2022 erlebten 20 Steuerberaterinnen und Steuerberater, die Mitglied im Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen sind, hautnah die Arbeitsweise des Finanzgerichts Münster. Nach einer kurzen Einführung durch den Vorsitzenden Richter hörten die Teilnehmer anschließend einer mündlichen Verhandlung mit Zeugenvernehmung zu. Für viele Teilnehmende war dies die erste Verhandlung, die sie vor Ort erlebten. Anschließend wurde die Verhandlung aufgearbeitet. Die Teilnehmenden waren positiv überrascht über die Verhandlungsführung. Anschließend erfuhren sie noch mehr über finanzgerichtliche Verfahren und konnten zahlreiche Fragen stellen. Das Feedback zur Veranstaltung und zur Arbeitsweise des Finanzgerichts war überaus positiv.

Steuerberaterkammer und Steuerberaterverband

Anfang Dezember 2022 trafen sich Vertreter der Steuerberaterkammer Düsseldorf, des Steuerberaterverbands Düsseldorf und des Bundes der Steuerzahler NRW zu einem ausführlichen Meinungs- und Gedankenaustausch. Von Seiten der Steuerberaterkammer nahmen dessen Präsident Reinhard Verholen, von Seiten des Steuerberaterverbandes der Vorsitzende Carsten Nicklaus und der Hauptgeschäftsführer Günter Koslowski teil. Der Landesvorsitzende Rik Steinheuer und der Leiter der Steuerabteilung Hans-Ulrich Liebern vertraten den Bund der Steuerzahler NRW. Erstes Gesprächsthema war die Grundsteuererklärung in NRW. Alle waren sich einig, dass das gegenwärtig in NRW praktizierte Bundesmodell kompliziert ist und zu vielen Rechtsstreitigkeiten führen wird. Eine interessante Neuigkeit konnte Präsident Verholen mitteilen: Der Kammer gegenüber wurde erklärt, dass es vorläufig keine endgültigen Einspruchsentscheidungen zur Grundsteuer in NRW geben wird. Der BdSt NRW erläuterte die geplanten Musterprozesse in Sachen Grundsteuer.

Anhörungen im Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen

Auf Einladung des Präsidenten des Landtags nahm der Bund der Steuerzahler NRW an diversen Anhörungen als Sachverständiger teil.

„Erschließungsbeiträge“ (3. März 2023)

BdSt-Vorsitzender Rik Steinheuer und Markus Berkenkopf, Experte für Kommunal Finanzen, haben sich im Landtag für nachvollziehbare Fristen bei den Ersterschließungsbeiträgen stark gemacht. Seit geraumer Zeit ist regelmäßig von Erschließungsbeiträgen die Rede, die etliche Jahrzehnte nach Erstbezug eines Eigenheims fällig werden. Häufig trifft es nachfolgende Generationen der Erbauer, vielfach aber auch Zweit- oder Drittbesitzer eines Hauses. Die finanziellen Folgen können existenzbedrohend sein. In aller Regel wird der Erschließungsbeitrag mit jahrzehntelanger Verspätung erhoben. Es kann am fehlenden Grunderwerb der Gemeinde liegen, aber auch an der Tatsache, dass eine Stadt das ursprüngliche Bauprogramm der Erschließungsanlage nicht konsequent und zeitnah umgesetzt hat. Im Umfeld der Landtagswahl 2022 hat der vorherige Landtag mehrere Fristen im Erschließungsbeitragsrecht beschlossen. Von diesen will die aktuelle Regierung nichts mehr wissen. In der öffentlichen Anhörung appellierte BdSt-Vorsitzender Rik Steinheuer an die Politik, die Interessen der Bürger und zugleich die Kommunal Finanzen im Blick zu haben. Ende März will der Kommunalausschuss weiter beraten. Der Bund der Steuerzahler setzt sich in dem Gesetzgebungsverfahren weiter mit Nachdruck für angemessene und ausgleichende Regelungen ein.

„2. Nachtragshaushalt 2022“ (13. Dezember 2022)

Der Bund der Steuerzahler (BdSt) NRW hat in einer Expertenanhörung im Landtag darauf hingewiesen, dass die „Spielregeln“ der Schuldenbremse einzuhalten sind. „Notsituationen“ können nicht beliebig ausgerufen werden, um die Regeln der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse zu umgehen. Es bedarf stets auch einer umfassenden Darlegung, welche Sparmaßnahmen getroffen werden sollen. Den Verfahren für den zweiten Nachtragshaushalt 2022 und den Landeshaushalt 2023 dürften unrühmliche Plätze in der Landesgeschichte sicher sein. Mit einem weiteren Nachtragshaushalt für das Jahr 2022 sollte wenige Tage vor dem Jahreswechsel und nach Feststellung einer „außergewöhnlichen Notsituation“ ein einziges Ziel erreicht werden: die Aussetzung der Schuldenbremse, um Kreditaufnahmen zu ermöglichen. Der BdSt NRW äußerte auch Kritik daran, dass nach In-Kraft-Treten der Kreditermächtigung kurz vor dem Weihnachtsfest nicht mit unmittelbaren Geldflüssen zu rechnen sei. Die Eile, mit der neue Schulden noch im alten Jahr durchgepeitscht werden sollten, erschien dem Verband denkbar unpassend. Den Entwurf für den zweiten Nachtragsetat zog die Landesregierung am 19. Dezember 2022 nach der BdSt-Kritik in der Anhörung aber zurück – ein erster Erfolg. In der Anhörung warnte der BdSt NRW weiterhin davor, politische Vorhaben über Schulden zu finanzieren und forderte die Politiker auf, mindestens den Veranlassungszusammenhang zwischen ausnahmsweise schuldenfinanzierten Aufgaben und Notsituation zu beachten.



„Abwassergebühren“ (18. November 2022)

Mit ihrem Gesetzentwurf zu Abschreibungen und kalkulatorischer Verzinsung bei den Abwassergebühren versucht die Landesregierung das Rad zurückzudrehen und die rechtliche Situation vor dem OVG-Urteil vom 17. Mai 2022 wiederherzustellen. So lautet die Kritik des Bundes der Steuerzahler NRW in einer Landtagsanhörung. Bisher nutzen viele Kommunen die Gelegenheit, um mit überhöhten Gebühren Überschüsse zu erwirtschaften, die sie dem städtischen Haushalt zuführen. So stopfen sie mit dem Geld der Gebührenzahler ihre Haushaltslöcher. Diese Praxis hat das OVG eindeutig abgelehnt. Der BdSt NRW kritisiert, dass die Landesregierung die neue Rechtsprechung jetzt unterlaufen will. Eine gesetzliche Neuregelung muss sich an den Maßstäben des OVG NRW orientieren.

Anhörung zum Gesetzentwurf der FDP-Fraktion „Grundsteuer“ (25. August 2022)

Der BdSt NRW plädiert in seiner Stellungnahme zu einem Gesetzentwurf der FDP-Fraktion im Landtag dafür, sich für ein einfacheres Grundsteuermodell einzusetzen.

Insofern begrüßt der Verband den Gesetzentwurf der FDP, der sich am hessischen Grundsteuermodell orientiert. Wenn Grundstück und Wohnfläche mit einem einheitlichen pauschalierten Wert berechnet werden und Alter und Baujahr des Gebäudes außen vor bleiben, würde sich die Erhebung deutlich vereinfachen und zudem gerechter und transparenter werden, so Rik Steinheuers Meinung. Er befürchtet zahllose Rechtsstreitigkeiten, die besonders bei der Anwendung der bisherigen Vorgaben der Finanzverwaltung für die Bodenrichtwerte zu erwarten sind.

Ein Flächenmodell beseitigt die Mängel des Bundesmodells, bei dem der Bodenrichtwert und das Alter des Gebäudes eine erhebliche Rolle spielen. Der Bund der Steuerzahler NRW forderte, die bereits gestartete Grundsteuererklärungskampagne fortzusetzen und die bisher erhobenen Daten für die Neufestsetzung zu nutzen.

Finanzen in Nordrhein-Westfalen

Nachtrag 2022

Die NRW-Landesregierung hat für das Jahr 2022 einen Nachtragshaushalt beschlossen. Das Haushaltsvolumen des Landes wächst für 2022 von 87,5 auf 88,4 Milliarden Euro. Die Steuereinnahmen sollen um weitere 1,8 auf 71,8 Milliarden Euro steigen. Allein diese Zahlen zeigen, dass genügend Potential vorhanden ist, den Schuldenabbau voranzubringen oder Rücklagen aufzubauen. Positiv ist, dass auch zukünftig im klassischen Landeshaushalt keine neuen Schulden gemacht werden. Auch die Möglichkeit, den Corona-Rettungsschirm weiter aufzuspannen und von ihm Geld in den Landesetat umzuleiten, wird richtigerweise nicht genutzt. Kritik gibt es aus Steuerzahlersicht daran, dass keine Vorsorge für noch schlechtere Zeiten betrieben wird. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an steigende Zinsen oder hohe Energiekosten. Die stark gestiegenen Steuereinnahmen werden nicht auf die hohe Kante gelegt. An einen umfassenden Schuldenabbau denkt niemand mehr. Wenn die aktuelle Landesregierung neue Schwerpunkte setzt, müssen in der Vergangenheit gesetzte Schwerpunkte an Gewicht verlieren. Der Bund der Steuerzahler NRW appelliert an die schwarz-grüne Landesregierung, sämtliche Landesprogramme, Förderungen und Subventionen zu durchforsten und neu zu bewerten. Ungeplante Steuermehreinnahmen gehören in den Schuldenabbau.

Landeshaushalt 2023

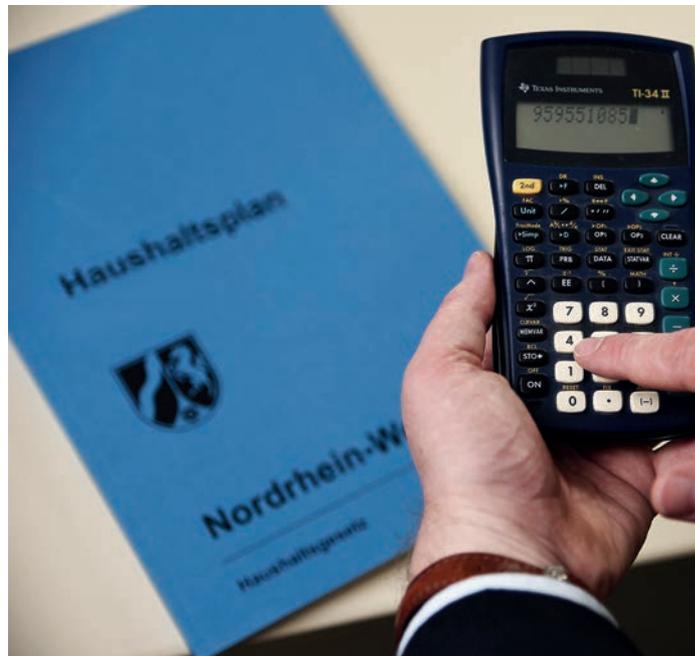
Nach der Steuerschätzung vom Herbst 2022 kann das Land NRW für 2023 Steuereinnahmen von 74,4 Milliarden Euro erwarten. Gegenüber den bisherigen Prognosen entspricht dies einem Rückgang von fast einer Milliarde Euro, ist aber nach wie vor ein Rekordwert. Der BdSt NRW weist darauf hin, dass vergangene Haushaltsjahre häufig besser abschlossen als es ursprünglich geplant war. Diese Überschüsse verringern die Notwendigkeit, Kredite aufzunehmen und sollten für Sondertilgungen verwendet werden.

Corona-Sondervermögen und Krisenbewältigungsrücklage

Das Corona-Sondervermögen soll in eine „Krisenbewältigungsrücklage“ überführt werden. Die Mittel sollen dann „Krisenhilfen“, „Krisenresilienz“ und „Krisenvorsorge“ finanzieren. Der BdSt NRW hat früher schon darauf hingewiesen, dass die kreditfinanzierten Maßnahmen bestimmt, geeignet und erforderlich sein müssen. Die Veranschlagung „Globaler Mehrausgaben“ im Umfang von 3,5 Milliarden Euro zur Finanzierung von „Krisenbewältigungsmaßnahmen“ ist aber das genaue Gegenteil. So wurden für den Corona-Rettungsschirm mehr Mittel aufgenommen als benötigt. Das Sondervermögen verfügt somit (noch) über liquide Mittel in Höhe von etwa 5 Milliarden Euro. Doch Kreditaufnahmen „auf Vorrat“ sieht das Haushaltsrecht nicht vor. Leider mangelt es in Nordrhein-Westfalen an einer solchen Regelung mit Verfassungsrang.

Umgehung Schuldenbremse und Zinsausgaben

Der Entwurf des Haushaltsgesetzes enthält Kreditermächtigungen für die Universitätskliniken von insgesamt 4,1 Milliarden Euro sowie für den Bau- und Liegenschaftsbetrieb von maximal 350 Millionen Euro. Diese Regelungen sind eine Umgehung der Schuldenbremse. Die Zinswende bringt für den Landeshaushalt steigende Zinsausgaben mit sich. Sie werden sich 2023 im Vergleich zu 2022



nahezu verdoppeln. In seiner Stellungnahme zum Haushalt 2022 hat der BdSt NRW bereits darauf hingewiesen, dass die Chance verpasst wurde, die sich aus sinkenden Zinsen ergebenden Spielräume zum Abbau der Altschulden zu verwenden.

Personalausgaben

Mit einem Anteil von etwa 32,1 Milliarden Euro sind die Personalausgaben nach den laufenden Zuweisungen und Zuschüssen die größte Ausgabeposition im Haushalt für 2023. Kritisch sieht der BdSt NRW, dass die Zahl der Stellen seit dem Nachtragshaushalt um fast 6.300 gestiegen ist. Stellenzunahmen bedeuten dauerhafte und mit der Zeit steigende Personal- und Versorgungsausgaben.

Subventionen

Gerade bei den Subventionen ist es unerlässlich, die politischen Ziele konkret zu benennen, damit eine Bewertung über die Wirksamkeit der Ausgaben und damit die Nachhaltigkeit von Zuschüssen möglich wird. Der BdSt NRW fordert erneut, dass Subventionen zeitlich begrenzt und degressiv vergeben werden sollten. Ebenfalls ist eine Evaluierung der Förderziele unabdingbar für eine Fortführung oder Einstellung einer Förderung. Hier fehlt die Transparenz völlig. Es wird kein Subventionsbericht veröffentlicht, der die genannten Kriterien erfüllt. Zielbeschreibungen bei neuen Projekten und Programmen sollten selbstverständlich sein.

Fazit

Ein Wahlkampfversprechen der regierungstragenden Parteien ist, auf eine nachhaltige Haushaltspolitik zu setzen. Das bedingt eine strenge Haushaltsdisziplin mit mittelfristigen Konsolidierungsstrategien. Die Haushaltsplanung geht mit dem kreditfinanzierten pauschalen Ansatz Globaler Mehrausgaben in die entgegengesetzte Richtung.



Entwicklung der Grund- und Gewerbesteuerhebesätze in den NRW-Kommunen

Großer Sprung bei der Gewerbesteuer

Rund 15,4 Milliarden Euro Gewerbesteuer flossen laut IT-NRW im Jahr 2022 in die Kassen der nordrhein-westfälischen Kommunen. Das waren nicht nur 15,4 % mehr als 2021, es waren sogar 20,6 % mehr als im Vor-Corona-Jahr 2019. Die höchsten absoluten Zuwächse verzeichneten im Jahr 2022 Düsseldorf (+277 Millionen Euro), Gelsenkirchen (+117 Millionen Euro) und Duisburg (+112 Millionen Euro). Die stärksten Rückgänge gab es für Dortmund (-35 Millionen Euro), Frechen (-42 Millionen Euro) und Monheim am Rhein (-59 Millionen Euro). Dennoch blieb Monheim die Stadt mit der höchsten Gewerbesteuererinnahme pro Einwohner (4.754 Euro), deutlich vor Verl (2.649 Euro) und Burbach (2.407 Euro). Der Landesdurchschnitt lag bei 744 Euro. Zwar ist die Einnahmesituation der Kommunen nicht über einen Kamm zu scheeren, die zum Teil hohen Raten zeigen aber: Viele Unternehmen spülen wieder sehr viel Geld in die Kassen. Rote Zahlen sind meist keine Folge geringer Einnahmen, sondern zu hoher Ausgaben. Trotz aller Einflüsse, gegen die die Städte und Gemeinden nichts tun können, müssen sie die in den Griff bekommen.

Grundsteuer B: Es wird ungemütlich

Die Grundsteuer B ist seit Monaten in aller Munde. Landauf, landab waren Haus- und Wohnungseigentümer damit beschäftigt, ihren Finanzämtern Angaben zu ihrem Grund- und Wohnungsbesitz zu machen. Landesweit ist überhaupt nicht zu erkennen, dass eine wirkliche umfassende Sanierung der kommunalen Finanzen von der Politik angegangen wird. Daher kommen auf die Steuerzahler jetzt ungemütliche Zeiten zu, wie eine Umfrage des Bundes der Steuerzahler NRW von Jahresbeginn 2023 zur Entwicklung der He-

besätze bei der Grundsteuer B zeigt. 332 der 396 Städte und Gemeinden hatten geantwortet. 64 Städte und Gemeinden machten keine Angaben. Höhere Grundsteuer B-Hebesätze als im Vorjahr haben 76 der 332 Kommunen gemeldet. Fast jede vierte NRW-Kommune hat damit die Steuerschraube angezogen. Erfreulich ist hingegen, dass immerhin fünf Städte und Gemeinden die Wohnsteuer gesenkt haben. Spitzenreiter bei der Grundsteuer B in Nordrhein-Westfalen ist die Gemeinde Hürtgenwald im Kreis Düren. Hier hat der Gemeinderat einen Hebesatz von 950 % für 2023 beschlossen. Ganz anders sieht die Situation in Verl (Kreis Gütersloh) aus. Hier gilt in diesem Jahr ein Grundsteuer B-Hebesatz von nur 170 %. Damit nicht genug: Die Stadt konnte den Steuersatz im Vergleich zum Vorjahr sogar um 20 Prozentpunkte senken. Hohe Grundsteuern müssen die Menschen in diesem Jahr auch in Bönen (940 %) und Inden (930 %) verkraften. Günstig lebt man hingegen – steuerlich betrachtet – neben Verl auch in Monheim (250 %) und Harsewinkel (260 %). In Inden (Kreis Düren) sind die Steuerzahler derzeit sogar doppelt gestraft. Die Gemeinde gehört zu den Kommunen mit dem höchsten Grundsteuer B-Hebesatz, und der wird jetzt sogar noch einmal um 50 Punkte auf 930 % erhöht. Eine steuerzahlerfreundliche Politik sieht anders aus. Die größte Steuererhöhung gab es in Wilnsdorf. Hier stieg der Grundsteuer B-Hebesatz von 475 auf 695 %. Aber auch Dormagen, Bergheim, Erkrath, Ahaus und Wesseling haben die Grundsteuer B um mehr als 20 % erhöht. Vier Gemeinden haben hingegen erkannt, dass die Bürgerschaft entlastet werden muss. Sie haben die Grundsteuer B gesenkt, nämlich Verl um 10 %, Horstmar um 7 %, Troisdorf um 5 % und Duisburg zumindest um 1 %.

Kommunen: Keine mehr schuldenfrei

Schuldenfrei ist in Nordrhein-Westfalen keine Stadt oder Gemeinde mehr. Am höchsten ist die Verschuldung je Einwohner weiterhin in Siegburg (11.586 Euro), Mülheim an der Ruhr (9.747 Euro) und Oberhausen (9.454 Euro). Der wesentliche Grund für die flächen-deckende Verschuldung liegt in dem mit zwei Milliarden Euro dotierten Landesprogramm „Gute Schule 2020“ zu Sanierung, Modernisierung und Ausbau der Schulinfrastruktur bei der NRW.Bank. Hier haben auch einst schuldenfreie Gemeinden zugegriffen: Das Land Nordrhein-Westfalen übernimmt die Tilgung der Kredite, die Schulden stehen aber in den Büchern der Kommunen. Doch wer kann dazu schon „nein“ sagen?

Vorreiter Raesfeld

Aber es liegt nicht nur an diesem Programm, denn einstige Vorzeigekommunen wie Raesfeld und Langenfeld haben schon vorher die Schuldenfreiheit aufgegeben. Raesfeld hatte vor 30 Jahren, im Juli 1993, eine Vorreiterrolle: Die Gemeinde tilgte ihre letzten Schulden. Dafür erhielt sie später vom damaligen Vorsitzenden des BdSt NRW, Dr. Karl Heinz Däke, ein neues Orteingangsschild mit dem Hinweis „Einzigste schuldenfreie Kommune in NRW 1994“. Später kamen weitere Städte und Gemeinden wie Breckerfeld, Issum, Niederzier, Olfen, Reken, Roetgen oder Velen hinzu. Auch die Landeshauptstadt Düsseldorf war rechnerisch für einige Jahre schuldenfrei. Spektakulär war die Schuldenfreiheit in Langenfeld: Die Stadt hatte es 2008 vor allem dem eisernen Sparwillen und der Durchsetzungskraft des seinerzeitigen Bürgermeisters Magnus Staehler zu verdanken, dass sie schuldenfrei wurde. Dafür gab es ebenfalls ein neues Ortseingangsschild von Dr. Karl Heinz Däke.

Schuldenberg von 60,1 Milliarden Euro

Von der Schuldenfreiheit sind die Kommunen in NRW derzeit weit entfernt. Insgesamt hat sich der Schuldenberg der Kommunen in NRW im vergangenen Jahr auf 60,1 Milliarden Euro aufgetürmt. Besonders die 19,5 Milliarden Euro Kassenkredite müssen Sorgen bereiten. Sie sind mit den privaten Dispos vergleichbar und ein Signal für zu hohe laufende Ausgaben der Kommunen. Derzeit belas-

ten die stark gestiegenen Kreditzinsen die Haushalte zusätzlich. Städte und Gemeinden sehen kaum die Möglichkeit, sich aus dieser Verschuldungsspirale selbst zu befreien. Umso wichtiger, dass die Landesregierung endlich ein umfassendes und nachhaltiges Konzept zum Abbau der kommunalen Altschulden vorlegt. Doch das im Juni von der schwarz-grünen Koalition vorgestellte Altschuldenprogramm stößt auf viel Kritik, auch vom BdSt NRW. Das Land möchte sich mit dem Bund die Übernahme der Kassenkredite der Kommunen teilen. Aber es hat sich weder mit dem Bund noch mit den Kommunen abgestimmt.

Kommunen bekommen heute bereits einen Anteil an der Grunderwerbsteuer. Dieser Anteil soll nun über einen Zeitraum von 40 Jahren für den Schuldendienst (Zins- und Tilgungsleistungen) eingesetzt werden. Die Landesregierung möchte somit quasi eigenes Geld zur Entschuldung der Kommunen aufwenden. Das Land garantiert lediglich, jährlich 460 Millionen Euro für den Schuldendienst zu verwenden, unabhängig vom Steueraufkommen. Alle 429 Kreise, Städte und Gemeinden würden an der Entschuldung von 199 betroffenen Kommunen beteiligt.

BdSt-Anregung

Der BdSt NRW regt an: Damit nicht alle Kommunen in den nächsten Jahrzehnten deutlich weniger Geld haben, sollten nur die hochverschuldeten Kommunen an der Entschuldung beteiligt werden. Finanziell solide aufgestellte Kommunen sollten im Ausgleich Investitionszuschüsse erhalten. Dafür muss die Landesregierung aber originäre Landesmittel zur Altschuldenlösung beitragen. Zusätzlich sollte der Tilgungszeitraum auf maximal 30 Jahre verkürzt werden, um die Zinsleistungen zu verringern. Um ein erneutes Anwachsen von Schulden in der Zukunft zu verhindern, könnte beispielsweise der bis 1994 in NRW geltende Genehmigungsvorbehalt für Liquiditätskredite wieder eingeführt werden. Wenn die Landesregierung diese Grundsätze beachtet, kann die Entschuldung der Kommunen mit einem neuen Altschuldenprogramm innerhalb einer Generation gelingen. Die Kommunen würden so neue Spielräume für die dringend benötigten Investitionen erhalten.



Beraten und Einordnen

Medien wollen Einordnung

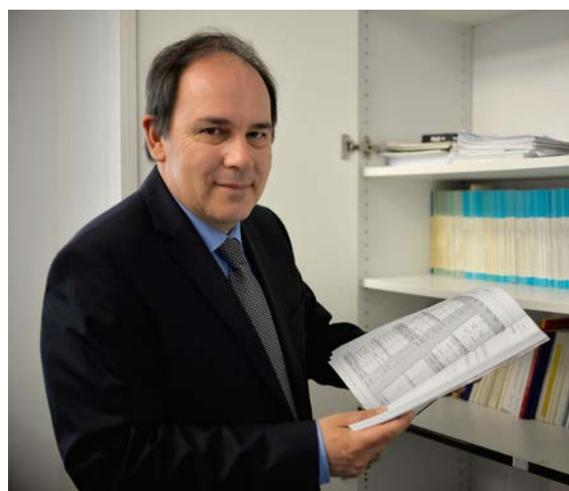
Die Haushaltsexperten des Bundes der Steuerzahler NRW sind das ganze Jahr auf Einladung von Fraktionen zu Haushaltsberatungen in NRW unterwegs, ordnen aber auch auf Anfrage der Medien die Haushaltssituation einzelner Kommunen ein. So äußerte sich der Bund der Steuerzahler NRW gegenüber der Rheinischen Post besorgt über die Finanzen der Kreisstadt Mettmann und hat der Bürgermeisterin und den Ratsmitgliedern eine Analyse des Haushalts 2023 an die Hand gegeben. Ein „Weiter so, die kommende Generation wird es richten“ ist der falsche Weg. Seit 2014 ist der Hebesatz von 415 v.H. auf 725 v.H. gestiegen. Damit wird Mettmann zur teuersten Stadt im ganzen Kreis und liegt auch deutlich über dem so genannten fiktiven Hebesatz des Landes NRW. Innerhalb von vier Jahren soll sich die Verschuldung verdoppeln, bis 2026 verdreifachen. Aus Sicht des BdSt NRW wäre die Stadt Mettmann gut beraten, Einsparungen nicht als Schrecken zu betrachten, sondern als Notwendigkeit für die Zukunft. In allen Bereichen muss jede vertretbare Möglichkeit der Einsparung genutzt werden.



Beratungen in Plettenberg und vielen anderen Kommunen

Gibt Plettenberg zu viel Geld aus? Wie kann die Schiefelage im städtischen Haushalt beseitigt werden? Diese und andere Fragen erörterte BdSt-Vorstand Eberhard Kanski mit Plettenberger Kommunalpolitikern, Stadtkämmerer Jens Groll und Bürgermeister Ulrich Schulte. Die finanzielle Ausgangslage ist schwierig: Im Jahr 2022 fehlen gut 5,7 Millionen Euro, um den gesetzlich vorgeschriebenen Haushaltsausgleich zu erreichen. Die Ausgleichsrücklage ist längst verbraucht und nach vielen Konsolidierungsrunden können laufende Ausgaben kaum noch reduziert werden. Auffällig ist, dass trotz der Etatprobleme ein ehrgeiziges Investitionsprogramm umgesetzt werden soll. Man braucht viel Geld für die Abwasserentsorgung, für die Innenstadtsanierung und für neue Straßen. Für dieses riesige Bauprogramm sind laufende Einnahmen erforderlich, die Plettenberg im Moment nicht hat. Deshalb verdoppeln sich die Stadtschulden von gut 15 auf über 37 Millionen Euro in nur einem Jahr. Der BdSt empfiehlt in diese Situation, eine Prioritätenliste für die städtischen Investitionen zu erstellen und sie als Steuerungsinstrument laufend fortzuschreiben.

Außer in Plettenberg war der Bund der Steuerzahler NRW auch in vielen anderen Kommunen zu Haushaltsberatungen unterwegs beispielsweise im Kreis Kleve auf Einladung der Vereinigten Wählergemeinschaft, bei der UWG in Meerbusch, bei der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Ochtrup, bei den Freien Wählern im Kreistag Heinsberg, bei der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Bergheim und der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Sprockhövel.



Ihr BdSt informiert Verbraucher

Grundsteuerwertermittlung

Nachdem die Mehrzahl der Erklärungen zur Grundsteuerwertermittlung zum 1. Januar 2022 eingereicht worden sind, stellt sich die Frage, welche Belastungen auf die Eigentümer und Mieter zukommen. Bei der Reform war immer von einer Aufkommensneutralität die Rede. Diese Aufkommensneutralität bezieht sich aber auf die Einnahmen der Kommunen und nicht auf die Belastung der jeweiligen Eigentümerinnen und Eigentümer. Der NRW-Finanzminister hatte im Jahr 2021 angekündigt, dass er den jeweiligen Kommunen einen aufkommensneutralen Hebesatz vorschlagen werde, wenn alle Berechnungen für die neuen Grundsteuerwerte durchgeführt worden sind. Die diesjährige Ermittlung der Grundsteuerhebesätze durch den Bund der Steuerzahler NRW hat ergeben, dass rund ein Viertel der nordrhein-westfälischen Kommunen ihren Hebesatz erhöht hat. Schon im Jahr 2022 zeigte sich ein ähnliches Bild. Vermutlich erhöhen viele Kommunen bereits jetzt ihre Hebesätze, um bei der Berechnung des aufkommensneutralen Hebesatzes von einem erhöhten Aufkommen zu profitieren. Der BdSt NRW schlägt vor, dass sich die Berechnung für den aufkommensneutralen Hebesatz auf das Aufkommen der jeweiligen Kommunen auf den Durchschnitt der letzten vier Jahre bezieht. Sollte es im Jahr 2024 zu massiven Verwerfungen bei den Hebesätzen für das Jahr 2025 kommen, können sich die Betroffenen mit Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung gemäß § 80 Abs. 3 Gemeindeordnung NRW äußern. Weitere Möglichkeiten, sich zur Wehr zu setzen, bieten die § 24 (Anregungen und Beschwerden) und § 25 (Einwohnerantrag) der Gemeindeordnung.



Hundesteuer

In Zeiten hoher Inflation und steigender Lebenshaltungskosten sollte eine Bagatellsteuer wie die Hundesteuer längst abgeschafft sein. Aber die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen halten hartnäckig daran fest. Das ist nicht verwunderlich, denn die Hundesteuer spült einiges an Geld in die Kassen, ist nicht zweckgebunden und kann völlig frei verwendet werden. Der Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen fordert die Abschaffung dieser Bagatellsteuer. Bei unserem jährlichen Hundesteuervergleich aller 396 Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen fällt dieses Jahr auf, dass die Steuern für als gefährlich eingestufte Hunde steigen und in fünf Kommunen sogar neu eingeführt wurden: in Erkrath, Leverkusen, Neuenrade, Nordkirchen und Lübbecke. Einen gesonderten Steuersatz für „gefährliche“ Hunde sehen in ihrer Satzung insgesamt 310 Städte und Gemeinde vor. Am günstigsten hält man einen „gefährlichen“ Hund in Legden mit einem Steuersatz von 120 Euro. In Solingen und Heimbach dagegen muss man hierfür bereits den 10-fachen Steuersatz von 1.200 Euro zahlen. 107 Städte und Gemeinden bieten eine Vergünstigung bei bestandenerm Wesenstest auf den Steuersatz für normale Hunde an. Generell gibt es eine große Spanne bei der Höhe der Hundesteuer: Ist der erste Hund in Ahlen kostenlos, zahlt man in Hagen für den ersten Hund bereits 180 Euro und somit NRW-weit am meisten. 18 Kommunen haben die Steuersätze für Hunde generell erhöht, davon zehn ebenfalls den Steuersatz für „gefährliche“ Hunde. Leverkusen hat als einzige Stadt in Nordrhein-Westfalen die Steuersätze für den ersten Hund um 60 Euro und für den zweiten Hund um 108 Euro gesenkt.





Abwassergebührenurteil entlastet Bürger

Ein vom Bund der Steuerzahler NRW unterstütztes Musterverfahren zu den Abwassergebühren vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) NRW zeigt: Bürgerfreundliche Kalkulation ist möglich. Das OVG-Urteil vom 17. Mai 2022 hatte am 15. Dezember 2022 eine Gesetzesänderung zur Folge. Der neue Rechtsrahmen bei der Ermittlung der kalkulatorischen Verzinsung in der Abwasserentsorgung ermöglicht es den Kommunen, faire Abwassergebühren für ihre Bürger zu schaffen.

Bonn und Bochum

So haben die Abwassergebührentzahler in Bonn erheblich profitiert. Der Schmutzwassergebührensatz kann in diesem Jahr um fast 11 % (von 2,83 auf 2,52 Euro/m³) und der Regenwassergebührensatz um fast 10 % (von 1,47 auf 1,33 Euro/m²) gesenkt werden. Ein wesentlicher Grund: Der kalkulatorische Zinssatz wurde von 5,08 % in 2022 auf 2,43 % in 2023 gesenkt. Die kalkulatorischen Zinsen reduzierten sich so um fast 17 Millionen Euro. Auch in Bochum sind die kalkulatorischen Zinsen deutlich gesunken. Betragen sie im vorigen Jahr noch 21,22 Millionen Euro, sind es in diesem Jahr 12,33 Millionen Euro.

Aber auch die Bürger in kleineren Städten und Gemeinden profitieren. Beispielsweise in der Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid. Dort wurden die Vorgaben des OVG NRW noch im selben Jahr umgesetzt. Der Eigenkapitalzinssatz wurde 2022 von 5 % auf

0,73 % gesenkt. Die Eigenkapitalverzinsung in der Abwasserentsorgung verringerte sich von 602.747 Euro auf 88.000 Euro. Eine Folge war: Noch 2022 sank der Schmutzwassergebührensatz von 4,10 auf 3,71 Euro/m³ und der Regenwassergebührensatz von 0,81 auf 0,71 Euro/m². Auch in Gevelsberg haben sich die kalkulatorischen Zinsen in diesem Jahr mehr als halbiert. Die Abwassergebührensätze sanken: beim Schmutzwasser von 3,07 auf 2,92 Euro/m³ in 2023 und beim Regenwasser von 1,33 auf 1,27 Euro/m².

Kleve und Sankt Augustin

Die Stadt Kleve am Niederrhein hatte bereits in der Vergangenheit Abwassergebührensätze deutlich unter dem NRW-Landesdurchschnitt. Diese Gebührensätze senkte die Stadt in diesem Jahr noch weiter. Dies wurde möglich, weil man bei der kalkulatorischen Verzinsung in der Abwasserentsorgung durch eine bürgerfreundliche Kalkulation die betriebsbedingten Kosten von über 1,8 Millionen Euro im Jahr 2022 auf nur noch 115.700 Euro im Jahr 2023 reduzierte. Ein weiteres positives Beispiel ist Sankt Augustin. Dort war noch 2022 in der Abwassergebührenkalkulation ein Kostenfaktor von fast 1,8 Millionen Euro bei der Verzinsung des Anlagekapitals aufgeführt. Dieser Kostenpunkt konnte um fast 60 % reduziert werden, weil die Stadt den Zinssatz bei den kalkulatorischen Zinsen von 5,42 % im Jahr 2022 auf 3,25 % im Jahr 2023 herabsetzte.

Ergebnis für die Abwassergebührentzahler in Sankt Augustin: Der Schmutzwassergebührensatz sank von 2,81 Euro (2022) auf 2,68 Euro je Kubikmeter in diesem Jahr. Der Regenwassergebührensatz sank von 1,64 Euro (2022) auf 1,56 Euro je Quadratmeter in diesem Jahr.

Kreuzau und Medebach

Viele Bürger haben ihre Widersprüche gegen die Abwassergebührenbescheide – wie vom BdSt NRW ausdrücklich empfohlen – mit einem Antrag auf Ruhen des Verfahrens verbunden. In der Vergangenheit gab es bereits positive Entscheidungen zu Gunsten der Gebührentzahler. So hat die Gemeinde Kreuzau im Kreis Düren die Abwassergebührensätze für Schmutzwasser und Niederschlagswasser nach dem Urteil des OVG NRW neu berechnet und einem BdSt-Mitglied für 2021 fast 32 Euro erstattet. Vorbildlich reagierten auch die Stadtwerke Medebach AöR. Sie haben nach der Einstellung des Beschwerdeverfahrens gegen das OVG-Urteil die Kosten für die kalkulatorische Verzinsung aus den Gebührensätzen 2021 herausgerechnet. Auch hier hatte ein Widerspruch eines BdSt-Mitglieds gegen seinen Abwassergebührenbescheid 2021 Erfolg. Unser Mitglied bekam eine Gebührenerstattung von über 28 Euro. Fazit: Durch bürgerfreundliche Abwassergebührenkalkulationen ist es möglich, die Gebührensätze zu senken und damit die Verbraucher zu entlasten.



Aktuelle Musterverfahren des BdSt

Das Steuerrecht ist immer im Wandel. Neben gesetzlichen Änderungen haben auch aktuelle Gerichtsurteile Einfluss auf steuerliche Sachverhalte. Oft profitieren die Steuerzahler von neuen Gerichtsentscheidungen oder anhängigen Klageverfahren. In diesen Fällen wäre es schade, wenn der Steuerzahler aus Unkenntnis Anwendungen steuerlich nicht geltend macht und damit womöglich zu viel Steuern zahlt. Der BdSt unterstützt zahlreiche Musterverfahren vor den Finanzgerichten, dem Bundesfinanzhof und dem Bundesverfassungsgericht. Stetig kommen neue Verfahren hinzu; andere Verfahren werden entschieden. Voraussetzung für die Unterstützung durch den BdSt ist, dass es sich um eine Rechtsfrage von allgemeiner und grundsätzlicher Bedeutung handelt und eine Klage Aussicht auf Erfolg hat.

Die Musterverfahren

Kurzarbeitergeld bei Gesellschaftergeschäftsführern

Beim Sozialgericht des Saarlandes wird geprüft, ob auch Gesellschaftergeschäftsführer einer GmbH einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben, wenn sie weniger als 50 Prozent an der Gesellschaft beteiligt sind.

Im konkreten Fall wird ein Ingenieurbüro in der Rechtsform einer GmbH geführt. An der Gesellschaft sind drei Gesellschafter mit jeweils 33,33 Prozent beteiligt. Zwei von ihnen sind Geschäftsführer. Wegen der Verschiebung bereits beauftragter Projekte war im Januar 2020 ein erheblicher Arbeitsausfall zu verzeichnen. Deshalb beantragten die beiden Geschäftsführer bei der Agentur für Arbeit Kurzarbeitergeld, was diese ablehnte. Aus Sicht der Arbeitsagentur sei der Arbeitsausfall vermeidbar gewesen, da es gerade Aufgabe von Geschäftsführern sei, neue Kunden zu finden, um die Kurzar-

beit zu vermindern oder zu beenden. Mit Unterstützung des BdSt soll nun gerichtlich überprüft werden, ob die Ablehnung der Arbeitsagentur rechtmäßig war. Viele Berater haben wiederholt festgestellt, dass Gesellschaftergeschäftsführer, die weniger als 50 Prozent an einer GmbH beteiligt sind, zur Sozialversicherungspflicht herangezogen werden, ihnen dann umgekehrt aber Leistungen der Sozialversicherung mit Blick auf ihre Gesellschafterstellung verweigert werden.

SG Saarland – S 12 AL 296/20

Pflege-WG: Kosten als außergewöhnliche Belastung

Wer aus gesundheitlichen Gründen in eine Pflege-WG zieht, kann diese Ausgaben als außergewöhnliche Belastungen absetzen, entschied das Finanzgericht Köln. Jetzt liegt der Fall dem Bundesfinanzhof vor: Im Streitfall klagte ein Ehepaar gegen seinen Einkommensteuerbescheid, weil das Finanzamt die Kosten für die Unterbringung des Ehemannes in einer Pflege-WG nicht anerkennen wollte. Er erlitt bei einem Motorradunfall schwere Verletzungen und ist seitdem als pflegebedürftig (Pflegegrad 4) eingestuft. Aufgrund seines noch jungen Alters entschied sich das Paar für eine Pflege in einer Wohngemeinschaft. Dazu mietete es Wohnraum in einer Pflege-WG an. Für die Versorgung des individuellen Bedarfs – also die Pflege und Betreuung – beauftragte der Kläger weitere Dienstleister. Weil Unterbringung und Pflege nicht aus einer Hand erfolgten, strich das Finanzamt die Ausgaben für die Wohnkosten. Die Unterbringungsform ist nach Ansicht des Finanzgerichts Köln jedoch nicht entscheidend. Deshalb können die Unterkunftskosten für die Pflege-WG, abzüglich einer pauschalen Haushaltsersparnis, steuermindernd angesetzt werden. Das Verfahren wurde gewonnen. Das Urteil ist inzwischen rechtskräftig, da das Finanzamt die Revision zurückgezogen hat.

BFH – VI R 40/20

Investmentsteuerreform

Gegenstand dieser Musterklage ist die Besteuerung von Kapitalerträgen nach der Investmentsteuerreform. Umstritten ist insbesondere, ob fiktiv festgestellte Gewinne zum 31. Dezember 2017 zu 100 % anerkannt werden dürfen, während Verluste, die aus dem Verkauf der Aktien ab 2018 entstehen, nur anteilig berücksichtigt werden müssen. Das kann beim Anleger zu einer Besteuerung von fiktiven Gewinnen führen. Die Klage wurde abgewiesen. Revision beim BFH wurde zugelassen und erhoben.

FG Köln – 15 K 2594/20

BFH: VIII R 15/22

Kinderfreibetrag 2014

Mit dem Kinderfreibetrag soll Eltern ein bestimmter Teil des Einkommens steuerfrei belassen werden, um das Existenzminimum ihrer Kinder abzusichern. Dies hat das Bundesverfassungsgericht entschieden. Alle zwei Jahre wird dazu der sog. Existenzminimumbericht vorgelegt, um die exakte Höhe des freizustellenden Bedarfs zu beziffern. Der 9. Existenzminimumbericht sah für das Jahr 2014 eine Anhebung des sächlichen Kinderfreibetrags auf 4.440 Euro vor, tatsächlich unterblieb jedoch eine Anpassung des Betrags. § 32 Absatz 6 Einkommensteuergesetz wies für das Jahr 2014 weiterhin nur einen Betrag von 2.184 Euro pro Elternteil bzw. 4.368 Euro pro Elternpaar aus. Ob der Gesetzgeber hinter den Vorgaben des Existenzminimumberichts zurückbleiben darf, soll mit diesem Verfahren prinzipiell geklärt werden. Juristisch geht es zudem um einen zweiten Punkt: Der Steuerbescheid des Klägers enthielt hinsichtlich des Kinderfreibetrags einen Vorläufigkeitsvermerk. Das heißt: Dieser Punkt wäre auch ohne die Klage von Amts wegen offengeblieben. Deshalb war in dem Verfahren auch zu klären, ob trotz des Vorläufigkeitsvermerkes ein Rechtsschutzbedürfnis des Klägers besteht. Das Finanzgericht München hat die Klage für zulässig, aber unbegründet gehalten. Damit ist das Gericht zumindest im zweiten Punkt der Argumentation des BdSt gefolgt: Der Kläger durfte trotz des Vorläufigkeitsvermerks beim Finanzgericht klagen. In der Sache selbst hat das Finanzgericht die Klage hingegen abgewiesen. Aus Sicht des Gerichts ist neben dem sächlichen Kinderfreibetrag auch der Freibetrag für Betreuung, Erziehung und Ausbildung zu berücksichtigen. In der Gesamtschau unterdecken beide Beiträge das Existenzminimum nicht. Letztlich hat das Gericht aber die Revision zum Bundesfinanzhof wegen grundsätzlicher Bedeutung der Rechtssache zugelassen. Diese wurde eingelegt, sodass nun der Bundesfinanzhof entscheiden muss. Im August 2017 ist das Bundesfinanzministerium dem Verfahren beigetreten.

Hinweis: Das Verfahren ist durch Beschluss vom 25. Juli 2018 bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in dem Verfahren 2BvL3/17 ausgesetzt. Das Verfahren erhält nach Fortführung/Wiederaufnahme ein neues Aktenzeichen

BFH – III R 13/17

Rente: Doppelbesteuerung

In dieser Musterklage geht es um die Frage, wann bei Altersrenten eine Doppelbesteuerung vorliegt. Der Bundesfinanzhof entschied den Fall im Mai 2021 und legte erstmals eine konkrete Rechenformel für die Ermittlung einer Doppelbesteuerung vor. Insbesondere bei zukünftigen Senioren kann danach eine Zweifachbesteuerung auftreten. Daher mahnte das Gericht Reformen an. Die Musterklage selbst wies das Gericht jedoch zurück, da der Bundesfinanzhof nach seiner Formel in diesem Fall keine Doppelbesteuerung feststellen konnte. Gegen das Urteil wurde Verfassungsbeschwerde eingelegt. Dort geht es nun um die Frage, ob der Bundesfinanzhof eine potenzielle Witwenrente einrechnen durfte und ob bei privaten Renten eine übermäßige Besteuerung vorliegt. Aufgrund der laufenden Verfahren hat die Finanzverwaltung einen Vorläufigkeitsvermerk für alle Steuerbescheide in Bezug auf die Besteuerung der Basisrente veranlasst. Somit muss beim Verdacht der Doppelbesteuerung kein Einspruch mehr eingelegt werden.

Zum Hintergrund: Seit dem Jahr 2005 unterliegen Renten einer stärkeren Besteuerung. Dies allein führt jedoch noch nicht zu einer Doppelbesteuerung. Nur wenn Beiträge in die Rentenversicherung aus bereits versteuertem Einkommen gezahlt wurden und in der Auszahlungsphase erneut besteuert werden, liegt eine Zweifachbesteuerung vor. Umstritten ist, wie die Doppelbesteuerung konkret berechnet wird. Zum Fall: Der Kläger war zunächst als Angestellter, dann als selbstständiger Zahnarzt tätig. Neben der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung und dem zahnärztlichen Versorgungswerk hatte er mehrere private Rentenversicherungen abgeschlossen. Das Finanzgericht Kassel hatte in seinem Fall bereits eine Doppelbesteuerung festgestellt, diese aber als geringfügig angesehen.

BVerfG (2 BvR 1143/21 und 2 BvR 1140/21)

BFH – X R 20/19 (Vorinstanz: FG Kassel – 7 K 2456/14)

Erstattungszinsen und sonstige Vorsorgeaufwendungen

Umstritten ist, ob Erstattungszinsen der Besteuerung unterliegen. Gemäß § 233a Abgabenordnung sind Steuererstattungen und Steuernachforderungen nach Ablauf eines bestimmten Zeitraums mit 6 % per anno zu verzinsen. Bekommt der Steuerzahler vom Finanzamt Geld erstattet, muss das Finanzamt 6 % Zinsen an den Steuerzahler auszahlen (Erstattungszinsen). Der Bundesfinanzhof hatte 2010 entschieden, dass die gezahlten Erstattungszinsen beim Steuerzahler nicht der Besteuerung unterliegen. Darauf hat der Gesetzgeber mit einem Nichtanwendungsgesetz reagiert und festgelegt, dass Erstattungszinsen beim Steuerzahler als Kapitaleinnahme zu versteuern sind. Gegen diese Neuregelung hat der BdSt eine Musterklage begleitet, die 2020 in der Hauptsache für erledigt erklärt wurde, denn das Finanzamt hat den Steuerbescheid in diesem Punkt vorläufig gestellt. Hintergrund ist ein vorgreifliches Verfahren, das dazu beim Bundesverfassungsgericht anhängig ist.

Az.: 2 BvR 482/14

Stand 14. Juli 2023

Ihr BdSt informiert umfassend



Umfangreiches Webinarprogramm

Der Bund der Steuerzahler NRW hat sein Webinarprogramm erheblich ausgebaut und allein von Juli 2022 bis Juni 2023 mehr als 240 Webinare mit über 12.000 Teilnehmern durchgeführt. Mit Hilfe von internen und externen Referenten konnten wir unser Angebot im Vergleich zu 2021/22 nochmals steigern. Im Durchschnitt nehmen 45 Personen pro Veranstaltung teil. Unsere Webinare erlauben den Teilnehmern, Fragen zu stellen und ermöglichen auch die Nacharbeit von Fragen zur individuellen Situation einzelner Teilnehmer. Webinare hat der Bund der Steuerzahler NRW zu vielen Themen angeboten. Darunter Grundsteuererklärung, Grundsteuerbescheid lesen und verstehen, Steuererklärung für Senioren, Steuererklärung für Arbeitnehmer, Schwarzbuch, Bürgerbeteiligung, Steueränderungen sowie Einsparpotentiale bei Gebühren. Die Rückmeldungen dazu sind durchweg positiv bis begeistert. Beispielhaft eine überglückliche Zuschrift nach einem Webinar: „Vielen Dank, Frau van Wersch, für Ihre sehr lebhaft vorgetragene Informationsveranstaltung. Man konnte so ein trockenes Thema richtig genießen.“ Unsere Webinare leisten einen wertvollen Beitrag zur Wissensvermittlung über steuerliche Anforderungen. So fördern Webinare wie „Meine erste Steuererklärung“, „Steuererklärung für Arbeitnehmer oder für Senioren“ und „Haus und Steuern“ das Verständnis für bisher nicht wahrgenommene Pflichten und Erfordernisse. Webinare wie z. B. „Einsparpotenziale bei den Grundbesitzabgaben“ und „Steuerbegünstigte Zuwendungen an Arbeitnehmer“ zeigen, wie die Menschen Geld sparen können. Auch grundlegende politische Informationen finden Interesse in den regelmäßigen Webinaren „Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung“ und „Eine steuerzahlerfreundliche Politik für NRW“.

Informationen für junge Menschen

Zu den Webinaren Steuererklärung für Studierende haben wir 40 Hochschulen eingeladen und konnten über 160 Teilnehmer dafür gewinnen – alles Studenten mit Einkünften bzw. kurz vor dem Einstieg in das Berufsleben. Zur Vorbereitung der DSI-Spendenbriefe wurde im Juni das Deutsche Steuerzahler Institut (DSI) mit dem Webinar „Das Deutsche Steuerzahlerinstitut (DSI) – die Musterprozesse zur Grundsteuer und wie fundierte politische Arbeit entsteht!“ vorgestellt. Es konnten dafür erfreulicherweise 140 Teilnehmer interessiert werden.

Service-Themenseiten im Internet

Um Themen mit viel Erklärungs- und Informationsbedarf einen breiten Raum zu geben, bieten wir Themenseiten im Internet an. Im Berichtszeitraum war das die Themenseite zu unserem „Musterprozess für faire Abwassergebühren“. Die Themenwebseite „Corona-Hilfen“ wird weiter aktualisiert, um Mitglieder und Interessenten schnell und sicher zu informieren. Insbesondere bei den Überbrückungshilfen gibt es immer wieder Änderungen bei den Abrechnungsfristen. Weitere Themenseiten gibt es für die Grundsteuer und das Energienentlastungspaket. Damit finden sowohl Mitglieder als auch Nichtmitglieder leicht für sie relevante Informationen.

Service für Arbeitnehmer

Interessenten bieten wir einen besonderen Service. Sie können kostenfrei Webinare zum Thema „Steuererklärung für Arbeitnehmer“ besuchen sowie die dazugehörigen Broschüren anfordern. Angeboten werden Webinare für Fortgeschrittene und Einsteiger. Letztere sollen gerade Arbeitnehmer, die wegen der Kurzarbeit das erste Mal eine Steuererklärung abgeben müssen, unterstützen.

Service für Steuerberater

Die Corona-Hilfe wurde von den Unternehmen und Selbstständigen selbst und direkt beantragt, weshalb die Abrechnung nicht vom Steuerberater übernommen wird. Die Webinare speziell zur Abrechnung der Corona-Soforthilfe wurden fortgesetzt aufgrund verlängerter Abrechnungsfristen.

Broschüren

Auch im Jahr 2022/23 fanden die Fachbroschüren und -informationen einen riesigen Anklang. Bis Ende Juli haben wir rund 24.000 Versendungen – teilweise in Papier und teilweise digital – versendet. Das Schwarzbuch 2022/2023 wurde über 6.000 Mal bestellt.





Das sagen unsere Mitglieder über uns

...ja, ich bin nach wie vor an der kommunalen Front tätig. Ich möchte Ihnen hier noch einmal danken für Ihren Einsatz im Kampf gegen die Straßenbaubeiträge. Ohne Sie wären viele BürgerInnen, mich eingeschlossen, in dem Chaos der Paragraphen und Verwaltungswillkür verloren gewesen.

...wir danken Ihnen sehr für Ihren Besuch und Ihre Impulse.

...Ihr seid wirklich ein toller Laden und ich bin glücklich dabei zu sein. Kämpfen Sie bitte weiter für uns.

...Ich bin viel zu spät eingetreten. Es ist schade, dass ich das nicht schon früher gewusst habe. Jede Anfrage wurde sehr gut beantwortet und jedes Webinar war klasse. Einen großen Dank an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die daran mitwirken. Bisher kannte ich den Bund der Steuerzahler nur aus dem alljährlichen Hinweis zur Schuldenbremse.

...eigentlich möchte ich nur kurz „Danke“ sagen, dass man Ihre Website ganz normal lesen kann und Sie nicht „gendern“. Es ist erfrischend, normales, verständliches und unideologisches Deutsch zu lesen; man merkt, dass es bei Ihnen wirklich um Aufklärung und Informationen für die Bürger geht! Danke, danke, danke, und danke für Ihren unermüdlichen Einsatz für uns alle.

...vielen Dank für die Folien. Kombiniert mit meinem Hör-Erlebnis Ihres Vortrages bin ich jetzt voll im Bilde.

...An dieser Stelle sei auch noch mal gesagt: Ich finde es total klasse, dass Sie die Seminare und auch im Nachgang die Zusendung der einzelnen Folien anbieten! Ein ganz großer Mehrwert für mich! Weiter so.

...lieben Dank, das kann ich gut gebrauchen.

...mit diesen Zeilen möchte ich Ihnen ein herzliches Dankeschön sagen. ... Resultat: Meine Frau erhielt eine nachträgliche Zinsgutschrift von rd. 1.200 Euro.

...vielen Dank für das wirklich sehr informative Seminar

... Aus meiner Sicht wirklich ein gelungenes Seminar!!

...Danke, wieder ein superinformatives Webinar von Herrn Ammann.

...ich habe ihr Webinar interessiert verfolgt und möchte mich für den guten Vortrag bedanken.

...vielen Dank für die Zusendung der Webinar-Unterlagen. Ich habe nicht gedacht, dass es doch so viele Möglichkeiten bei der Förderung von Privatem gibt. Nochmals vielen Dank und alles Gute für Sie.

...vielen Dank für das sehr interessante Webinar „Photovoltaik“!

...Vielen Dank für den interessanten Vortrag!

...Danke für die sehr qualifizierten Antworten, großartige Veranstaltung, herzlichen Dank!

...Vielen Dank für die guten Infos.

...Nochmals ganz herzlichen Dank für die Erläuterungen! Die helfen uns schon sehr!

...Nach begeisterter Teilnahme an Ihrem Webinar bin ich nun Mitglied beim Bund der Steuerzahler.

...Vielen Dank für die hilfreichen Informationen!

...Vielen Dank, Herr Ammann, sehr interessanter Vortrag, die GO-Digital-Erweiterung GO-INNO finde ich sehr spannend!
Vielen Dank! Prima!

...vielen Dank für die sehr schnelle Erledigung meines Anliegens!

...vielen Dank für eine kurzweilige und sehr informative Seminarstunde. Es gab viele Anregungen für mich und ebenso Erkenntnisse, dass ich in Unkenntnis versäumt habe, mögliche Fördermittel in Anspruch zu nehmen. Bemerkenswert fand ich auch Ihren Hinweis am Ende, sich wirklich nur mit den Themen zu beschäftigen, die unbedingt nötig sind. Fördermittel verleiten auch kommunale Entscheider oftmals dazu, Projekte anzuleiern, die, sagen wir mal, grenzwertig sind.

...mit großer Freude und viel Interesse habe ich heute, 16.07.2023, das Video gesehen. Alles war prima, wie immer! Nochmals besten DANK!

...besten Dank für eine schnelle und erschöpfende Antwort auf meine Frage. Ich folge der Empfehlung des Steuerzahlerbundes und erhebe Widerspruch.

...Ich bin begeistert. Danke

...Wie immer sehr gut, präzise und hilfreich!

...War super, einen schönen Abend, Herr Ammann

...So stelle ich mir Kundenservice vor!! Mit ihrer Antwort haben sie mich hoch erfreut.

...mir hat der Vortrag sehr gut gefallen, auch die Auswahl der vorge-tragenen Verschwendungen sowie der Rückblick war sehr gut ge-wählt. Ich lese schon seit vielen Jahren das Schwarzbuch und bin immer wieder auf's Neue geschockt, wo unsere Gelder aus dem Fenster geworfen werden und wie nachlässig man damit umgeht.

... Ich finde es sehr gut, dass es den Bund der Steuerzahler gibt und möchte die Arbeit auch wirklich sehr loben!!! Danke, dass Sie sich so sehr für die Bürger einsetzen und nicht locker lassen!

...gern lasse ich Sie auf diesem Wege wissen: Mit verschiedenen Anliegen wendete ich mich an Ihren Mitglieder Service. Sie wurden von Frau Janitz-Seemann und Frau Budde verlässlich und zügig, mit Freundlichkeit erfüllt.

...Ihre E-Mail war perfekt terminiert und vom Inhalt hundertpro-zentig passend ... Sie haben mir damit ermöglicht, bei diesem Ter-min die richtigen Fragen zu stellen. Auch für unsere Kinder waren diese Informationen sehr wichtig.

...Vielen lieben Dank für Ihre tolle Unterstützung. Der Rat war gold-richtig. Jetzt habe ich das ausgefüllte und unterzeichnete Formular zur energetischen Sanierung.

...An dieser Stelle noch ein großes Lob für Ihre Leistungen und We-binare! Die Mitgliedschaft bei Ihnen haben wir noch nicht bereut, ganz im Gegenteil.

...Ich freue mich sehr über Ihre Infos und dass ich mir Ihre Aufzeich-nungen auch flexibel anschauen kann.

Danke, war super!



Das ist Ihr Bund der Steuerzahler NRW

Vorstand

Dem Vorstand gehörten im Berichtszeitraum an:

Vorsitzender Rik Steinheuer, Rechtsanwalt,
Solingen

stellvertretender Eberhard Kanski, Dipl.-Volkswirt,
Vorsitzender Ratingen

Mitarbeiter

Am Ende des Berichtsjahres beschäftigte der Verein durchschnittlich 39 Mitarbeiter.

Vereinsregister/Gemeinnützigkeit

Die Eintragung in das Vereinsregister erfolgte am 11. November 1949. Die Registernummer lautet 3367. Änderungen der Satzung erfolgten durch Beschluss der Mitgliederversammlungen vom 5. Mai 1994, 17. April 2002, 21. April 2004 und vom 29. Oktober 2007, 4. Oktober 2010 und 12. Oktober 2011.

Die Bescheinigung der Gemeinnützigkeit bis 2024 wurde vom Finanzamt Düsseldorf-Nord am 12. April 2021 erteilt.

Im Jahr 2022 tagte der Verwaltungsrat am 17. Mai 2022 und am 28. September 2022.

Die Jahresmitgliederversammlung 2022 fand am 28. September 2022 statt.

Verwaltungsrat

Dem Verwaltungsrat des Landesverbandes gehörten im Berichtsjahr folgende Mitglieder an:

Vorsitzender Knut-Rüdiger Heine
Assessor, Münster

stellvertretende Juana Bleker
Vorsitzende Dipl.-Betriebswirtin (VWA),
Bocholt (seit 17. Mai 2022)

weitere Mitglieder Michael Boeckhaus
Dipl.-Volkswirt, Neuss

Prof. Dr. Cay Folkers
Universitätsprofessor em.,
Bochum

Mario Genter
Steuerberater, Simmerath

Prof. Dr. Justus Haucap
Direktor des Düsseldorf
Institute for Competition
Economics (DICE)

Georg Lampen
Rechtsanwalt, Lingen/Ems

Dr. Margrit Prohaska-Hoch
Dipl.-Volkswirtin, Siegen

Marc Sarburg
Wirtschaftsprüfer und
Rechtsanwalt, Düsseldorf

Prof. Dr. Olaf Schulemann
Dipl.-Ökonom, Herne

Gerd K. Schwieren
Dipl.-Optikermeister, Köln

Thomas Weber
Rechtsanwalt, Hagen

Der Bundesverband und das Deutsche Steuerzahlerinstitut

Dem Bund der Steuerzahler Deutschland und dem Deutschen Steuerzahlerinstitut des Bundes der Steuerzahler gehören alle 15 BdSt-Landesverbände als Mitglied an.

Die wichtigsten Arbeitsfelder des BdSt-Bundesverbandes sind die Steuer- und Finanzpolitik des Bundes und der EU. Vorstand und Mitarbeiter des Bundesverbandes unterstützen die Arbeit des Bundes der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen in vielen steuer- und finanzpolitischen Themen. So ist der Austausch von Informationen, Fachwissen und Meinungen eine wesentliche Grundlage des Erfolges für den BdSt NRW. Regelmäßig treffen sich Referenten und Vorstandsmitglieder der Landesverbände, des Bundesverbandes und des Deutschen Steuerzahlerinstituts zu den Arbeitskreisen Haus-

halt, Steuern, Soziales und Werbung. In den Arbeitskreisen werden Vorlagen und Empfehlungen für Vorstandsentscheidungen erarbeitet.

Die Stellungnahmen, Analysen und der fachliche Rat des Deutschen Steuerzahlerinstituts (DSi) sind eine wertvolle Bereicherung für den Bundesverband und für die einzelnen Landesverbände. Das DSi veröffentlicht nicht nur eigene Schriften, sondern bringt den Sachverstand des BdSt auch in Stellungnahmen für politische Ausschüsse und das Bundesverfassungsgericht ein.

Der Vorstand des BdSt NRW bedankt sich herzlich bei den Mitarbeitern des DSi und des Bundes der Steuerzahler Deutschland.

Bundesverband

Den Vorstand des Bundesverbandes bildeten im Berichtszeitraum:

Präsident	Reiner Holznagel M.A.
stellvertretender Präsident	Rik Steinheuer Rechtsanwalt
weitere Vorstands- mitglieder	Michael Jäger Dipl.-Kaufmann Eike Möller Dipl.-Volkswirt Ralf Thesing Rechtsanwalt
Ehrenpräsident	Dr. Karl Heinz Däke Dipl.-Volkswirt (†3. Mai 2023)

Deutsches Steuerzahlerinstitut

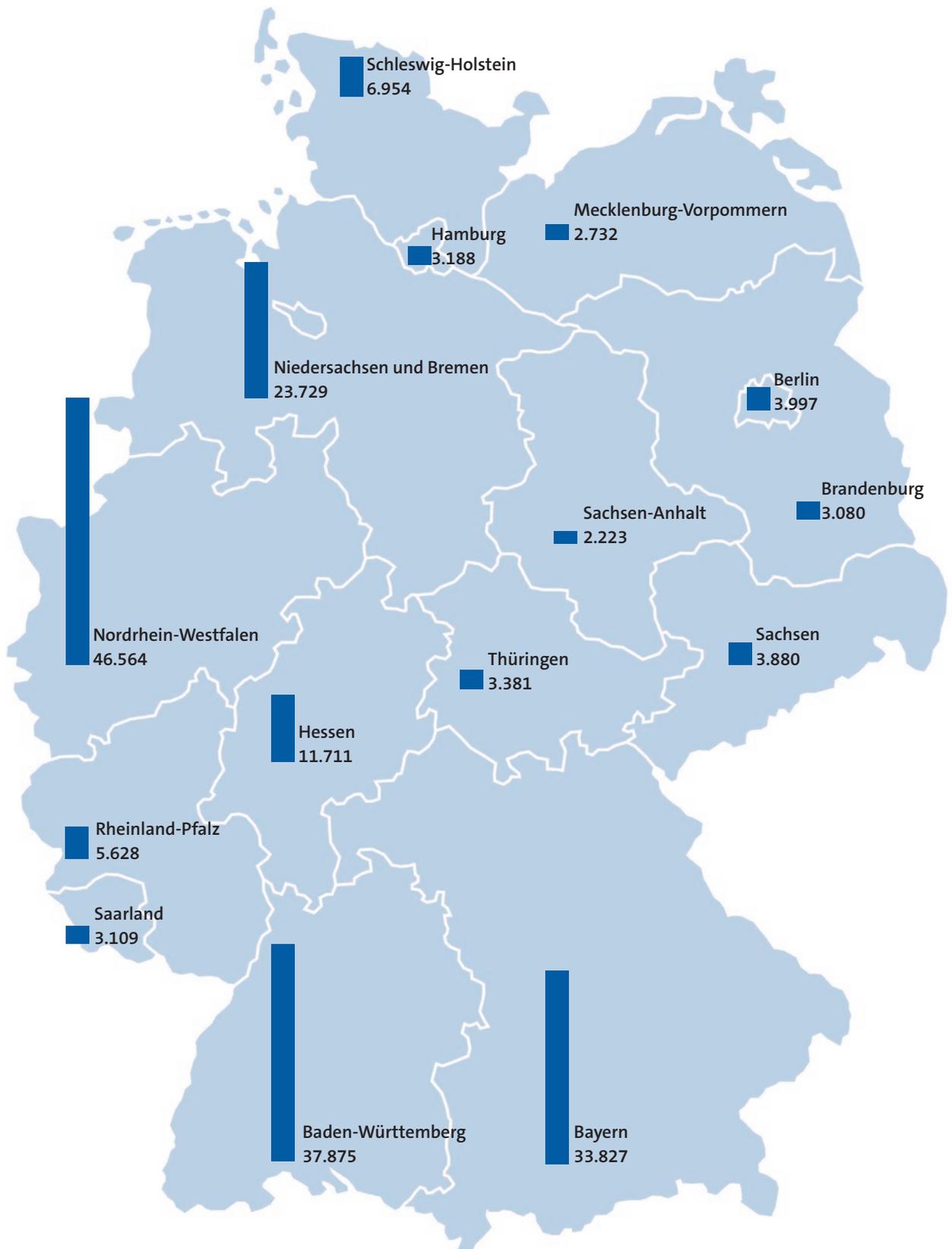
Im Berichtsjahr bildeten den Vorstand des Deutschen Steuerzahlerinstituts:

Vorsitzender	Reiner Holznagel M.A.
stellvertretender Vorsitzender	Rik Steinheuer Rechtsanwalt
weitere Vorstands- mitglieder	Eberhard Kanski Dipl.-Volkswirt Bernhard Zentgraf Dipl.-Volkswirt

Mitgliederentwicklung

Mit 2.748 neuen Mitgliedern im Jahr 2022 konnte das Ergebnis des Vorjahres (2.224) deutlich verbessert werden. Die Zahl der Abgänge (2.642) ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben (2.663). Zu berücksichtigen ist, dass alle Mitglieder mit zwei offenen Beiträgen nach dem dreistufigen Mahnverfahren aus dem Verein ausgeschlossen werden.

Der Mitgliederbestand am 31. Dezember 2022 betrug 46.564 Mitglieder.



Beitragsentwicklung und Finanzen

Die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen betragen 3.040 T Euro (Vorjahr: 2.987 T Euro).

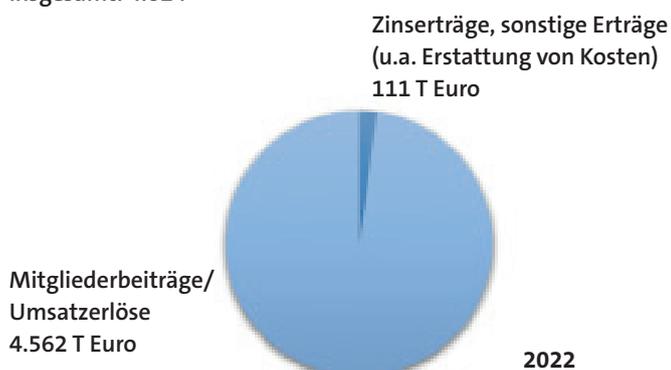
Der Jahresüberschuss von 673 T Euro (Vorjahr Jahresfehlbetrag: 242 T Euro) wurde der Rücklage zugeführt.

Buchführung und Jahresabschluss wurden durch die von der Mitgliederversammlung gewählte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft.

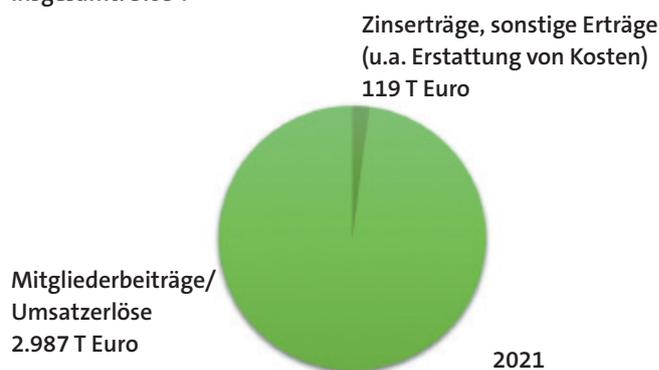
Die Prüfung hat zu keinen Einwänden geführt.

I. Erträge

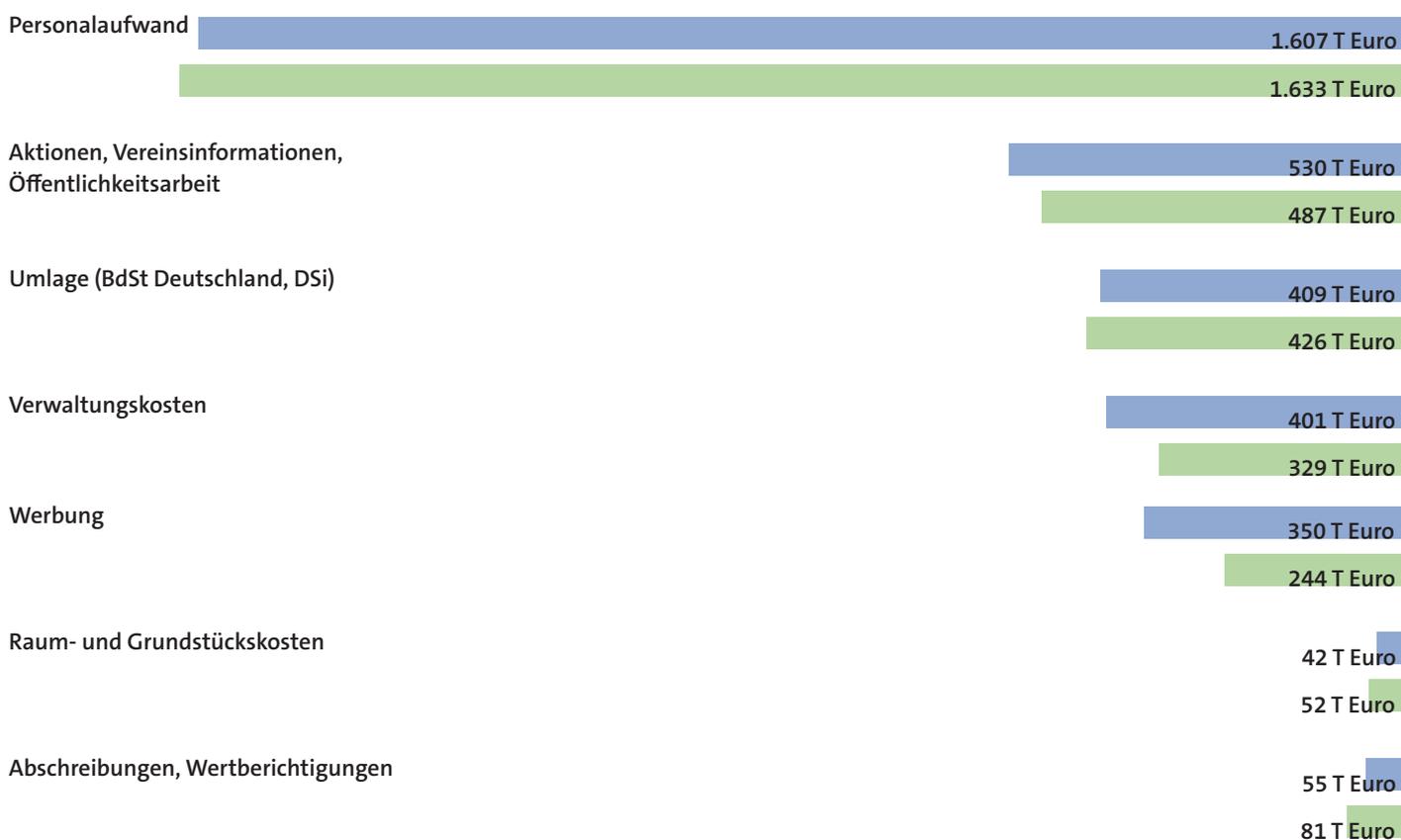
Ordentliche Erträge
insgesamt: 4.624



Ordentliche Erträge
insgesamt: 3.054



II. Aufwendungen



Spenden für das DSI

Die Mitglieder-Spenden 2022 für das Deutsche Steuerzahlerinstitut (DSi) betragen 67.735 T Euro (Vorjahr: 57.487 Euro). Allen Spendern dankt der Vorstand dafür, dass sie durch ihre Spende an das DSI die Erarbeitung der wissenschaftlichen Grundlagen für die steuer- und finanzpolitische Arbeit des BdSt unterstützen.



Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des BdSt NRW 2022/2023

Fernsehauftritte

02.02.2022	Baukostenüberschreitungen bei Kulturbauten in Köln WDR „Lokalzeit Köln“ Bärbel Hildebrand	23.06.2022	Vorstellung des schwarz-grünen Koalitionsvertrages Sat.1 „17.30“ Rik Steinheuer	12.09.2022	Staatshilfen an Uniper / Sponsoring von Uniper Sat.1 „17.30“ Markus Berkenkopf
21.02.2022	Grundsteuerreform WDR „Aktuelle Stunde“ Hans-Ulrich Liebern	21.07.2022	Gebührenvergleich Sat.1 „17.30“ Markus Berkenkopf	15.09.2022	Kommunalabgaben WDR „Lokalzeit Ruhr“ Markus Berkenkopf
17.03.2022	Doppelte Brücke in Eslohe Kabel 1 „K1 Magazin“ Bärbel Hildebrand	28.07.2022	Notunterkünfte in Selm WDR „Lokalzeit Dortmund“ Bärbel Hildebrand	05.10.2022	Klappstühle für Park in Haan Sat.1 „17.30“ Markus Berkenkopf
15.03.2022	Straßenbaubeitrag WDR „Aktuell“ Rik Steinheuer	10.08.2022	Landgestüt Warendorf RTL „Mario Barth deckt auf“ Markus Berkenkopf	07.10.2022	Steuergeldverschwendung Sat.1 „17.30“ Bärbel Hildebrand
24.03.2022	Straßenbaubeitrag WDR „Aktuelle Stunde“ Rik Steinheuer	19.08.2022	Auftragsvergaben ohne Ausschreibung und Abnahmen WDR „Lokalzeit OWL“ Markus Berkenkopf	14.10.2022	Klappstühle in Haan blup Markus Berkenkopf
22.04.2022	Straßenbaubeitrag WDR „Lokalzeit Südwestfalen“ Markus Berkenkopf	22.08.2022	Mobilitäts-App „Molly“ in Altenhunden RTL „Mario Barth deckt auf!“ Markus Berkenkopf	19.10.2022	Schwarzbuch 22/23 WDR „Lokalzeit Duisburg“ Janine Bergendahl
09.05.2022	Bilanz der CDU/FDP-Landesregierung RTL West Rik Steinheuer	24.08.2022	Kosten der Sanierung Essener Schultoiletten Bild TV Jens Ammann	19.10.2022	Schwarzbuch 22/23 WDR „Lokalzeit“ Janine Bergendahl
19.05.2022	Abwassergebühren NRW nach OVG-Entscheidung WDR „Hier und heute“ Sabina Büttner	25.08.2022	Energiepreispauschale ZDF „Volle Kanne“ Sabina Büttner	19.10.2022	Grundsteuererklärung ZDF „Volle Kanne“ Hans-Ulrich Liebern
08.06.2022	Tankrabatt ZDF „Drehscheibe“ Bärbel Hildebrand	26.08.2022	Kosten der Sanierung Essener Schultoiletten RTL West Jens Ammann	19.10.2022	Schwarzbuch 22/23 Sat1 „17.30“ Andrea Defeld
17.06.2022	Steuererleichterungen 2022 Sat.1 „17.30“ Sabina Büttner	06.09.2022	Landesfinanzen – aktuelle politische Versprechen WDR „Westpol“ Markus Berkenkopf	19.10.2022	Grundsteuererklärung ZDF „WiSo“ Hans-Ulrich Liebern
				19.10.2022	Schwarzbuch 22/23 ZDF Andrea Defeld



19.10.2022	Schwarzbuch 22/23 WDR „Hier und heute“ Bärbel Hildebrand	25.01.2023	Verkauf Schloss Kellenberg Sat.1 „17.30“ Andrea Defeld	08.03.2023	Goldene Bänke in Wuppertal ZDF „drehscheibe“ Andrea Defeld
19.10.2022	Schwarzbuch 22/23 WDR „Lokalzeit Köln“ Andrea Defeld	25.01.2023	Grundsteuer Studio 47 Hans-Ulrich Liebern	20.03.2023	Personalnotstand Stadtverwaltung Duisburg WDR „Lokalzeit Duisburg“ Bärbel Hildebrand
23.11.2022	Besoldung RTL West Markus Berkenkopf	13.02.2023	Dienstwagen von Bürgermeistern WDR „Lokalzeit Köln“ Bärbel Hildebrand	29.03.2023	Nette Toilette in Köln RTL West Andrea Defeld
24.11.2022	Beamtenbesoldung / Zuschläge ServusTV Markus Berkenkopf	14.02.2023	Prozess um 100 Euro Bußgeld SAT.1 „Frühstücksfernsehen“ Andrea Defeld	04.05.2023	Einnahmen durch Corona-Bußgelder Welt TV Bärbel Hildebrand
24.11.2022	Beamtenbesoldung BILD TV Markus Berkenkopf	22.02.2023	Schultoiletten / Schulbaupro- gramm in der Stadt Essen WDR „Lokalzeit Ruhr“ Markus Berkenkopf	11.05.2023	Baukostenüberschreitungen ZDF „drehscheibe“, „heute“ Eberhard Kanski
29.11.2022	Beamtenbesoldung / Familienzuschlag WeltTV Markus Berkenkopf	24.02.2023	Hohe Beiträge in Rheinberg RTL „Mario Barth deckt auf“ Markus Berkenkopf	11.05.2023	Dienstwagen bei den KVB WDR „Lokalzeit Köln“ Jens Ammann
29.11.2022	Beamtenbesoldung / Familienzuschlag Schlagerparadies Markus Berkenkopf	27.02.2023	Goldene Bänke in Wuppertal WDR „Lokalzeit Bergisches Land“ Bärbel Hildebrand	12.05.2023	Grundsteuererhöhung in Ruppichterath WDR „Lokalzeit Bonn“ Jens Ammann
01.12.2022	Altfälle Erschließungsbeitrag / Straßenbaubeitrag RTL „Mario Barth deckt auf“ Markus Berkenkopf	27.02.2023	Goldene Bänke in Wuppertal RTL West Bärbel Hildebrand	15.05.2023	Fußballstadion in Essen Sat.1, „17.30“ Bärbel Hildebrand
12.01.2023	Kosten Räumung Lützerath WDR „Aktuelle Stunde“ Bärbel Hildebrand	27.02.2023	Goldene Bänke in Wuppertal Sat.1 „17.30“ Bärbel Hildebrand	16.05.2023	Allee „Bäume des Jahres“ RTL West Bärbel Hildebrand
13.01.2023	Grundsteuerreform ZDF „drehscheibe“ Hans-Ulrich Liebern	01.03.2023	Goldene Bänke in Wuppertal Servus TV News Andrea Defeld	09.06.2023	Neue Straßenbahnen Duisburg - Mülheim Sat.1 „17.30“ Bärbel Hildebrand
19.01.2023	Altfälle Erschließungsbeitrag RTL „Mario Barth deckt auf“ Markus Berkenkopf	06.03.2023	Erschließungsbeitrag WDR „markt“ Markus Berkenkopf	12.06.2023	Diätenerhöhung Landtagsabgeordnete Sat.1 „17.30“ Bärbel Hildebrand
23.01.2023	Kommunale Altschulden WDR „Westpol“ Markus Berkenkopf	07.03.2023	Korruptionsverdacht bei der Stadt Bottrop WDR „Lokalzeit Ruhr“ Markus Berkenkopf		



Hörfunkauftritte

10.02.2022	Haushalt Mettmann WDR Eberhard Kanski	26.09.2022	Klausurtagung der Stadt Bonn Radio Bonn/Rhein-Sieg Andrea Defeld	29.11.2022	Beamtenbesoldung / Familienzuschlag Schlagerparadies Markus Berkenkopf
21.02.2022	Grundsteuerreform WDR 5 Hans-Ulrich Liebern	11.10.2022	Ringcenter Dormagen News 89,4 Jens Ammann	26.01.2023	Dienstwagen für Bürgermeister News 89.2 Bärbel Hildebrand
17.05.2022	Abwassergebühren Radio NRW Rik Steinheuer	17.10.2022	Schwarzbuch 22/23 WDR Janine Bergendahl	27.01.2023	Grundsteuer WDR 5 Tagesgespräch Hans-Ulrich Liebern
16.05.2022	Abwassergebühren Radio Vest Bärbel Hildebrand	18.10.2022	Schwarzbuch 22/23 WDR Janine Bergendahl	27.02.2023	Goldene Bänke in Wuppertal WDR 2 Bärbel Hildebrand
19.07.2022	Grottenburg Stadion Welle Niederrhein Janine Bergendahl	18.10.2022	Schwarzbuch 22/23 Radio Berg Bärbel Hildebrand	21.04.2023	Grundsteuererhöhung in Ruppichterath WDR Jens Ammann
21.07.2022	Gebühren-PK Radio Doro Janine Bergendahl	19.10.2022	Schwarzbuch 22/23 Radio Berg Andrea Defeld	01.06.2023	Fehlplanung einer Brücke in Geseke Hellweg Radio Andrea Defeld
21.07.2022	Gebühren-PK WDR Janine Bergendahl	19.10.2022	Schwarzbuch WDR Bärbel Hildebrand		
		19.10.2022	Schwarzbuch 22/23 Radio NRW Andrea Defeld		

Neue Recherchen

1/2022	Wuppertal Kostensteigerung Realschule Leimbach	1/2022	Kommunalministerium NRW Verschuldung für abgeschlossene Projekte	2/2022	Altenberge Rampe am Marktplatz
1/2022	Olfen/Bezirksregierung Münster Neue Steuer	1/2022	Monheim Großprojekte, Verschuldung für abgeschlossene Projekte	2/2022	Bielefeld Altstadt-Test
1/2022	Köln Historische Mitte	1/2022	FM NRW Verkauf Bremer Spielcasino	2/2022	Dormagen Kauf Ringcenter
1/2022	Köln Römisch-Germanisches Museum	2/2022	Gelsenkirchen Kostensteigerung Wertstoffhof	2/2022	Krefeld/Agentur für Arbeit Überflüssige Maßnahme
1/2022	NRW Roboter-Polizeihund			2/2022	Wachtendonk Bau einer Feuerwache



3/2022	Duisburg Campus Marxloh	3/2022	Duisburg Neue Straßenbahnen der DVG	6/2022	Dortmund Brücke Rombergpark B54
3/2022	Bochum Fahrrad-Garagen	3/2022	Düsseldorf / Straßen.NRW Rückbau B8 alt	7/2022	NPH Kreise Paderborn/Höxter Austausch Haltestellenmasten
3/2022	Münster / Land NRW Gehaltszahlungen für ungeimpfte Orchestermitglieder	4/2022	Monheim Kosten Marina	7/2022	Essen Kanaldeckel mit Stadtwappen
3/2022	MAGS Einsatz / Ende Sormas	4/2022	Bochum Gutachten Radentscheid	7/2022	Rheine Verkauf Hertie Gebäude
3/2022	Neukirchen-Vluyn Kostensteigerung Wasserspiel	4/2022	Dinslaken Projektstand Shogun Town	7/2022	Land NRW / Selm Notunterkünfte
3/2022	Essen Abteistraße/Werden	4/2022	Aachen Bürgerrat	7/2022	Stadtwerke Gelsenkirchen Prüfungsvorbereitung durch Revierdialog
3/2022	Wuppertal Umzug Rathaus	5/2022	Remscheid Kauf ehemaliges Sinn-Leffers-Gebäude	8/2022	Finanzministerium NRW Erbschaftsteueraufkommen
3/2022	Simmerath Kreisverkehr	5/2022	Leverkusen Ertüchtigung City C	8/2022	Köln Römisch-Germanisches Museum
3/2022	Herne Multifunktionshalle	5/2022	Ratingen Kauf Hertie-Gebäude, Bau „Wallhöfe“	8/2022	Herford Positiv: Bußgeld bei Schottergarten
3/2022	Siegen Musikpavillon im Schlosspark	5/2022	Altenbeken Podest für Schützenverein	8/2022	Solingen Rote Zebrastreifen
3/2022	Rheine Rathauszentrum Rheine	5/2022	Krefeld Update Grotenburg	8/2022	Mönchengladbach Querungshilfen
3/2022	Enger Radweg Nordhofstraße	6/2022	Herford Bäume in Kübeln	8/2022	Mettmann Tragfluthalle als Flüchtlingsunterkunft
3/2022	Hückeswagen/Wipperfürth Piktogramme Radwegtrasse	6/2022	Essen Parklets	8/2022	Essen Fahrradstraße in Kettwig vor der Brücke
3/2022	Düsseldorf Neue Toilettenanlagen	6/2022	Burscheid Rampe/Plattform	8/2022	Bielefeld Kombibad Jöllenbeck
3/2022	Münster Neue Bänke	6/2022	Neuenrade Bäume an Burggrundschule	8/2022	Land NRW Polizei – Bodycams
3/2022	Neuss Tanz-Paare	6/2022	Bielefeld Umbau Wissenswerkstatt	8/2022	Düsseldorf Feuerwache Kaiserswerth im Deich- und Hochwassergebiet
3/2022	Herford Pflaster Fußgängerzone	6/2022	Verkehrsministerium Neue Autobahn GmbH		



9/2022	Marl Neubau Goetheschule	10/2022	Gelsenkirchen Dienst-E-Bikes	1/2023	Hilden Arbeitsagentur Taxifahrten für Umschüler
9/2022	Bonn Klausurtagung im Golfhotel	10/2022	Düsseldorf Straßensanierung Dernbuschweg	1/2023	Münster AWM Kompostrotteanlage
9/2022	Moers Gestaltung Außenanlagen Quartier Eicker Wiesen	10/2022	Velbert Brücke zur Radtrasse	1/2023	Bad Salzuflen Gutachten Beiräte
9/2022	Vlotho Gutachten Photovoltaikanlage	10/2022	Stolberg Factory City Outlet	1/2023	Siegburg Eisenbahnwaggons
9/2022	Bad Oeynhausen Rutsche für 20.000 Euro	10/2022	Mönchengladbach Rathausneubau	1/2023	Hückelhoven Paralleler Radweg
9/2022	Wuppertal Parkhaus kein Betreiber und teuer	11/2022	Gelsenkirchen Untreue Ex-Schulleiterin	1/2023	Dortmund Umbau Wall / Radwall
9/2022	Hagen Rettungsdienstschule	11/2022	Land NRW Open Data Portal	1/2023	Eschweiler Rathaus-Quartier
9/2022	Wuppertal Betrug bei der ESW	11/2022	Land NRW / BLB Verkauf Schloss Kellenberg	1/2023	NRW Finanzministerium Bürokratiekosten Programm Zuschuss Wohneigentum
9/2022	Selm Doppelabrechnungen Rats- und Kreistagsmitglieder	11/2022	JustizministeriumNRW Anbau Siegburger Amtsgericht	2/2023	Land NRW Abgelaufener Coronaschutz
9/2022	Haan Klappstühle für Park Ville d'Eu	11/2022	Altena Aufzug zur Burg Altena	2/2023	Herne Neue Höfe Herne
9/2022	Kreis Siegen-Wittgenstein / Land NRW Wisentprojekt	11/2022	Krefeld Einstellung des Bebauungsplans 550, Fette Henn	2/2023	Solingen Sonderurlaub Winterpause
10/2022	Wesel P+R-Anlage Richelswiese	11/2022	Wuppertal Sonderurlaub Weihnachtsferien Stadtverwaltung	2/2023	Gevelsberg 600-Euro-Pauschale für Tablets
10/2022	Lichtenau Klimacampus	11/2022	Lichtenau Brücke über die Sauer	3/2023	Monheim Kostensteigerung Kulturraffinerie
10/2022	Borken Wasserspiel aus Coronamitteln	11/2022	Simmerath Gastronomie am Eiserbachsee	3/2023	diverse Kommunen Schließung Warenhäuser
10/2022	Essen Kreisverkehr Burgaltendorf	12/2022	Wuppertal Goldene Bänke	3/2023	Borken Pendlerparkplatz
10/2022	Wipperfürth Flüchtlingsunterkunft	12/2022	Brühl Neubau Feuerwache	3/2023	Harsewinkel PV-Anlagen
10/2022	Krefeld Gestaltung Rathaus-Foyer	12/2022	Essen / Düsseldorf wFotoinstitut	3/2023	Geseke Brückenfehlkonstruktion



3/2023	Verkehrsministerium NRW Zwangsgeld für Auskunftsverweigerung	4/2023	Land NRW Instagramfotos Hendrik Wüst	5/2023	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW Schutzmaskenverbrennung
3/2023	Düren Kürzester Radweg	4/2023	Borken Mehrkosten für Rathaussanierung	6/2023	Bochum / MKJFGFI Kinder- und Familienfest des Landes NRW
3/2023	Rheda-Wiedenbrück Feuerwache Aufstockung Personal für 24-Std-Schicht	4/2023	Nieheim Gebäude Lüttgestraße	6/2023	Essen / Dortmund / Düsseldorf Rolle der Stadt bei der Rettung von Karstadt
3/2023	Köln Bewachte Toilette	5/2023	Köln Kampagne Fahrradstraßen	6/2023	Mönchengladbach Rathausumbau
3/2023	Höxter Weserbrücke	5/2023	Gelsenkirchen Walk of Fame	7/2023	Köln Heinrich-Böll-Platz
3/2023	Gummersbach Kreisverkehr	5/2023	Wuppertal Parkhaus Kasinogarten	7/2023	Krefeld Steuergeld für die Krefelder Pinguine?
3/2023	Iserlohn Abfindung / Urteil	5/2023	Herford Weihnachtsmarkt	7/2023	Düsseldorf Aquazoo
3/2023	Bochum Querstreifen Springorumtrasse	5/2023	Bergheim Bushaltestelle	7/2023	Duisburg DUS Terminal
3/2023	Alfter Schulneubau	5/2023	Düsseldorf Verzugszinsen aufgrund verspäteter Zahlungen	7/2023	Köln Genoveva-Gymnasium
3/2023	Eslohe Noch eine Brücke über die Essel	5/2023	Burscheid Plattform Balkantrasse	7/2023	Bonn Schadenersatz Ex-OB
3/2023	Ahlen Kostenexplosion Rathaus-Neubau „Bürger-Campus“	5/2023	Bochum Selfie-Points		
4/2023	Herford / Land JVA ungenutzte Kantine und e-Worker-LKW	5/2023	Moers Selfie-Points		
4/2023	Düsseldorf Pfosten auf neuem Radweg	5/2023	Duisburg Selfie-Points		
4/2023	Velbert Auskunftsprobleme Dehoga-Gutachten	5/2023	Aachen Selfie-Points		
4/2023	Essen Ausbau Fußballstadion	5/2023	Bonn Selfie-Points		
4/2023	Köln Neue KVB-Bahnen nicht barrierefrei	5/2023	Köln Selfie-Points		
		5/2023	Nettetal Selfie-Points		



Pressegespräche, Pressekonferenzen, Telefonaktionen

- | | | | | | |
|------------|---|------------|---|------------|--|
| 21.07.2022 | Rik Steinheuer, Markus Berkenkopf, Bärbel Hildebrand, RA Wilhelm Achelpöhler
Vergleich der Abfall- und Abwassergebühren 2022
Landespressekonferenz Düsseldorf | 12.10.2022 | Reiner Holznagel, Rik Steinheuer, Bärbel Hildebrand
50 Jahre Schwarzbuch
Pressegespräch Herford | 19.10.2022 | Rik Steinheuer, Bärbel Hildebrand
Präsentation Schwarzbuch
Landespressekonferenz Düsseldorf |
| 11.10.2022 | Reiner Holznagel, Bärbel Hildebrand
50 Jahre Schwarzbuch
Redaktionsgespräch
Westfalenpost, Hagen | 19.10.2022 | Eberhard Kanski, Jens Ammann
Präsentation Schwarzbuch
Pressegespräch Rheine | 14.11.2022 | Rik Steinheuer, Hans-Ulrich Liebern, Janine Bergendahl
Verbändeallianz BdSt NRW / Haus und Grund NRW / Verband Wohneigentum NRW
Gebühren-Gesetzentwurf |
| 11.10.2022 | Reiner Holznagel, Rik Steinheuer, Bärbel Hildebrand
50 Jahre Schwarzbuch
Redaktionsgespräch BILD, Düsseldorf | 19.10.2022 | Janine Bergendahl, Ulrike Janitz-Seemann
Präsentation Schwarzbuch
Pressegespräch Neukirchen-Vluyn | 29.03.2023 | Rik Steinheuer
Pressegespräch Grundsteuer |

Vorträge, Diskussionen, Anhörungen

- | | | | |
|------------|---|------------|---|
| 23.04.2022 | Markus Berkenkopf
Münsterland-Bürgerinitiativen
Straßenbaubeitrag | 01.07.2022 | Sabina Büttner, Hans-Ulrich Liebern
Grundsteuerreform
Essen |
| 24.05.2022 | Eberhard Kanski
Plettenberg
Vortrag Haupt- und Finanzausschuss | 08.07.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Haus und Grund Neheim
Grundsteuerreform |
| 01.06.2022 | Sabina Büttner, Hans-Ulrich Liebern
Duisburg
Grundsteuerreform | 15.07.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Webinar für die WAZ
Grundsteuerreform |
| 28.06.2022 | Sabina Büttner, Hans-Ulrich Liebern
Wuppertal
Grundsteuerreform | 02.08.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Webinar für die NRZ
Grundsteuerreform |
| 09.05.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Haus und Grund Bielefeld
Grundsteuerreform | 16.08.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Webinar für die WZ
Grundsteuerreform |
| 28.06.2022 | Sabina Büttner, Hans-Ulrich Liebern
Grundsteuerreform
Wuppertal | 25.08.2022 | Rik Steinheuer, Hans-Ulrich Liebern
Anhörung zum Grundsteuergesetz
Nordrhein-Westfalen (GrStG NW) |
| | | 25.08.2022 | Sabina Büttner
Bundesverband der Betriebswirte
Grundsteuerreform |



- | | | | |
|--------------------|---|------------|--|
| 30.08.2022 | Markus Berkenkopf
Haushaltsberatungen CDU-Fraktion im Rat der Gemeinde Südlohn | 15.11.2022 | Eberhard Kanski
Haushaltsberatungen Fraktion „Offene Klever“ im Rat der Stadt Kleve |
| 27.09.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Vortrag Grundsteuer
Verband Wohnen im Eigentum | 18.11.2022 | Markus Berkenkopf
Anhörung zum Kommunalabgabengesetz für das Land NRW und Bilanzierungshilfen für Kommunalhaushalte |
| 14.10.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Vortrag Grundsteuer
Verband Wohnen im Eigentum | 21.11.2022 | Eberhard Kanski
Haushaltsberatungen UWG-Fraktion im Rat der Stadt Meerbusch |
| 17.10.2022 | Eberhard Kanski
Haushaltsberatungen UWG-Fraktion im Rat der Stadt Kaarst | 23.11.2022 | Eberhard Kanski
Haushaltsberatungen FDP-Fraktion im Rat der Stadt Emsdetten |
| 11.10.2022 | Reiner Holznagel, Rik Steinheuer
Vortrag 50 Jahre Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler
Düsseldorfer Jonges | 23.11.2022 | Markus Berkenkopf
Haushaltsberatungen Fraktion Bürger für Büren im Rat der Stadt Büren |
| 19.10.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Vortrag Grundsteuer
Verband Wohnen im Eigentum | 28.11.2022 | Eberhard Kanski
Haushaltsberatungen UWG-Fraktion im Rat der Stadt Fröndenberg |
| 20.10.2022 | Rik Steinheuer, Markus Berkenkopf
Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses zum Nachtragshaushalt | 07.12.2022 | Eberhard Kanski
Haushaltsberatungen CDU-Fraktion im Rat der Stadt Ochtrup |
| 22.10.2022 | Eberhard Kanski
Haushaltsberatungen CDU-Fraktion im Rat der Stadt Neuss | 13.12.2022 | Rik Steinheuer, Markus Berkenkopf
Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses zum 2. Nachtragshaushalt |
| 22.10.2022 | Markus Berkenkopf
Haushaltsberatungen Fraktion Vereinigte Wählergemeinschaften im Kreis Kleve | 03.01.2023 | Markus Berkenkopf
Haushaltsberatungen FDP-Fraktion im Rat der Gemeinde Altenberge |
| 25.10.2022 | Eberhard Kanski
Haushaltsberatungen FDP-Fraktion im Rat der Stadt Kamp-Lintfort | 07.01.2023 | Eberhard Kanski
Haushaltsberatungen Fraktion „Freie Wähler“ im Kreistag Heinsberg |
| 05.11.2022 | Eberhard Kanski
Seminar „Neues Kommunales Finanzmanagement“
Junge Union Kreis Borken | 10.01.2023 | Markus Berkenkopf
Haushaltsberatungen BVK-Fraktion im Rat der Gemeinde Kerken |
| 09.11.2022 | Rik Steinheuer
Vortrag über die aktuelle Arbeit des BdSt NRW auf der Mitgliederversammlung Haus & Grund Lennestadt | 11.01.2023 | Markus Berkenkopf
Haushaltsberatungen BG-Fraktion im Rat der Stadt Lippstadt |
| 10./
11.11.2022 | Eberhard Kanski, Markus Berkenkopf
Seminar „Neues Kommunales Finanzmanagement“
Journalistenschule Procontent, Essen | 18.01.2023 | Eberhard Kanski
Haushaltsberatungen Fraktion „Die Grafschafter“ im Rat der Stadt Moers |
| | | 19.01.2023 | Eberhard Kanski
Haushaltsberatungen UWG-Fraktion im Rat der Stadt Unna |



- 23.01.2023 Hans-Ulrich Liebern
Aktuelle Steueränderungen
UFH Münster
- 02.02.2023 Eberhard Kanski
Haushaltsberatungen FDP-Fraktion im Rat
der Gemeinde Hiddenhausen
- 22.02.2023 Markus Berkenkopf
Haushaltsberatungen UWG-Fraktion im Rat
der Stadt Würselen
- 24.02.2023 Hans-Ulrich Liebern
Senioren und Steuern
Essen
- 03.03.2023 Rik Steinheuer, Markus Berkenkopf
Anhörung zum Kommunalabgabengesetz
- 03.03.2023 Markus Berkenkopf
Haushaltsberatungen CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Sprockhövel
- 06.03.2023 Hans-Ulrich Liebern
Senioren und Steuern
VDK Essen
- 08.03.2023 Hans-Ulrich Liebern
Grundsteuerreform
UWG Meerbusch
- 09.03.2023 Markus Berkenkopf
Haushaltsberatungen FW-Fraktion im Rat
der Stadt Bergisch Gladbach
- 10.03.2023 Hans-Ulrich Liebern
Senioren und Steuern
Duisburg
- 15.03.2023 Hans-Ulrich Liebern
Steuerbescheid verstehen
UFH Münster
- 04.05.2023 Hans-Ulrich Liebern
Webinar für die WAZ
Grundsteuerwertbescheid verstehen und
Einspruchsmöglichkeiten
- 08.05.2023 Eberhard Kanski, Joscha Slowik
Haushaltsberatungen der FDP-Fraktion im Rat
der Stadt Bergheim

- 08.05.2023 Hans-Ulrich Liebern
Webinar für die WAZ
Grundsteuerwertbescheid verstehen und
Einspruchsmöglichkeiten
- 09.05.2023 Eberhard Kanski
Haushaltsberatungen der FDP-Fraktion im Rat
der Stadt Enger
- 09.05.2023 Hans-Ulrich Liebern
Webinar für die Westfälischen Nachrichten
Grundsteuerwertbescheid verstehen und
Einspruchsmöglichkeiten
- 11.05.2023 Hans-Ulrich Liebern
Webinar für die NRZ
Grundsteuerwertbescheid verstehen und
Einspruchsmöglichkeiten

Gespräche mit Politik, Verwaltung und Verbänden

- 17.01.2022 Eberhard Kanski, Jens Ammann
Helmut Fiebig, Stadtkämmerer a.D.
Kommunal финанzen in Monheim
- 01.02.2022 Rik Steinheuer, Markus Berkenkopf
Hans-Willi Körfges, Haushaltspolitischer Sprecher der
SPD-Landtagsfraktion und Alexander Böhn, Referent
Haushalt und Finanzen der SPD-Landtagsfraktion
Reform des Haushaltsrechts / Bilanzierung im
Landeshaushalt
- 11.02.2022 Eberhard Kanski, Jens Ammann
Bürgermeisterin Sandra Pietschmann und
Stadtkämmerin Veronika Traumann, Mettmann
Kommunal финанzen und Grundsteuererhöhung
- 06.05.2022 Eberhard Kanski
Stadtkämmerer Joachim Groll
Kommunal финанzen in Plettenberg
- 19.05.2022 Rik Steinheuer, Eberhard Kanski
Lars Martin Klieve, Vorstand Stadtwerke Essen
OVG-Urteil Abwassergebühren
- 24.05.2022 Rik Steinheuer, Hans-Ulrich Liebern
Christof Sommer, Hauptgeschäftsführer, Dr. Peter
Queitsch, Fachreferent und Dr. Jan Fallack, Büroleiter
des StGB NRW
Musterprozess Abwassergebühren



- 31.03.2022 Rik Steinheuer, Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner
Gespräch mit Verbändeallianz zum Musterprozess
Abwassergebühren
- 31.05.2022 Rik Steinheuer, Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner
Gespräch mit Verbändeallianz über die Forderungen
an die neue Landesregierung zu den Wohnkosten
- 27.06.2022 Rik Steinheuer, Hans-Ulrich Liebern
Gespräch mit Haus und Grund Arnberg über die neue
Grundsteuer
- 05.07.2022 Jens Ammann
Ratsmitglieder der Stadt Rheine, BÜNDNIS 90 /
DIE GRÜNEN, DIE LINKEN, UWG und BfR
Rathauszentrum Rheine, Pressegespräch
- 05.07.2022 Rik Steinheuer, Eberhard Kanski
Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Fraktion
im Landtag NRW
Neuer Koalitionsvertrag für NRW, die Reform der
Grundsteuer, Schuldenabbau in den Kommunen
- 05.09.2022 Rik Steinheuer, Eberhard Kanski
Dr. Volkhard Wille, MdL und Simon Rock, MdL, Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen im Landtag NRW
NRW-Koalitionsvertrag für NRW, Grundsteuerreform,
kommunaler Schuldenabbau
- 08.09.2022 Rik Steinheuer, Eberhard Kanski
Torsten Schick, Vorsitzender der CDU-Fraktion im
Landtag NRW
Neuer Koalitionsvertrag für NRW, die Reform der
Grundsteuer, Schuldenabbau in den Kommunen
- 14.09.2022 Rik Steinheuer, Eberhard Kanski
Yazgülü Zeybek, Landesvorsitzende Bündnis 90/
Die Grünen NRW
Neuer Koalitionsvertrag für NRW, die Reform der
Grundsteuer, Schuldenabbau in den Kommunen
- 15.09.2022 Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld
Bürger und Pressevertreter, Bielefeld
Neubau Kombibad Jöllenbeck
- 18.10.2022 Rik Steinheuer, Markus Berkenkopf
Gespräch mit Staatssekretär Sieveke und Dr. van
Kraack, Abteilungsleiter Kommunales im Ministerium
für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des
Landes Nordrhein-Westfalen
Straßenbaubeitrag, Abwassergebühren
- 20.10.2022 Eberhard Kanski, Jens Ammann
Hermann Tecklenburg, Tecklenburg GmbH Straelen
Innenstadtumbau in NRW-Kommunen
- 20.10.2022 Rik Steinheuer, Markus Berkenkopf
Gespräch mit Carolin Kirsch, MdL NRW, Vorsitzende
des Haushalts- und Finanzausschusses
Landesfinanzen
- 03.11.2022 Rik Steinheuer, Hans-Ulrich Liebern
Verbändeallianz Wohnen
Grundsteuer und Gebühren
- 07.11.2022 Rik Steinheuer, Eberhard Kanski
NRW-Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk
Reform der Grundsteuer, Landeshaushalt,
Schuldenabbau in NRW
- 06.12.2022 Rik Steinheuer, Hans-Ulrich Liebern
Carsten Nicklaus, Reinhard Verholen, Steuerberater-
verband und Steuerberaterkammer Düsseldorf
- 08.12.2022 Rik Steinheuer, Eberhard Kanski
Justus Moor, MdL, SPD-Fraktion
Reform der Grundsteuer, Straßenbaubeiträge,
kommunaler Schuldenabbau
- 08.12.2022 Rik Steinheuer, Eberhard Kanski
Dr. Robin Korte, MdL Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
und Heinrich Frieling, CDU-Fraktion
Reform der Grundsteuer, Straßenbaubeiträge,
kommunaler Schuldenabbau
- 12.01.2023 Rik Steinheuer, Hans-Ulrich Liebern
Prof. Dr. Schulemann, iba Bochum, Leiter der Fachrich-
tung Steuer- und Prüfungswesen, mit 20 Studierenden
Kennenlernen der Arbeit des BdSt NRW
- 24.01.2023 Eberhard Kanski
Prof. Uwe Ufer, Finanzvorstand der Diakonie
Michaelshoven, Köln
Kommunale Haushaltsthemen
- 25.01.2023 Rik Steinheuer, Andrea Defeld
Treffen Transparenzbündnis
online
- 28.02.2023 Rik Steinheuer, Markus Berkenkopf
Gespräch mit Justus Moor, MdL und
Fachreferent Thilo Waasem, SPD-Landtagsfraktion
Erschließungsbeiträge
- 01.03.2023 Jens Ammann
M.U.T., Mettmann
Haushaltsgespräch



- 07.03.2023 Rik Steinheuer, Hans-Ulrich Liebern
Manfred Lehmann, Deutsche Steuergewerkschaft NRW
Grundsteuer und Arbeitsbelastung in den Finanzämtern
- 14.03.2023 Rik Steinheuer, Hans-Ulrich Liebern
Tim Treude, Dennis Soldmann, Haus und Grund NRW
Grundsteuer und Erschließungsbeiträge
- 14.04.2023 Rik Steinheuer, Hans-Ulrich Liebern
Thomas Kufen, Oberbürgermeister, und Gerhard Grabenkamp, Kämmerer der Stadt Essen,
Verena Göppert, Deutscher Städtetag
Gespräch zur Grundsteuerreform und deren Auswirkungen auf die Kommunal финанzen

- 21.04.2023 Rik Steinheuer, Hans-Ulrich Liebern
Peter Preuß, Jan Koch, Verband Wohneigentum NRW
Grundsteuer und Erschließungsbeiträge
- 16.05.2023 Rik Steinheuer, Hans-Ulrich Liebern
Gespräch mit Jens Spahn MdB beim Bund der Steuerzahler Deutschland
Steuerreformvorschläge
- 27.06.2023 Jens Ammann
FDP Dinslaken
Stadtpolitik und Haushaltsgespräch

Besuch von Veranstaltungen

- 12.01.2022 Eberhard Kanski
Vertretung des BdSt NRW bei der NRW-Bank:
Kommunalwirtschaftliches Forum
- 31.01.2022 Rik Steinheuer
Vertretung des BdSt NRW beim Deutschen Finanzgerichtstag
„Steuern und öffentliche Finanzen in und nach der Pandemie“
- 01.02.2022 Rik Steinheuer
Vertretung des BdSt NRW auf einer Veranstaltung mit Albert Füracker und Clemens Fuest
„Aktuelle finanzpolitische Herausforderungen“
- 08.03.2022 Rik Steinheuer
Vertretung des BdSt NRW auf der Düsseldorfer Steuerfachtagung
- 01.04.2022 Rik Steinheuer
Vertretung des BdSt NRW bei #handwerkumzwoelf mit Mona Neubaur, Landesvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 22.04.2022 Rik Steinheuer
Vertretung des BdSt NRW bei #handwerkumzwoelf mit Bodo Löttgen, CDU-Fraktionsvorsitzender
- 29.04.2022 Rik Steinheuer, Eberhard Kanski
BdSt-Wahlarena
- 17.05.2022 Rik Steinheuer, Sabina Büttner
Vertretung des BdSt NRW bei der mündlichen Verhandlung des OVG NRW
Musterprozess Abwassergebühren
- 23.05.2022 Rik Steinheuer
Vertretung des BdSt NRW beim 5-jährigen Jubiläum Steuerberaterverband Westfalen-Lippe in Münster
- 21.06.2022 Rik Steinheuer
Vertretung des BdSt NRW beim Westfälisch-Lippischen Kammertag, Soest
- 23.06.2022 Eberhard Kanski
Vertretung des BdSt NRW bei der Journalistenakademie „ProContent“, Essen
Verabschiedung Dr. Sabine Roschke
- 23.06.2022 Eberhard Kanski
Vertretung des BdSt NRW bei der Handwerkskammer Düsseldorf
Sommerfest
- 21.06.2022 Sabina Büttner
Vertretung des BdSt NRW beim Verbandstag der Steuerberaterkammer Düsseldorf
- 21.06.2022 Rik Steinheuer
Vertretung des BdSt NRW beim Westfälisch-Lippischen Kammertag der Steuerberater in Soest



- | | |
|---|--|
| <p>16.08.2022 Rik Steinheuer
Vertretung des BdSt NRW beim Sommerfest der CDU-Landtagsfraktion</p> <p>01.09.2022 Rik Steinheuer, Eberhard Kanski
Vertretung des BdSt NRW bei der BILD Düsseldorf Red Night</p> <p>09.09.2022 Eberhard Kanski
Vertretung des BdSt NRW bei der Handwerkskammer Düsseldorf, „Handwerk um 12“
Referent: Bernd Zimmer, Verband „Freie Berufe NRW“</p> <p>15.09.2022 Rik Steinheuer
Vertretung des BdSt NRW bei der Verabschiedung des Ersten Vorsitzenden des Steuerberaterverbandes Düsseldorf e.V.</p> <p>29.09.2022 Jens Ammann
Vertretung des BdSt NRW beim Ruhr Forum Handwerk, Moers</p> <p>09.11.2022 Rik Steinheuer
Vertretung des BdSt NRW bei der Jahresmitgliederversammlung Haus und Grund Lennestadt</p> <p>16.11.2022 Rik Steinheuer
Vertretung des BdSt NRW beim Festakt 75 Jahre Steuerberaterverband Köln</p> <p>18.11.2022 Rik Steinheuer
Vertretung des BdSt NRW bei der Verleihung des Europäischen Handwerkspreises an Prof. Lars Feld</p> <p>22.11.2022 Rik Steinheuer
Vertretung des BdSt NRW beim Herbstempfang der Handwerkskammer Düsseldorf</p> <p>23.11.2022 Rik Steinheuer, Michaela van Wersch
Vertretung des BdSt bei der Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der Steuerjuristischen Gesellschaft zur Immobilienbesteuerung</p> <p>02.12.2022 Eberhard Kanski
Vertretung des BdSt NRW bei der Handwerkskammer Düsseldorf, „Handwerk um 12“, Referent: Henning Höne, Vorsitzender FDP-Landtagsfraktion</p> | <p>12.01.2023 Rik Steinheuer, Eberhard Kanski
Vertretung des BdSt NRW bei Handwerk.NRW Dreikönigstreffen</p> <p>23.01.2023 Rik Steinheuer
Vertretung des BdSt NRW beim 19. Deutschen Finanzgerichtstag in Köln</p> <p>26.01.2023 Eberhard Kanski
Vertretung des BdSt NRW bei Merck Finck Jahresauftaktveranstaltung</p> <p>03.02.2023 Eberhard Kanski
Vertretung des BdSt NRW bei der Handwerkskammer Düsseldorf, „Handwerk um 12“, Referentin: Andrea Nahles, Präsidentin der Bundesagentur für Arbeit</p> <p>10.02.2023 Rik Steinheuer
Vertretung des BdSt NRW bei der Milljöhssitzung der KKG Paragrafenreiter</p> <p>14.02.2023 Rik Steinheuer
Vertretung des BdSt NRW beim 19. Kölner Sozialrechtstag</p> <p>06.03.2023 Rik Steinheuer
Vertretung des BdSt NRW bei der Düsseldorfer Steuerfachtagung</p> <p>17.03.2023 Rik Steinheuer
Vertretung des BdSt NRW bei der Landesverbandstagung der UnternehmerFrauen im Handwerk NRW</p> <p>09.05.2023 Rik Steinheuer, Eberhard Kanski
Vertretung des BdSt NRW bei Handwerk.NRW Floriansumtrunk</p> <p>11.05.2023 Eberhard Kanski
Vertretung des BdSt NRW beim Jubiläum 20 Jahre Airport Weeze</p> <p>02.06.2023 Eberhard Kanski
Vertretung des BdSt NRW bei der Handwerkskammer Düsseldorf, „Handwerk um 12“, Referent: Friedrich Merz, Vorsitzender CDU Deutschland</p> |
|---|--|



Webinare

- | | | | |
|------------|--|------------|---|
| 06.01.2022 | Markus Berkenkopf, Harald Schledorn
So profitieren Sie vom Musterprozess gegen die Abwassergebühren | 25.01.2022 | Mario Genter
Anforderungen an Kassenführung und Kassennachschau: Wie vermeiden Sie teure Fehler? |
| 10.01.2022 | Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner
Corona-Hilfen Update | 26.01.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Aktuelle Steueränderungen 2022 |
| 11.01.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Aktuelle Steueränderungen 2022 | 26.01.2022 | Michael Gansen
Existenzgründung |
| 12.01.2022 | Sabina Büttner
Erben und Vererben Teil 1:
Grundzüge des Erbrechts | 27.01.2022 | Martin Keller
Unternehmensbewertung und Gestaltung |
| 13.01.2022 | Bruno Wiessner
Einblick in die digitale Zusammenarbeit mit dem Steuerberater | 28.01.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Senioren und Steuern |
| 14.01.2022 | Markus Berkenkopf, Harald Schledorn
Einsparpotentiale bei Grundbesitzabgaben | 01.02.2022 | Christian Kaiser
Datenschutz, ordnungsgemäße Buchhaltung und Steuerrecht: Wann Sie aufbewahren oder löschen sollten! |
| 17.01.2022 | Sabina Büttner
Erben und Vererben Teil 2:
Erbchaftsteuerrechtliche Fragestellungen | 02.02.2022 | Sabina Büttner
Wechsel zur gesetzlichen Krankenversicherung für privat versicherte Selbstständige |
| 18.01.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Steuererklärung für Senioren 2021 | 03.02.2022 | Christian Kaiser
Datensicherheit – die Basisprüfung! |
| 18.01.2022 | Markus Berkenkopf, Harald Schledorn
So profitieren Sie vom Musterprozess gegen die Abwassergebühren | 07.02.2022 | Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner
Corona-Hilfen Update |
| 19.01.2022 | Markus Berkenkopf, Harald Schledorn
Einsparpotentiale bei Grundbesitzabgaben | 08.02.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Senioren und Steuern |
| 19.01.2022 | Michael Gansen
Nachfolgeplanung – steuerrechtliche und gesellschaftsrechtliche Aspekte | 09.02.2022 | Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Privatpersonen und Unternehmen in NRW |
| 20.01.2022 | Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld
Einmischen, mitmischen: Wie Bürgerinnen und Bürger sich wehren und mitgestalten können | 10.02.2022 | Janine Bergendahl, Andrea Defeld
Das Schwarzbuch – Die aktuellen Fälle aus NRW |
| 20.01.2022 | Martin Keller
Preiskalkulation und -verhandlung:
Nie mehr unter Wert verkaufen! | 11.02.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Senioren und Steuern |
| 24.01.2022 | Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner
Corona-Hilfen Update | 14.02.2022 | Sabina Büttner
Vorsorge Teil 1: Die Vorsorgevollmacht |
| | | 15.02.2022 | Hans-Mario Zeilmann
IT-Voraussetzungen für eine GoBD-konforme Buchführung (IKS) |



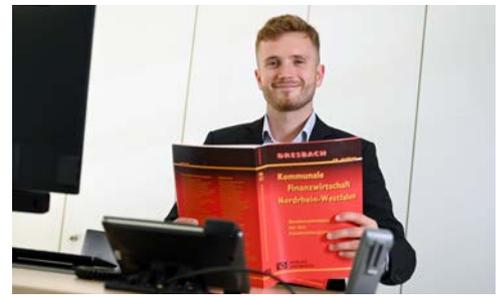
- | | |
|---|---|
| 16.02.2022 Sabina Büttner
Vorsorge Teil 2: Betreuungs- und Patientenverfügung | 17.03.2022 Martin Keller
Zukunftsperspektive Unternehmenskauf |
| 17.02.2022 Martin Keller
Unternehmen mit Kennzahlen führen | 18.03.2022 Hans-Ulrich Liebern
Betriebsprüfung Teil 2: Prüfungsschwerpunkte |
| 18.02.2022 Hans-Ulrich Liebern
Senioren und Steuern | 21.03.2022 Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner
Corona-Hilfen Update |
| 21.02.2022 Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner
Corona-Hilfen Update | 22.03.2022 Michael Fülber
Investmentfonds – Grundlagen |
| 22.02.2022 Bärbel Hildebrand, Janine Bergendahl
Einmischen, mitmischen: Wie Bürgerinnen und Bürger sich wehren und mitgestalten können | 23.03.2022 Beate Rech
Betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA) lesen und verstehen |
| 23.02.2022 Hans-Ulrich Liebern
Auto und Steuern | 24.03.2022 Hans-Mario Zeilmann
Digitales Dokumentenmanagement unter Berücksichtigung von Buchführung und Datenschutz |
| 01.03.2022 Bärbel Hildebrand, Janine Bergendahl
Das Schwarzbuch – Die aktuellen Fälle aus NRW | 28.03.2022 Sabina Büttner
Erben und Vererben Teil 1: Grundzüge des Erbrechts |
| 02.03.2022 Hans-Ulrich Liebern
Betriebsprüfung Teil 1: Rechtliche Grundlagen | 29.03.2022 Markus Berkenkopf, Harald Schledorn
Was Immobilienbesitzer über kommunale Beiträge wissen sollten |
| 03.03.2022 Fabio Pastars
Datenschutzpannen – Wie Sie richtig reagieren und dokumentieren! | 30.03.2022 Sabina Büttner
Das Statusfeststellungsverfahren |
| 04.03.2022 Hans-Ulrich Liebern
Steuern und Senioren | 31.03.2022 Markus Berkenkopf, Harald Schledorn
Was Immobilienbesitzer über kommunale Beiträge wissen sollten |
| 07.03.2022 Sabina Büttner
Wechsel zur gesetzlichen Krankenversicherung für privat versicherte Selbstständige | 01.04.2022 Sabina Büttner
Erben und Vererben Teil 2:
Erbschaftsteuerrechtliche Fragestellungen |
| 08.03.2022 Hans-Ulrich Liebern
Steuerbegünstigte Zuwendungen an Arbeitnehmer | 04.04.2022 Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld
Das Schwarzbuch – Die aktuellen Fälle aus NRW |
| 09.03.2022 Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner
Corona-Hilfen Update | 05.04.2022 Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner
Corona-Hilfen Update |
| 10.03.2022 Sabina Büttner
Das Statusfeststellungsverfahren | 06.04.2022 Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Unternehmen in NRW |
| 11.03.2022 Hans-Ulrich Liebern
Senioren und Steuern | 07.04.2022 Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Privathaushalte in NRW |
| 15.03.2022 Bruno Wiessner
Digitalisierung mit Hilfe des Steuerberaters –
Verfahrensdokumentation | 07.04.2022 Hans-Ulrich Liebern
Steuererklärung für Arbeitnehmer 2021 |



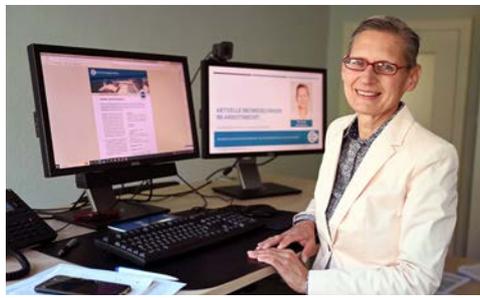
- | | | | |
|------------|--|------------|--|
| 08.04.2022 | Sabina Büttner
Gesetzliche Krankenversicherung im Rentenalter | 16.05.2022 | Sabina Büttner
Meine erste Steuererklärung |
| 12.04.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Steuererklärung für Arbeitnehmer 2021 | 17.05.2022 | Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Privathaushalte in NRW |
| 20.04.2022 | Bärbel Hildebrand, Janine Bergendahl
Einmischen, mitmischen: Wie Bürgerinnen und Bürger sich wehren und mitgestalten können | 18.05.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Steuererklärung für Arbeitnehmer 2021 |
| 25.04.2022 | Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner
Corona-Hilfen Update | 19.05.2022 | Sabina Büttner
Gesetzlichen Krankenversicherung im Rentenalter |
| 26.04.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Haus und Steuern | 23.05.2022 | Andrea Defeld, Janine Bergendahl
Einmischen, mitmischen: Wie Bürgerinnen und Bürger sich wehren und mitgestalten können |
| 27.04.2022 | Sabina Büttner
Meine erste Steuererklärung | 24.05.2022 | Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner
Reform der Grundsteuer in NRW |
| 28.04.2022 | Martin Keller
Preiskalkulation und -verhandlung:
Nie mehr unter Wert verkaufen! | 25.05.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Steuerbescheid verstehen und Einspruchsmöglichkeiten |
| 29.04.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Steuerbescheid verstehen und Einspruchsmöglichkeiten | 31.05.2022 | Ulrike Janitz-Seemann
Betriebliche Altersversorgung – Grundlagen für Arbeitgeber und Personalverantwortliche |
| 02.05.2022 | Sabina Büttner
Vorsorge Teil 1: Die Vorsorgevollmacht | 01.06.2022 | Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld
Das Schwarzbuch – Die aktuellen Fälle aus NRW |
| 04.05.2022 | Manuela Zwick
Rechnungen richtig schreiben – der Weg zur digitalen Rechnung | 02.06.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Aktuelle Steueränderungen 2022 |
| 05.05.2022 | Sabina Büttner
Vorsorge Teil 2: Betreuungs- und Patientenverfügung | 07.06.2022 | Sabina Büttner
Wechsel zur gesetzlichen Krankenversicherung für privat versicherte Selbstständige |
| 07.05.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Steuererklärung für Arbeitnehmer 2021 | 09.06.2022 | Sabina Büttner
Erben und Vererben Teil 1: Grundzüge des Erbrechts |
| 09.05.2022 | Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner
Corona-Hilfen Update | 13.06.2022 | Sabina Büttner
Erben und Vererben Teil 2:
Erbchaftsteuerrechtliche Fragestellungen |
| 10.05.2022 | Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld
Das Schwarzbuch – Die aktuellen Fälle aus NRW | 14.06.2022 | Bruno Wiessner
Einblick in die digitale Zusammenarbeit mit dem Steuerberater |
| 10.05.2022 | Sabina Büttner
Das Statusfeststellungsverfahren:
Grundlagen und Neuerungen | 15.06.2022 | Sabina Büttner
Das Statusfeststellungsverfahren – Grundlagen und aktuelle Änderungen |
| 11.05.2022 | Andreas Götzke-Pfeil
Hausrat- und Wohngebäudeversicherung – Grundwissen | | |



20.06.2022 Sabina Büttner Meine erste Steuererklärung	13.07.2022 Jens Ammann Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Privathaushalte in NRW
21.06.2022 Bärbel Hildebrand, Janine Bergendahl Einmischen, mitmischen: Wie Bürgerinnen und Bürger sich wehren und mitgestalten können	14.07.2022 Hans-Ulrich Liebern Haushaltsnahe Dienstleistungen, Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen
22.06.2022 Jens Ammann Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Unternehmen in NRW	14.07.2022 Markus Berkenkopf, Harald Schledorn Was Immobilienbesitzer über kommunale Beiträge wissen sollten
23.06.2022 Hans-Ulrich Liebern Steuererklärung für Arbeitnehmer 2021	18.07.2022 Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Reform der Grundsteuer in NRW
24.06.2022 Hans-Ulrich Liebern Steuererklärung für Senioren 2021	19.07.2022 Christian Kaiser Datenschutz, Buchhaltung und Steuerrecht: Wann Sie aufbewahren oder löschen sollten!
27.06.2022 Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Corona-Hilfen Update	20.07.2022 Michael Fülber Investmentfonds - Grundlagen
28.06.2022 Martin Keller Unternehmensbewertung und Gestaltungsmöglichkeiten	21.07.2022 Sabina Büttner Vorsorge Teil 1: Die Vorsorgevollmacht
29.06.2022 Hans-Ulrich Liebern Steuerbescheid verstehen und Einspruchsmöglichkeiten	22.07.2022 Hans-Ulrich Liebern Aktuelle Steueränderungen 2022
30.06.2022 Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Reform der Grundsteuer in NRW	25.07.2022 Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Corona-Hilfen Update
01.07.2022 Sabina Büttner Vorsorgevollmacht für Unternehmer	26.07.2022 Sabina Büttner Vorsorge Teil 2: Betreuungsverfügung und Patientenverfügung
04.07.2022 Hans-Ulrich Liebern Auto und Steuern	27.07.2022 Markus Berkenkopf, Harald Schledorn Was Immobilienbesitzer über kommunale Beiträge wissen sollten
05.07.2022 Mario Genter Anforderungen an Kassenführung und Kassennachschau: Wie vermeiden Sie teure Fehler?	28.07.2022 Sabina Büttner Meine erste Steuererklärung
06.07.2022 Michael Gansen Nachfolgeplanung – steuerrechtliche und gesellschaftsrechtliche Aspekte	01.08.2022 Sabina Büttner Erben und Vererben Teil 1: Grundzüge des Erbrechts
07.07.2022 Hans-Ulrich Liebern Aktuelle Steueränderungen 2022	02.08.2022 Sabina Büttner Vorsorgevollmacht für Unternehmer
11.07.2022 Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld Das Schwarzbuch – Die aktuellen Fälle aus NRW	03.08.2022 Jens Ammann Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Unternehmen in NRW
12.07.2022 Michael Gansen Existenzgründungsplanung: Was entscheidet über Ihren Erfolg?	



- | | | | |
|------------|---|------------|---|
| 04.08.2022 | Sabina Büttner
Erben und Vererben Teil 2:
Erbschaftsteuerrechtliche Fragestellungen | 01.09.2022 | Boris Weber
Praktisches Controlling für Unternehmer –
Grundlagen für Ihren Erfolg |
| 08.08.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Aktuelle Steueränderungen 2022 | 06.09.2022 | Ulrike Janitz-Seemann
Betriebliche Altersversorgung – Grundlagen für
Arbeitgeber und Personalverantwortliche |
| 09.08.2022 | Christian Kaiser
IT-Sicherheit – Die ITQ-Basisprüfung! | 07.09.2022 | Beate Rech
Betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA) lesen und
verstehen |
| 10.08.2022 | Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld
Das Schwarzbuch – Die aktuellen Fälle aus NRW | 08.09.2022 | Andreas Götzke-Pfeil
Vermögensschadenhaftpflicht und Cyberschutz für
freie Berufe – Grundwissen |
| 11.08.2022 | Bruno Wiessner
Digitalisierung mit Hilfe des Steuerberaters –
Verfahrensdokumentation | 13.09.2022 | Bärbel Hildebrand, Janine Bergendahl
Das Schwarzbuch – Die aktuellen Fälle aus NRW |
| 12.08.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Steuerbescheid verstehen und
Einspruchsmöglichkeiten | 15.09.2022 | Martin Keller
Unternehmensbewertung und Gestaltung |
| 15.08.2022 | Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner
Reform der Grundsteuer in NRW | 20.09.2022 | Hans-Mario Zeilmann
Digitales Dokumentenmanagement unter
Berücksichtigung von Buchführung und Datenschutz |
| 16.08.2022 | Hans-Mario Zeilmann
IT-Voraussetzungen für eine GoBD-konforme
Buchführung (IKS) | 21.09.2022 | Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für
Privathaushalte in NRW |
| 17.08.2022 | Fabio Pastars
Datenschutzpannen – Wie Sie richtig reagieren und
dokumentieren! | 22.09.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Steuererklärung für Arbeitnehmer 2021 |
| 18.08.2022 | Martin Keller
Preiskalkulation und -verhandlung:
Nie mehr unter Wert verkaufen! | 23.09.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Steuererklärung für Senioren 2021 |
| 22.08.2022 | Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner
Corona-Hilfen Update | 26.09.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Reform der Grundsteuer in NRW |
| 23.08.2022 | Sabina Büttner
Gesetzliche Krankenversicherung im Rentenalter | 27.09.2022 | Martin Keller
Unternehmen mit Kennzahlen führen |
| 24.08.2022 | Sabina Büttner
Vorsorgevollmacht für Unternehmer | 29.09.2022 | Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld
Einmischen, mitmischen: Wie Bürgerinnen und Bürger
sich wehren und mitgestalten können |
| 24.08.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Haus und Steuern | 04.10.2022 | Andreas Götzke-Pfeil
Gewerbeversicherung für Handwerker und
Handwerksbetriebe – Grundwissen |
| 25.08.2022 | Andreas Götzke-Pfeil
Hausrat- und Wohngebäudeversicherung –
Grundwissen | 05.10.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Reform der Grundsteuer in NRW |
| 31.08.2022 | Andrea Defeld, Janine Bergendahl
Einmischen, mitmischen: Wie Bürgerinnen und Bürger
sich wehren und mitgestalten können | | |



- | | | | |
|------------|--|------------|--|
| 06.10.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Aktuelle Steueränderungen 2022 | 03.11.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Steuerbegünstigte Zuwendungen an Arbeitnehmer |
| 07.10.2022 | Jens Ammann
Umstellung auf Elektromobilität – Förderung und praktische Einblicke | 08.11.2022 | Bärbel Hildebrand, Janine Bergendahl
Einmischen, mitmischen: Wie Bürgerinnen und Bürger sich wehren und mitgestalten können |
| 10.10.2022 | Michaela van Wersch
Meine erste Steuererklärung | 09.11.2022 | Mario Genter
Kassennachschau: Wie vermeiden Sie teure Fehler bei der unangemeldeten Prüfung? |
| 11.10.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Steuererklärung für Arbeitnehmer 2021 | 10.11.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Steuerbescheid verstehen und Einspruchsmöglichkeiten |
| 12.10.2022 | Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Unternehmen in NRW | 11.11.2022 | Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Privathaushalte in NRW |
| 13.10.2022 | Manuela Zwick
Rechnungen richtig schreiben – der Weg zur digitalen Rechnung | 14.11.2022 | Ulrike Janitz-Seemann
Nachhaltigkeit in Wirtschaft und Kapitalanlage – Grundlagenwissen |
| 14.10.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Steuererklärung für Senioren 2021 | 15.11.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Betriebsprüfung Teil 1 – Rechtliche Grundlagen |
| 17.10.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Corona-Hilfen Update | 16.11.2022 | Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Unternehmen in NRW |
| 18.10.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Reform der Grundsteuer in NRW | 17.11.2022 | Karsten und Bruno Wiessner
Einblick in die digitale Zusammenarbeit mit dem Steuerberater |
| 19.10.2022 | Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Privathaushalte in NRW | 21.11.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Die Grundsteuererklärung in NRW |
| 20.10.2022 | Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld
50 Jahre Schwarzbuch – Die Jubiläumsausgabe | 22.11.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Betriebsprüfung Teil 2 – Prüfungsschwerpunkte |
| 20.10.2022 | Martin Keller
Unternehmensübergabe aus Sicht des Verkäufers | 23.11.2022 | Fabio Pastars
Neue Klarheit bei Auskunftsanfragen gem. DSGVO: angemessener Umgang und Abwehr von Missbrauch! |
| 24.10.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Reform der Grundsteuer in NRW | 23.11.2022 | Janine Bergendahl, Andrea Defeld
50 Jahre Schwarzbuch – Die Jubiläumsausgabe |
| 25.10.2022 | Bärbel Hildebrand, Janine Bergendahl
50 Jahre Schwarzbuch – Die Jubiläumsausgabe | 24.11.2022 | Martin Keller
Zukunftsperspektive durch Unternehmenskauf |
| 26.10.2022 | Andreas Götzke-Pfeil
Grundwissen für Freiberufler zu Vermögensschadenhaftpflicht- und Cyberversicherung | 29.11.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Aktuelle Steueränderungen 2022 |
| 27.10.2022 | Janine Bergendahl Andrea Defeld
50 Jahre Schwarzbuch – Die Jubiläumsausgabe | | |



- | | | | |
|------------|---|------------|--|
| 30.11.2022 | Markus Berkenkopf, Harald Schledorn
Einsparpotenziale bei Gebühren für
Gewerbetreibende und Freiberufler | 10.01.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Aktuelle Steueränderungen 2023 |
| 30.11.2022 | Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für
Unternehmen in NRW | 11.01.2023 | Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für
Privathaushalte in NRW |
| 01.12.2022 | Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld
50 Jahre Schwarzbuch – Die Jubiläumsausgabe | 12.01.2023 | Janine Bergendahl, Andrea Defeld
50 Jahre Schwarzbuch – Die Jubiläumsausgabe |
| 02.12.2022 | Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für
Privathaushalte in NRW | 13.01.2023 | Michaela van Wersch
Vorsorge Teil 2:
Betreuungsverfügung und Patientenverfügung |
| 05.12.2022 | Michaela van Wersch
Vorsorge Teil 1: Die Vorsorgevollmacht | 16.01.2023 | Michaela van Wersch
Erben und Vererben Teil 2:
Erbchaftsteuerrechtliche Fragestellungen |
| 07.12.2022 | Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für
Unternehmen in NRW | 17.01.2023 | Markus Berkenkopf, Harald Schledorn
Einsparpotenziale bei den Grundbesitzabgaben –
Teil 1: Abfall, Straßenreinigung und Winterdienst |
| 08.12.2022 | Markus Berkenkopf, Harald Schledorn
Einsparpotenziale bei den Grundbesitzabgaben –
Teil 2: Abwassergebühren | 18.01.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Steuererklärung für Senioren 2022 |
| 08.12.2022 | Christian Kaiser
IT-Sicherheit – Die ITQ-Basisprüfung! | 19.01.2023 | Markus Berkenkopf, Harald Schledorn
Einsparpotenziale bei den Grundbesitzabgaben –
Teil 2: Abwassergebühren |
| 09.12.2022 | Jens Ammann, Ulrike Janitz-Seemann
Umstellung auf Elektromobilität – Förderung und
praktische Einblicke | 19.01.2023 | Boris Weber
Praktisches Controlling für Unternehmer –
Grundlagen für Ihren Erfolg |
| 12.12.2022 | Michaela van Wersch
Erben und Vererben Teil 1: Grundzüge des Erbrechts | 20.01.2023 | Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für
Privathaushalte in NRW |
| 13.12.2022 | Ulrike Janitz-Seemann
Betriebliche Altersversorgung – Grundlagen für
Arbeitgeber und Personalverantwortliche | 23.01.2023 | Markus Berkenkopf, Harald Schledorn
Einsparpotenziale bei den Grundbesitzabgaben –
Teil 1: Abfall, Straßenreinigung und Winterdienst |
| 14.12.2022 | Bärbel Hildebrand, Janine Bergendahl
Einmischen, mitmischen: Wie Bürgerinnen und Bürger
sich wehren und mitgestalten können | 23.01.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Auto und Steuern |
| 15.12.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Grundsteuererklärung bei Änderung von Immobilie /
Grundstück – die Fortschreibung | 24.01.2023 | Bruno Wiessner
Digitalisierung mit Hilfe des Steuerberaters –
Verfahrensdokumentation |
| 19.12.2022 | Hans-Ulrich Liebern
Weihnachten und Steuern | 25.01.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Last Minute Grundsteuererklärung in NRW |
| 04.01.2023 | Markus Berkenkopf, Harald Schledorn
Einsparpotenziale bei Gebühren für
Gewerbetreibende und Freiberufler | 25.01.2023 | Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für
Unternehmen in NRW |



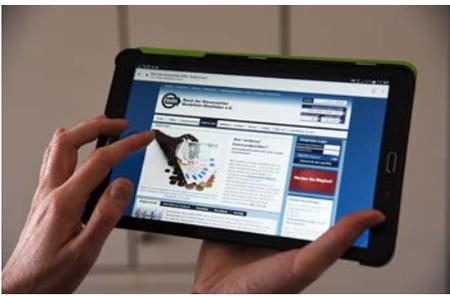
- | | | | |
|------------|--|------------|--|
| 26.01.2023 | Michael Fülber
Investmentfonds – Grundlagen | 15.02.2023 | Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Privathaushalte in NRW |
| 27.01.2023 | Jens Ammann, Ulrike Janitz-Seemann
Umstellung auf Elektromobilität – Förderung und praktische Einblicke | 23.02.2023 | Michaela van Wersch
Die Steuerprivilegien der vermögensverwaltenden GmbH |
| 30.01.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Corona-Hilfen Update | 23.02.2023 | Beate Rech
Betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA) lesen und verstehen |
| 31.01.2023 | Bärbel Hildebrand, Janine Bergendahl
Einmischen, mitmischen: Wie Bürgerinnen und Bürger sich wehren und mitgestalten können | 27.02.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Haus und Steuern |
| 01.02.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Grundsteuerbescheid verstehen und Einspruchsmöglichkeit | 28.02.2023 | Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld
Einmischen, mitmischen: Wie Bürgerinnen und Bürger sich wehren und mitgestalten können |
| 02.02.2023 | Michaela van Wersch
Immobilienvermögen – Steueroptimierte Gestaltung | 01.03.2023 | Michaela van Wersch
Insolvenz für Selbstständige und Freiberufler |
| 02.02.2023 | Hans-Mario Zeilmann
GoBD-Anforderungen an die IT aus Sicht der Buchhaltung | 01.03.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Grundsteuerbescheid verstehen und Einspruchsmöglichkeit |
| 06.02.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Haushaltsnahe Dienstleistungen, Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen | 02.03.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Grundsteuerbescheid bei Änderung von Immobilien / Grundstücken – die Fortschreibung |
| 07.02.2023 | Michaela van Wersch
BAG-Urteil Arbeitszeiterfassung – Konsequenzen für die Praxis | 06.03.2023 | Michaela van Wersch
Wechsel zur gesetzlichen Krankenversicherung für privat versicherte Selbstständige |
| 07.02.2023 | Andreas Götzke-Pfeil
Hausrat- und Wohngebäudeversicherung – Grundwissen | 07.03.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Steuererklärung für Arbeitnehmer 2022 |
| 08.02.2023 | Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Unternehmen in NRW | 08.03.2023 | Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Unternehmen in NRW |
| 09.02.2023 | Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld
50 Jahre Schwarzbuch – Die Jubiläumsausgabe | 09.03.2023 | Michaela van Wersch
BAG-Urteil Arbeitszeiterfassung – Konsequenzen für die Praxis |
| 10.02.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Steuererklärung für Senioren 2022 | 09.03.2023 | Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld
Einmischen, mitmischen: Wie Bürgerinnen und Bürger sich wehren und mitgestalten können |
| 13.02.2023 | Michaela van Wersch
Gesetzliche Krankenversicherung im Rentenalter | 10.03.2023 | Sabina Büttner
Steuererklärung mit Elster |
| 14.02.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Aktuelle Steueränderungen 2023 | 13.03.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Steuererklärung für Senioren 2022 |



- | | | | |
|------------|--|------------|---|
| 14.03.2023 | Hans-Mario Zeilmann
Digitales Dokumentenmanagement unter Berücksichtigung von Buchführung und Datenschutz | 06.04.2023 | Michaela van Wersch
Erben und Vererben Teil 1:
Erbrechtliche Fragestellungen |
| 15.03.2023 | Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Privathaushalte in NRW | 11.04.2023 | Michaela van Wersch
Grundstrukturen der geringfügigen Beschäftigung – aktuelle Rechtslage |
| 16.03.2023 | Sabina Büttner
Statusfeststellungsverfahren – Grundlagen und Neuerungen | 12.04.2023 | Ulrike Janitz-Seemann
Betriebliche Altersversorgung – Grundlagen für Arbeitgeber und Personalverantwortliche |
| 16.03.2023 | Martin Keller
Unternehmensbewertung und Gestaltung | 13.04.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Steuererklärung für Senioren 2022 |
| 20.03.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Musterprozesse – ausführliche Informationen zu unseren Musterprozessen | 13.04.2023 | Sabina Büttner
Vorsorgevollmacht für Unternehmer |
| 21.03.2023 | Sabina Büttner
Steuererklärung für Studenten | 14.04.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Grundsteuerbescheid verstehen und Einspruchsmöglichkeit |
| 21.03.2023 | Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld
50 Jahre Schwarzbuch – Die Jubiläumsausgabe | 17.04.2023 | Michaela van Wersch
Vorsorge Teil 1: Vorsorgevollmacht |
| 22.03.2023 | Michaela van Wersch
Business Plan: Wie führe ich mein Unternehmen in die ungewisse Zukunft | 17.04.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Corona-Hilfen Update |
| 23.03.2023 | Karsten und Bruno Wiessner
Einblick in die digitale Zusammenarbeit mit dem Steuerberater | 18.04.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Steuererklärung für Arbeitnehmer |
| 28.03.2023 | Mario Genter
Kassennachschau: Wie vermeiden Sie teure Fehler bei der unangemeldeten Prüfung? | 19.04.2023 | Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Unternehmen in NRW |
| 29.03.2023 | Christian Kaiser
Neue Klarheit bei Auskunftsanfragen gem. DSGVO: angemessener Umgang und Abwehr von Missbrauch! | 20.04.2023 | Michaela van Wersch
Erben und Vererben Teil 2:
Erb-schaftsteuerrechtliche Fragestellungen |
| 30.03.2023 | Martin Keller
Unternehmen mit Kennzahlen führen | 20.04.2023 | Martin Keller
Angebotskalkulation: Nie mehr unter Wert verkaufen! |
| 03.04.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Grundsteuerbescheid verstehen und Einspruchsmöglichkeit | 21.04.2023 | Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Privathaushalte in NRW |
| 04.04.2023 | Michaela van Wersch
Aktuelle Neuregelungen im Arbeitsrecht | 24.04.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Steuerbegünstigte Zuwendung an Arbeitnehmer |
| 05.04.2023 | Michaela van Wersch
Erben und Vererben bei Vermögen mit Auslandsbezug | 24.04.2023 | Sabina Büttner
Bewertung des Grundvermögens im Erbfall – Neuregelung |



- | | | | |
|------------|--|------------|---|
| 25.04.2023 | Michaela van Wersch
Vorsorge Teil 2:
Betreuungsverfügung und Patientenverfügung | 12.05.2023 | Jens Ammann
Förderung Photovoltaik |
| 25.04.2023 | Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld
50 Jahre Schwarzbuch – Die Jubiläumsausgabe | 12.05.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Steuererklärung für Senioren 2022 |
| 26.04.2023 | Jens Ammann
Förderung Photovoltaik | 15.05.2023 | Sabina Büttner
Steuererklärung mit Elster |
| 27.04.2023 | Michaela van Wersch
BAG-Urteil: Arbeitszeiterfassung – Konsequenzen für die Praxis | 16.05.2023 | Michaela van Wersch
Immobilienvermögen – Steueroptimierte Gestaltung im Erbfall und bei Schenkung – Berliner Testament |
| 27.04.2023 | Christian Kaiser
IT-Sicherheit – Die Basisprüfung! | 17.05.2023 | Michaela van Wersch
Steuerpflicht in Deutschland: Was ist unbeschränkte, beschränkte und erweiterte beschränkte Steuerpflicht? |
| 02.05.2023 | Sabina Büttner
Wechsel zur gesetzlichen Krankenversicherung für privat versicherte Selbstständige | 22.05.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Steuerbescheid verstehen und Einspruchsmöglichkeiten |
| 03.05.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Grundsteuererklärung bei Änderung von Immobilien / Grundstücken – die Fortschreibung | 23.05.2023 | Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld
50 Jahre Schwarzbuch – Die Jubiläumsausgabe |
| 04.05.2023 | Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld
Einmischen, mitmischen: Wie Bürgerinnen und Bürger sich wehren und mitgestalten können | 24.05.2023 | Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Unternehmen in NRW |
| 08.05.2023 | Sabina Büttner
Das Statusfeststellungsverfahren – Grundlagen und Neuerungen | 25.05.2023 | Michaela van Wersch
Checkliste im Erbfall |
| 09.05.2023 | Michaela van Wersch
Erben und Vererben Teil 1:
Erbrechtliche Fragestellungen | 25.05.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Grundsteuerbescheid verstehen und Einspruchsmöglichkeit |
| 09.05.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Haus und Steuern | 31.05.2023 | Hans-Ulrich Liebern
Betriebsprüfung Teil 1 – Rechtliche Grundlagen |
| 10.05.2023 | Harald Schledorn, Ulrike Janitz-Seemann
Einsparpotenziale bei Gebühren für Gewerbetreibende und Freiberufler | 01.06.2023 | Michaela van Wersch
BAG-Urteil: Arbeitszeiterfassung – Konsequenzen für die Praxis |
| 10.05.2023 | Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Privathaushalte in NRW | 01.06.2023 | Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld
Einmischen, mitmischen: Wie Bürgerinnen und Bürger sich wehren und mitgestalten können |
| 11.05.2023 | Michaela van Wersch
Erben und Vererben Teil 2:
Erbrechtlichste Fragestellungen | 05.06.2023 | Sabina Büttner
Bewertung des Grundvermögens im Erbfall – Neuregelung |
| 11.05.2023 | Martin Keller
Erfolg mit Unternehmensverkauf und -bewertung | 06.06.2023 | Michaela van Wersch
Aktuelle Neuregelungen im Arbeitsrecht |



06.06.2023 Hans-Ulrich Liebern
Betriebsprüfung Teil 2 – Prüfungsschwerpunkte

19.06.2023 Sabina Büttner
Gesetzliche Krankenversicherung im Rentenalter

20.06.2023 Sabina Büttner
Steuererklärung für Studierende

20.06.2023 Katrin Ernst, Andrea Defeld
50 Jahre Schwarzbuch – Die Jubiläumsausgabe

21.06.2023 Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für
Unternehmen in NRW

22.06.2023 Michaela van Wersch
Die Steuerprivilegien der vermögensverwaltenden
Immobilien-GmbH

23.06.2023 Jens Ammann
Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für
Privathaushalte in NRW

26.06.2023 Sabina Büttner
Steuererklärung mit Elster

27.06.2023 Hans-Ulrich Liebern
Steuererklärung für Arbeitnehmer

28.06.2023 Jens Ammann
Förderung Photovoltaik

29.06.2023 Michaela van Wersch
Insolvenz für Selbstständige und Freiberufler

30.06.2023 Hans-Ulrich Liebern
Steuererklärung für Senioren 2022

